

# DIE GEFAHR LÄSST SICH BANNEN

Die jetzige kritische Situation in der Welt alarmiert die Völker natürlich. Das vom US-Imperialismus hochgepeitschte Wettrüsten bedroht alles Leben. Wissenschaftler haben berechnet, daß die Gesamtmenge des Sprengstoffs in der Geschichte aller Kriege 10 Megatonnen TNT nicht übertraf. Heute aber sind bereits Kernwaffen mit einer Gesamtsprengkraft von über 50 000 Megatonnen TNT gelagert. Und es geht nicht nur um die Quantität. Die Welt ist einer qualitativ anderen Gefahr, der nuklearen Vernichtung, ausgesetzt.

Bedeutet das aber, daß die Menschen sich nur noch verkriechen und auf das Ende warten können? Nein, die historischen Erfahrungen beweisen, daß sich der Frieden behaupten läßt. Unterpfand dafür sind Stärke und Einfluß der Sowjetunion und aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Das müssen die Brandstifter in ihre Kalkulationen einbeziehen. Und sie können auch die unerschütterliche Entschlossenheit und den Willen der Völker nicht ignorieren, die Kriegsgefahr zu bannen.

Sicher, die Kriegsbrandstifter werden noch laviieren, werden verschiedene taktische und propagandistische Tricks anwenden, werden die Waffenberge mit Olivenzweigen verbrämen, aber ihre Tricks können kaum jemand mehr beirren. Die Menschheit, die zwei Weltkriege durchgemacht hat und sich der Gefahr einer Kernkatastrophe bewußt ist, wurde wachsamer, hat es gelernt, echten und vorgetäuschten Friedenswillen zu erkennen.

Zwei Tagungen beginnen in der ersten Junihälfte: Die 2. Abrüstungs- und Rüstungs- und die NATO-Ratstagung in Bonn. Eine Tagung, von der man Schritte zum Frieden erwartet, und eine andere des Krieges. Diesen Ereignissen gelten Massenkundgebungen in New York und in der BRD-Hauptstadt, zu denen Menschen aus vielen Ländern herbeiströmen. Der Inhalt der Kundgebungen ist unterschiedlich. In New York Hoffnung, in Bonn Protest. Westliche Politiker versuchen mit allen Mitteln, die Antikriegsdemonstrationen abzuwürgen. Doch die Völker sehen, woher die Gefahr

kommt. Das Vorgehen der aggressivsten Kreise des Imperialismus hat eine massierte Antinuklear- und Antikriegsbewegung ausgelöst. Ihr zugrunde liegt das Bestreben, nicht nur für uns Heutige, sondern auch für die kommenden Generationen Sicherheit zu gewährleisten. Man darf nicht zulassen, daß unseren Nachkommen eine radioaktiv versengte Wüste namens Erde hinterlassen wird.

Das sowjetische Volk teilt voll und ganz die Besorgnis aller Gutgewillten. Für die KPdSU, für das Sowjetvolk wie für alle Völker der Erde gibt es nichts Wichtigeres, als den Frieden zu verteidigen. Nicht Kriegsvorbereitung, die die Völker zur sinnlosen Verschleuderung materieller und geistiger Reichtümer verdammt, sondern Friedensfestigung führen in die Zukunft. So wurde die Frage auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU gesehen. Das wichtigste Ziel des dort vorgebrachten Friedensprogramms für die 80er Jahre ist die Sorge um die Lebensinteressen des Sowjetvolkes und den Weltfrieden. Bei der Umsetzung dieses Programms stützt sich die Partei auf den Willen des ganzen Volkes, der während der Aktionswochen für Frieden und gegen nukleare Bedrohung erneut deutlich zum Ausdruck kam. Die Ende Mai bei uns abgehaltene Woche hat gezeigt, daß die Friedensbewegung in der UdSSR immer stärker in die weltweite Antikriegsbewegung einfließt. Das sowjetische Volk ist berechtigt stolz darauf, daß sein Land an der Spitze dieser Bewegung schreitet.

Leonid Breschnew unterstrich dieser Tage: „Wir sind für einen Frieden, der nicht Diktat und den Druck der einen Staaten auf andere, nicht die Einmischung in fremde Angelegenheiten, nicht Drohungen, willkürliche ‚Sanktionen‘ und Diskriminierungen voraussetzt, sondern echte Gleichberechtigung, strikte Achtung der Unabhängigkeit jedes Staates und eine tatsächliche gegenseitige Zusammenarbeit zwischen ihnen. Diese Politik bedroht niemanden, sie entspricht den Interessen aller Völker.“

Die Sowjetunion hat eindeutig erklärt, sie werde maximal zum Erfolg der 2. Abrüstungs- und Rüstungs- und die NATO-Ratstagung in Bonn beitragen. Die kürzlich vorgelegten neuen weitreichenden sowjetischen Friedensinitiativen bieten die Möglichkeit zu einer ehrlichen und gerechten Übereinkunft im Bereich des Rüstungsabbaus zwischen der UdSSR und den USA. Die Außenpolitik der UdSSR und aller sozialistischen Länder zur Milderung des internationalen Klimas sowie die auf der Welt zunehmende Antikriegsbewegung sind Faktoren, die hoffen lassen, daß die Krise überwunden wird. Wie Leonid Breschnew auf einem Essen im Kreml zu Ehren des österreichischen Bundespräsidenten Kirchschräger sagte, sind wir uns sehr wohl der Sorgen bewußt, die die Welt heute bedrängen, aber wir neigen nicht dazu, uns einem Pessimismus hinzugeben. Die jetzige Weltsituation läßt sich zum Besseren wenden, die Kriegsgefahr läßt sich bannen.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 23 JUNI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Die Gefahr läßt sich bannen	1
J. Tomilin — Die Völker hoffen	5
B. Petschnikow — UdSSR—Österreich. Als gute Nachbarn	7
A. Uswatow — Gemeinsame Ziele	7
K. Karagesian — Friedensfackel gegen Zündschnur	8
M. Kostikow — Heiße Tage in Nordeuropa	8
L. Makarewitsch — Ohne Begeisterung	9
I. Titow — Großbritannien. Begräbnis vor Ort	10
A. Baryschew — US-Verrat an Lateinamerika	10
W. Boikow — Voller Mißtrauen	12
M. Saripow — Unsere Solidarität mit Afrika	14
W. Lawrenow — Gemeinsamer Markt. Gewitter über Berlaimont	14
Notizen ♦ Glossen	16
I. Trofimowa — Strategie des Wohlstands	18
D. Sergejew — Gefährliche Flottenrüstung	20
A. Truschin — Kostarika. Nicht mehr Polizisten als Lehrer!	24
S. Sintschuk — Ein Pazifikblock!	26
W. Fetow — Vielgesichtige Hegemonie (Das politische Buch)	26
G. Radtschuk — Sport. Rings um die Fußball-WM	28
J. Saweljew — Siegesicher	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am 7. Juni nimmt in New York die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung ihre Arbeit auf. Die Sowjetunion ist fest entschlossen, alles zu tun, damit sie erfolgreich abgeschlossen wird. Die Völker erwarten, daß das Weltforum einen gewichtigen Beitrag zur Zügelung des Wetrüstens leisten wird.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 27. Mai wurde in der sowjetischen Presse das Lebensmittelprogramm der UdSSR für den Zeitraum bis 1990 veröffentlicht, das das Plenum des ZK der KPdSU auf seiner Tagung am 24. Mai gebilligt hatte. Veröffentlicht wurden ferner die Erlasse des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR zu einigen konkreten Fragen des Lebensmittelprogramms (s. S. 18).

Vom 25. bis 29. Mai weilte der Präsident der Republik Österreich, Dr. Rudolf Kirchschläger, zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR. Bei dem Besuch fanden Treffen und Gespräche Leonid Breshnews, Nikolai Tichonows und Andrej Gromykos mit Dr. Rudolf Kirchschläger statt (s. S. 7).

Vom 26. bis 28. Mai hielt sich Abdel Salam Jalloud, Mitglied der Revolutionären Führung der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamaahiriya, zu einem Arbeitsbesuch in der Sowjetunion auf. Am 27. Mai empfing L. I. Breshnew A. S. Jalloud, der L. I. Breshnew eine Botschaft des Führers der libyschen Revolution, Muammar al Ghaddafi, zu Fragen der libysch-sowjetischen Beziehungen sowie zu einer Reihe von Problemen der heutigen internationalen Lage übergab. An dem Gespräch nahm Nikolai Tichonow teil. A. S. Jalloud wurde von N. A. Tichonow empfangen. Mit dem libyschen Gast sprach ferner Dmitri Ustinow (s. S. 7).

Am 31. Mai traf Leonid Breshnew im Kreml mit dem Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, Le Duan, zusammen. Einige Fragen der weiteren Entwicklung und Vertiefung der sowjetisch-vietnamesischen Zusammenarbeit sowie einige internationale Probleme wurden erörtert.

Am 1. Juni traf eine Partei- und Regierungsdelegation der CSSR unter Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein.

Am 26. Mai wurde János Kádár, Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, 70 Jahre. Leonid Breshnew gratulierte dem Jubilar herzlich und wünschte ihm Gesundheit, Schaffenskraft und neue große Erfolge in seiner Tätigkeit zum Wohle des sozialistischen Ungarn, für die weitere Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen USAP und KPdSU, zwischen Ungarn und der Sowjetunion, dem ungarischen und dem sowjetischen Volk. Das Präsidium des Obersten Sowjets der





Am 31. Mai überreichte der Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, Le Duan, im Kreml Leonid Breschnew die höchste Auszeichnung der SRV, den Ho-chi-Minh-Orden erster Stufe und die Medaille eines Helden der Arbeit der SRV. Unser Bild: Bei der Überreichung der Auszeichnung.

Foto: S. Smirnow

UdSSR verlieh János Kádár den Leninorden.

Die sowjetische Presse veröffentlichte am 27. Mai Leonid Breschnews Antwort auf die Vorschläge und Empfehlungen der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit und auf den Begleitbrief ihres Vorsitzenden Olof Palme. Diese Vorschläge und Empfehlungen werden an die zweite Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung weitergeleitet. In Leonid Breschnews Antwort heißt es insbesondere: „Die Vorschläge und Empfehlungen, die die von Ihnen geleitete Kommission erarbeitet hat, werden mit der gebührenden Aufmerksamkeit studiert werden... Indem wir mit unseren Initiativen auftreten, sind wir zugleich stets bereit, auf von anderen Regierungen oder von der Öffentlichkeit unterbreitete konstruktive Vorschläge zu hören und sie zu berücksichtigen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Arbeit der von Ihnen geleiteten Kommission der Sache des Friedens und der Sicherheit dienen wird.“

Leonid Breschnew richtete eine Grußbotschaft an die Teilnehmer und Gäste des 7. Internationalen Filmfestivals der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, das am 24. Mai in der usbekischen Hauptstadt Taschkent eröffnet wurde. „Die großen Ideale des Friedens, der Freiheit und des sozialen Fortschritts entsprechen den Bestrebungen aller Völker. Diese Ideale sind eine gute Grundlage zum Zusammenschluß der Menschheit im Interesse der Sicherheit und einer glücklichen Zukunft. Mögen die Filmschaffenden aktiver für den

Frieden, gegen die nukleare Bedrohung eintreten. Möge die Stimme Ihrer repräsentativen Filmschau, die Stimme der Vernunft, des Gewissens und des Guten laut zu hören sein.“

Am 1. Juni empfing Nikolai Tichonow R. K. Mishra, den Chefredakteur der indischen Zeitung „Patriot“. Nikolai Tichonow antwortete auf Fragen der Redaktion dieser Zeitung zur Erfüllung des Programms der sozialökonomischen Entwicklung durch das Sowjetvolk mit Hinblick auf die Beschlüsse des XXVI. Parteitag der KPdSU, zur Haltung der UdSSR gegenüber aktuellen internationalen Fragen, vor allem der Einstellung des Wetrüstens sowie der Abrüstung und der Sicherung des Friedens, darunter in Asien. Nikolai Tichonow verweilte eingehend beim Stand und bei den Aussichten für die Entwicklung der gleichberechtigten und beiderseitig vorteilhaften sowjetisch-indischen Beziehungen.

Am 28. Mai empfing Andrej Gromyko Schah Mohamamad Dost, Mitglied des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Außenminister der DR Afghanistan, der sich in Moskau auf der Durchreise nach Havanna aufhielt. Es fand ein Meinungsaustausch zu Fragen der sowjetisch-afghanischen Beziehungen und zu einigen internationalen Problemen statt. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Minister der Lage in Südwestasien. Die Minister werteten die für Mitte Juni in Genf geplante Aufnahme von Verhandlungen zwischen Vertretern der DR Afghanistan und Pakistans unter Teilnahme des per-

sönlichen Bevollmächtigten des UNO-Generalsekretärs als positiv.

Am 28. Mai fand in Kiew eine Festsitzung anlässlich des 1500. Gründungstages der Stadt und der Überreichung des Ordens der Völkerfreundschaft statt. Wladimir Stscherbizki hielt eine Rede. Auch UNESCO-Generalsekretär A.-M. M'Bow sprach. Er betonte die historische Rolle Kiews für die Entwicklung der Weltkultur und berichtete von den Veranstaltungen, die auf UNESCO-Beschluß anlässlich des 1500. Gründungstages der Stadt am Dnepr in vielen Ländern durchgeführt werden, insbesondere von dem großen Echo, das die Tage Kiews im UNESCO-Hauptquartier in Paris fanden. Die Feier Kiews durch die internationale Gemeinschaft wird zur Annäherung der Länder und Völker beitragen, sagte A.-M. M'Bow. Auf der Versammlung wurde eine Botschaft des UNO-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuellar verlesen.

Vom 26. bis 28. Mai hielt sich eine Delegation der KP Belgiens — KPB-Vorsitzender Louis van Geyt, Jan Debrouwere, Mitglied des Politbüros und nationaler Sekretär des ZK der KPB, und Robert Dussart, Mitglied des Politbüros des ZK der KPB — in Moskau auf. Die belgischen Genossen trafen mit einer Delegation der KPdSU — Boris Ponomarew, Iwan Kapitonow und Wadim Sagladin — zusammen. Die Vertreter der KPdSU und der KPB tauschten Informationen über die Tätigkeit ihrer Parteien aus und erörterten einige internationale Fragen von beiderseitigem Interesse.

Die UdSSR und die USA vereinbarten, am 29. Juni in Genf offizielle Verhandlungen über eine Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen aufzunehmen. Die sowjetische Delegation wird von Botschafter Wiktor Karpow, die amerikanische von Botschafter Edward Rowny geleitet werden.



Am 28. Mai wurde auf einer Präsidiumstagung des Verbandes der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland ein Appell an die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung verabschiedet. Die sowjetische Öffentlichkeit ruft eindringlich zu unverzüglichen Maßnahmen für eine allgemeine Abrüstung auf und verlangt deren Annahme. Entsprechende Botschaften an die Sondertagung richteten das Sowjetische Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, das Sowjetische Solidaritätskomitee der Länder Asiens und Afrikas sowie das Exekutivkomitee des Verbandes der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes der UdSSR.

setz über die Privilegien der Kriegsveteranen und das Gesetz über die Rechtsanwaltschaft. Auf der Tagung wurden einige personelle Veränderungen im Staatsrat der VR Polen vorgenommen.

Vom 25. bis 31. Mai fand auf Beschluß der UNO-Vollversammlung eine internationale Woche der Solidarität mit dem Kampf der Völker des südlichen Afrika statt (s. S. 14).

Am 24. Mai trafen in Paris Delegationen der FKP unter Generalsekretär Georges Marchais und der IKP unter Generalsekretär Enrico Berlinguer zusammen. Es erfolgte ein Meinungsaustausch zu Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern und den Hauptaspekten der internationalen Lage. Ohne unterschiedliche Meinungen und Bewertungen zu verhehlen, vereinbarten FKP und IKP, ihre Beziehungen und die Zusammenarbeit um solcher gemeinsamen Ziele willen wie Frieden, sozialer Fortschritt, Demokratie und Sozialismus fortzuführen.

England weitete seine militärischen Aktionen auf den Falklandinseln (Malwinen) aus. Am 26. Mai schloß der UNO-Sicherheitsrat in New York seine Sondersitzung ab. Eine Resolution wurde verabschiedet mit der Bitte an den UNO-Generalsekretär, erneut Anstrengungen zu unternehmen, „um auf dem Verhandlungswege beiderseitig annehmbare Bedingungen für eine Feuereinstellung zu erarbeiten, einschließlich, falls erforderlich, der Entsendung von UNO-Beobachtern zur Kontrolle der Einhaltung der Bedingungen der Feuereinstellung“. Der Sicherheitsrat „rief die Konfliktparteien eindringlich auf, voll mit dem UNO-Generalsekretär bei dessen Mission zur Einstellung der Kriegshandlungen auf den Falklandinseln (Malwinen) zusammenzuarbeiten“. Auf einer außerordentlichen Außenministertagung der Teilnehmerländer der Organisation amerikanischer Staaten in Washington wurde eine Resolution angenommen, die von Großbritannien die unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen gegen Argentinien verlangt (s. S. 10).

Am 29. Mai wurde in Holland eine neue Regierung gebildet. Regierungschef wurde erneut der Christdemokrat van Agt.

Die spanische Regierung wurde vom NATO-Sekretariat davon in Kenntnis gesetzt, daß die Prozedur der Aufnahme des Landes in das Bündnis abgeschlossen ist. So wurde Spanien das 16. Mitglied dieses aggressiven Blocks (s. S. 9).

Reagan, Haig und Weinberger zwingen den USA ein beispielloses Hochrüstungsprogramm auf. Und das geschieht zu dem Geschrei von der „sowjetischen Bedrohung“ und der „kommunistischen Verschwörung“. Man muß wirklich kurzichtig sein, um keine Lehren aus der jüngsten Vergangenheit zu ziehen. Ich denke dabei an die entsprechende Taktik Hitlerdeutschlands. Die derzeitige USA-Führung ignoriert die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie will anderen Ländern ihren Willen aufoktrozieren, mischt sich in deren inneren Angelegenheiten ein und schafft Spannungsherde in verschiedenen Weltregionen. Diese Politiker sollten endlich begreifen, daß der Selbsterhaltungstrieb des Menschen nicht ausgelöscht werden kann. Woher auch die Bedrohung der Menschheit ausgehen mag — die Kräfte des Friedens und des Fortschritts werden sich immer wieder gegen die Kriegstreiber wenden.

Mohammed SAIED  
Turku, Finnland

Die britische Regierung „verteidigt sich“ jetzt auf den Falklandinseln (Malwinen). Doch kann man etwa die Aktionen Großbritanniens gegen einen souveränen Staat, der 12 000 km von England selbst entfernt ist, als „defensiv“ bezeichnen? Was die USA angeht, so haben sie sich, wie ich meine, durch ihre Unterstützung für London selbst an den Pranger gestellt.

L. SIMBIRZEW  
Makejewka, Ukr. SSR

Das Verhalten der IKP-Führung erstaunt mich und viele andere Parteimitglieder. Sie hat offenbar die von Marx, Engels und Lenin aufgezeigten Orientierungspunkte verloren. Der Kapitalismus hat sie in den Sumpf der Sozialdemokratie gestoßen. Sie haben vergessen, was wahrer Sozialismus ist.

Bruno RIGO  
Verona, Italien

Am 24. Mai begann in der Sowjetunion eine Woche der Massenaktionen für den Frieden, gegen die nukleare Bedrohung. In vielen Städten des Landes fanden Antikriegskundgebungen und -versammlungen statt. Unser Bild: Meeting der Öffentlichkeit Moskaus im Sportpalast in Lushniki am 28. Mai

Foto: A. Motschalin

Am 27. Mai ging in Warschau eine Tagung des Sejm zu Ende. Zbigniew Majej, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und Vorsitzender des Planungsausschusses beim Ministerrat der VR Polen, informierte die Abgeordneten über die wirtschaftliche Lage des Landes im ersten Quartal, über die Richtungen des Plans für das zweite Quartal und die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung im zweiten Halbjahr. Der Rechenschaftsbericht des Finanzministers der VR Polen über den Abschluß des Staatshaushaltes 1981 und über die Gesetzesvorlage für den Haushalt 1982 wurde entgegengenommen. Der Sejm verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, insbesondere das Ge-





# DIE VÖLKER HOFFEN

Juri TOMILIN

Die Blicke der ganzen Menschheit sind der am 7. Juni beginnenden zweiten Abrüstungs Sondertagung der UNO zugewandt.

Seit der ersten sind vier Jahre verflossen. Auf ihr wurde eine Schlußakte vereinbart und angenommen, die wichtige Bestimmungen dafür enthielt, wie das Wettrüsten abgebremst und die Gefahr eines Krieges, insbesondere eines nuklearen, verringert werden soll. Sind diese Bestimmungen befolgt worden? Die Debatte darüber steht auf der Tagesordnung der zweiten Sondertagung.

Zuallererst muß konstatiert werden, daß die internationale Lage, die auch vorher nicht unkompliziert war, in den vier Jahren sehr viel komplizierter geworden ist. Die imperialistischen Mächte, allen voran die USA, heizen weiter die internationale Spannung auf und betreiben ein Wettrüsten, wie es noch nie dagewesen ist. Die US-Regierung hat in der Absicht, das entstandene Gleichgewicht zu stören, Kurs darauf genommen, eine militärische Überlegenheit zu erlangen. In den USA werden weiter Rüstungen gehortet, darunter auch die gefährlichsten: die nuklearen.

Washington unterbrach den Prozeß der Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der strategischen Rüstungen. Mehr noch, dort kehrt man den früheren Vereinbarungen auf diesem Gebiet den Rücken. So haben sich die USA geweigert, den sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II) von 1979 zu ratifizieren, der ein wichtiger Fortschritt bei der Eindämmung des nuklearen Wettrüstens hätte sein können.

Die USA versuchen, die angemaßte militärische Überlegenheit durch Erfüllung von Programmen zur Schaffung eines Potentials für einen Erstschatz zu erreichen. Das besondere Augenmerk gilt der Treffsicherheit, in erster Linie der Präzision der strategischen Systeme. Man arbeitet an solchen, die in Westeuropa stationiert werden sollen. Damit werden die dortigen Länder zu einem Bereitstellungsraum für einen Erstschatz gemacht, während die USA darauf rechnen, einem nuklearen Gegenschlag entgegen zu können. Auch Washingtons Beschluß, in großem Umfang nukleare Neutronenwaffen zur

Stationierung in Westeuropa zu erzeugen, erhöht die Gefahr eines nuklearen Konflikts.

Um die Öffentlichkeit an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein Kernkonflikt „erträglich“ und sogar „akzeptabel“ sei, propagiert Washington auch den Begriff eines „begrenzten Kernkrieges“ und „demonstrativer Kernexplosionen“.

Wie bereiten sich die herrschenden Kreise der USA unter diesen Umständen auf die zweite Abrüstungs Sondertagung vor? Vor Beginn der ersten — 1978 — planten sie eine Tagung des NATO-Rates auf höchster Ebene, und dieser faßte damals einen Beschluß, der die Aufstockung der Rüstungen aufpeitschte. Gleichzeitig mit der zweiten Tagung wird auch ein NATO-Gipfel abgehalten. Das ist schwerlich ein Zufall. Vielmehr ist es eine unverhohlene Herausforderung an die Friedenskräfte, die von der Sondertagung Beschlüsse zur Eindämmung des Wettrüstens erwarten. Außerdem soll die NATO-Ratstagung für die „atlantische Solidarität“ auf der Abrüstungs Sondertagung sorgen. In einer Reihe westlicher Länder besteht eine starke Opposition gegen den streitbaren Kurs der USA. Die Regierungen dieser Länder können sich über die Stimmungen der Öffentlichkeit nicht hinwegsetzen.

Die Charakteristik der weltpolitischen Lage vor der zweiten Tagung wäre einseitig, wenn man nur die negativen Faktoren anführen würde. In den jetzigen internationalen Beziehungen sind auch die entgegengesetzten Tendenzen wirksam, die von der Außenpolitik der UdSSR und der ganzen sozialistischen Ländergemeinschaft sowie von allen Friedens- und Fortschrittskräften verkörpert werden. Jetzt befindet sich die Welt in einem sehr verantwortungsvollen Zeitabschnitt: Je nachdem, ob die politische Linie auf Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit die Oberhand gewinnen oder ob der Kurs auf ein weiteres Aufheizen der Spannung triumphieren wird, kann sich die Weltlage in absehbarer Zeit entweder sehr verschlechtern oder aber auf die Bahn zurückkehren, die vom Krieg fort und zum Frieden führt.

Unter solchen Umständen spielt die zweite Sondertagung eine noch größere Rolle. Das Stocken der Verhandlungen über verschiedene

Aspekte der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung macht eine energische Aktivierung der Bemühungen aller Staaten erforderlich. Die Sondertagung muß sich auf konkrete, wirklich greifbare Aspekte der Abrüstung konzentrieren und Impulse zu ihrer praktischen Erörterung und Erledigung geben.

Ohne jeden Zweifel steht eine heftige politische Auseinandersetzung bevor. Die Feinde des Friedens und der Abrüstung werden versuchen, die konstruktive Debatte über die Abrüstungsfragen auf Abwege zu bringen und die Sondertagung zum weiteren Aufheizen der internationalen Spannung zu mißbrauchen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder hoffen, die Entwicklung der internationalen Lage auf den Weg des Friedens, der Zusammenarbeit, der Entspannung und Abrüstung lenken zu können.

Unverkennbar geht die Hauptgefahr für den Frieden vom nuklearen Wettrüsten aus. Darum wird jetzt in aller Welt das größte Gewicht auf die Eindämmung der zunehmenden nuklearen Bedrohung gelegt. Die 36. UNO-Vollversammlung hat mit überwiegender Stimmenmehrheit die von der UdSSR eingebrachte Deklaration über die Verhütung einer Kernkatastrophe angenommen, in der es als schwerstes Verbrechen an der Menschheit bezeichnet wird, Kernwaffen zu einem Erstschatz einzusetzen. Der Beschluß kann ein wichtiger Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen gegen die nukleare Gefahr auf der Sondertagung werden. Die Verhütung einer Kernkatastrophe wird auf der Sondertagung bestimmt eine Kardinalfrage sein.

Die Anträge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, die Erzeugung von Kernwaffen aller Art einzustellen und die Vorräte an diesen Waffen bis zu ihrer völligen Abschaffung einzuschränken, sind darauf ausgerichtet, die nukleare Gefahr völlig aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Diese Anträge wurden auf der ersten Sondertagung gutgeheißen, sie haben in ihrer Schlußakte einen Niederschatz gefunden und sind später in regulären UNO-Vollversammlungen bestätigt worden. Die sozialistischen Staaten haben diese Vorschläge im Abrüstungsausschuß aus-



gebaut und praktisch zu einem Programm für die nukleare Abrüstung als Verhandlungsgrundlage gemacht. Durch Verschulden der Westmächte sind die Verhandlungen aber noch immer nicht angelaufen. Die Abrüstungs Sondertagung könnte da ihr gewichtiges Wort sprechen.

Auch das Problem eines vollständigen und allgemeinen Kernwaffentestverbots harrt schon lange seiner Lösung. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien begannen 1977. Nach drei Jahren wurden sie von den Amerikanern auf eigene Faust abgebrochen, ja, Anfang 1982 erklärte die US-Delegation auf der Frühjahrstagung des Abrüstungsausschusses, daß der Westen gegen ein solches Testverbot und diesbezügliche Verhandlungen, ob zu dritt oder im Abrüstungsausschuß, eingenommen sei. Die anderen Delegationen waren über diese Erklärung empört.

Ein wichtiger Punkt des nuklearen Pakets ist die Verhütung einer Weiterverbreitung der Kernwaffen. Die Tatsache, daß die allermeisten Staaten Atomenergie zu friedlichen Zwecken nutzbar machen, kann objektiv zu einem Steigen der Anzahl jener Staaten führen, die im Besitz von Kernwaffen sind. Deshalb muß die Kernenergie unter Verhältnissen fortentwickelt werden, unter denen diese Gefahr ausgeschaltet wäre. Besonders wichtig ist da der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. An ihm sind jedoch notorisch aggressive Staaten nicht beteiligt, die dicht vor der Entwicklung von Kernwaffen stehen, nämlich Israel und die RSA. Natürlich kann sich die zweite Sondertagung nicht darüber hinwegsetzen.

Schon im März 1978 brachte die UdSSR gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten im Abrüstungsausschuß den Entwurf einer Konvention über ein Verbot ein, nukleare Neutronenwaffen zu erzeugen, zu horten, aufzustellen und zum Einsatz zu bringen. Die nichtpaktgebundenen Länder unterstützten das. Unter dem Druck der friedliebenden Öffentlichkeit mußte die Regierung Carter „die Erzeugung von Neutronenwaffen aufschieben“. Das geschah im April 1978. Die Regierung Reagan aber änderte den Beschluß schon im August 1981 ab. Sie gab bekannt, daß die Erzeugung dieser besonders gefährlichen Waffen groß aufgenommen wird. Auf Initiative der DDR und anderer sozialistischer Länder nahm die 36. UNO-Vollversammlung eine Entschließung an, in

der dem Abrüstungsausschuß empfohlen wird, unverzüglich Verhandlungen zum Abschluß der Konvention über ein Verbot der Neutronenwaffen aufzunehmen. Trotz des Widerstandes der USA und einiger anderer Westmächte hat die Vollversammlung demnach gegen die Neutronenwaffen Stellung genommen. Wegen der Haltung der USA und ihrer Bündnispartner haben die Verhandlungen im Abrüstungsausschuß jedoch noch immer nicht begonnen. Auch in dieser Hinsicht kann die Sondertagung ein gutes Werk tun: Sie kann sich für den wirklichen Beginn solcher Verhandlungen aussprechen.

Seit gut zehn Jahren steht ein Verbot, C-Waffen zu entwickeln, zu erzeugen und zu horten, sowie die Vernichtung der vorhandenen Vorräte in der UNO und im Abrüstungsausschuß zur Debatte. Ende der 70er Jahre wurden einschlägige sowjetisch-amerikanische Verhandlungen geführt. Aber 1980 hat Washington sie eigenmächtig unterbrochen. Der kürzliche Beschluß der Regierung Reagan über die Erzeugung binärer Geschosse macht den Abschluß einer Übereinkunft besonders dringend, die die C-Waffen verbieten würde. Höchst gefährlich sind auch die Pläne der USA, C-Waffen in anderen Staaten zu deponieren. Die UNO-Vollversammlung hat sich schon im vergangenen Herbst für ein baldiges Verbot der C-Waffen, auch der binären, sowie gegen die Stationierung von C-Waffen in Ländern ausgesprochen, wo jetzt noch keine vorhanden sind. Dieser Erfolg der Friedenskräfte kann und muß auf der Sondertagung ausgebaut werden.

Letztthin wird in den USA an im Kosmos zu stationierenden Laserwaffen gearbeitet, mit denen Objekte im Weltraum und auf der Erde vernichtet werden sollen. Sehr gefährlich sind die Projekte für eine Stationierung von Raketenabwehrsystemen im Kosmos. Diese Projekte hängen, der Westpresse zufolge, mit der amerikanischen Strategie für einen „nuklearen Erstschlag“ zusammen. Eine Ausdehnung des Wettrennens auf den Kosmos würde weitere destabilisierende Faktoren in die strategische Situation hineinbringen, die globalen Spannungen noch erhöhen und sich nachteilig auf die Aussicht einer friedlichen Erschließung des Weltraums auswirken.

Im vergangenen Herbst machte die UdSSR auf der 36. UNO-Vollversammlung den Vorschlag, einen Vertrag zu schließen, nach dem es verboten sein soll, Waffen jeder Art im Weltraum zu stationieren. Der Vorschlag wurde von der Vollversamm-

lung gutgeheißen, und sie empfahl dem Abrüstungsausschuß, in Verhandlungen den Wortlaut des Vertrages zu vereinbaren. Ebenfalls infolge der Verschleppungstaktik der Westmächte konnte der Ausschuß dieser Empfehlung vorläufig noch nicht nachkommen. Es ist berechtigt, von der Sondertagung auch in dieser Hinsicht zu erwarten, daß sie die Aufnahme der Verhandlungen fördern wird.

Auf dem XVII. sowjetischen Gewerkschaftskongreß brachte Leonid Breschnew den Vorschlag zur Sprache, daß beide Seiten die Aktionen ihrer Kriegsflotten, namentlich die Gebiete einhellig begrenzen sollen, in denen mit Raketen bestückte U-Boote einen militärischen Streifendienst versehen dürfen. In derselben Rede schlug Leonid Breschnew vor, über eine Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf die Meere und Ozeane zu debattieren, namentlich auf die Gegenden, durch die die belebtesten Seewege führen. Diese von der Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Erhöhung der internationalen Sicherheit veranlaßten Initiativen werden wahrscheinlich auch das Augenmerk der Teilnehmer an der Sondertagung auf sich lenken.

Das sind nur einige der lebenswichtigen Probleme, mit denen sich die Abrüstungs Sondertagung befassen wird. Auch wird sie über ein allumfassendes Abrüstungsprogramm debattieren. Es geht darum, einen Komplex von Maßnahmen zur Abstellung des Wettrennens und zu einer stufenweisen wirklichen Abrüstung zu vereinbaren. Die Abfassung des Programmtextes ist im Abrüstungsausschuß schon angelaufen, sie ist jedoch wegen des ablehnenden Verhaltens der Westmächte auf große Schwierigkeiten gestoßen.

In New York treffen bereits viele Delegationen zur Sondertagung ein. Bald werden sich die Säle im Wolkenkratzer am East River mit einer vielsprachigen Menge, den Abgesandten der UNO-Mitgliedstaaten, füllen. Die Blicke der Presse und der Öffentlichkeit wenden sich der Sondertagung zu. Auf dem XIX. Komsomolkongreß erklärte Leonid Breschnew: „Die Sowjetunion wird ihrerseits alles tun, damit die Tagung erfolgreich verläuft.“ Wenn alle UNO-Mitgliedstaaten solches Verantwortungsbewußtsein und die nötige politische Willensstärke an den Tag legen werden, so wird die Sondertagung instande sein, einen gewichtigen Beitrag zur Eindämmung des gefährlichen Wettrennens zu leisten. Das ist es, was die Völker der Welt von ihr erhoffen.



# ALS GUTE NACHBARN

„Der Herr Präsident und ich waren uns heute darin einig, daß sich die sowjetisch-österreichische Zusammenarbeit in der Politik, in Handel und Wirtschaft und in anderen Bereichen dynamisch, ersprießlich, zum beiderseitigen Nutzen entwickelt. Wir behandeln uns als gleichberechtigte, ehrliche Partner. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern sind gezeichnet von Vertrauen, dem aufrichtigen Wunsch nach Verständigung, der gegenseitigen Achtung. Kurz, wir

schen Konjunkturschwankungen unterworfen.

Im sowjetisch-österreichischen Kommuniqué heißt es: „Bei der Erörterung internationaler Fragen waren sich Bundespräsident Dr. Kirchschläger und L. I. Breshnew darin einig, daß das wichtigste Problem, dessen Lösung die Bemühungen aller Staaten erfordert, die Sicherung und Festigung des Friedens ist.“ Beide Länder setzen sich für eine entschiedene Hinwendung zur Entspannungs-



Während der Verhandlungen

Foto: TASS

leben als gute Nachbarn“, waren die Worte Leonid Breshnews auf dem Essen zu Ehren des Bundespräsidenten der Republik Österreich Dr. Rudolf Kirchschläger, der sich zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR aufhielt.

Der österreichische Präsident hat mehrmals betont, zwischen der UdSSR und Österreich gebe es eigentlich keinerlei unlösbare politische Probleme. Dr. Kirchschläger hob die Worte Leonid Breshnews gegenüber dem Bundespräsidenten 1979 in Wien hervor: „Die Erfahrungen haben gezeigt, daß der von Österreich gewählte Weg den Lebensinteressen des österreichischen Volkes entspricht und es dem Land gleichzeitig ermöglicht, einen bedeutenden Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und zur Zusammenarbeit in Europa zu leisten. Der Staatsvertrag mit Österreich hat der Entspannung in Europa den Weg geebnet und das weitere Voranschreiten zu einer friedlichen Zusammenarbeit erleichtert.“

Während des Besuchs Dr. Kirchschlägers wurde festgestellt, die sowjetisch-österreichischen Beziehungen seien stabil und kaum politi-

politisch und zur konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Staaten ein. Das Kommuniqué betonte, beide Seiten hätten sich für sofortige Abrüstungsmaßnahmen ausgesprochen.

Die Sowjetunion und Österreich äußerten die Hoffnung, die 2. Abrüstungs- und Rüstungssondertagung der UNO werde neue Impulse für Bemühungen zur Eindämmung des Wettrüstens geben. Weiter heißt es, unsere Länder seien auf dem Madrider Treffen für ein Übereinkommen zur Einberufung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen sowie Sicherheit und Abrüstung in Europa eingetreten.

Hinsichtlich der Lage im Nahen Osten betonten die UdSSR und Österreich die Notwendigkeit einer baldigen umfassenden und gerechten Regelung in dieser Region.

Der UdSSR-Besuch des österreichischen Bundespräsidenten verlief zu einem für die Welt komplizierten Zeitpunkt. Deshalb ist es wichtig, daß die Verhandlungen zwischen Leonid Breshnew und Dr. Kirchschläger erneut die übereinstimmenden oder ähnliche Standpunkte der beiden Länder zu Fragen der Friedensfestigung bestätigten.

B. PETSCHNIKOW

## GEMEINSAME ZIELE

Die Sowjetunion und Libyen sind beiderseits bemüht, die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auszubauen. So lassen sich die Ergebnisse des Arbeitsbesuchs knapp zusammenfassen, den das Mitglied der Revolutionären Führung Libyens Abdel Salam Jalloud Ende Mai Moskau abstattete, wobei er mit Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow und Dmitri Ustinow zusammentraf.

Die sowjetisch-libyschen Beziehungen basieren auf der festen Grundlage der gemeinsamen Ziele beider Länder im Kampf gegen den Imperialismus zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

„Unsere Zusammenarbeit mit Libyen in jeglichem Bereich dient letzten Endes diesen hohen Zielen“, betonte Nikolai Tichonow auf einem Empfang zu Ehren des libyschen Gastes. „Und wir werden auch künftig alles Notwendige tun, damit sie sich in aufsteigender Tendenz entwickelt. Unsere Zusammenarbeit richtet sich gegen niemanden. Wir haben unsere Anstrengungen zu friedlichen Zwecken vereint.“

Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der arabischen Front für Standhaftigkeit und Widerstand setzt sich Libyen aktiv gegen die Pläne der USA und Israels ein, im Nahen Osten einen strategischen Block unter US-Ägide zu schaffen sowie dem Pentagon Militärstützpunkte und andere Vergünstigungen einzuräumen. Deshalb gerade ist es Ziel, die ständige Angriffe seitens des Imperialismus und anderer reaktionärer Kräfte. Dazu greift man zu unerhört groben politischen Provokationen (z. B. die CIA-Falschmeldung von libyschen Terroristen in den USA vom Vorjahr) und wirtschaftlichem Druck (die USA erwerben kein libysches Erdöl mehr), ja sogar zu bewaffneten Aktionen (in der Sidra-Bucht). Das all diesen Anschlägen mutig entgegentretende libysche Volk hat die volle Solidarität der Sowjetunion, was während der Moskauer Gespräche erneut bekräftigt wurde.

Diese Haltung der UdSSR sowie ihr konsequenter, prinzipieller Kurs zur Unterstützung der gerechten Sache der Araber finden ihre Würdigung in den Führungskreisen Libyens. Jalloud äußerte, das libysche Volk und die arabische Nation betrachteten das Sowjetvolk als ihren besten Freund und schätzten dessen prinzipielle und feste Haltung im historischen Kampf der Araber gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion hoch ein.

A. USWATOW



# FRIEDENSFAKEL GEGEN ZÜNDSDHUR

„Wenn ich morgens die Überschriften der ‚New York Times‘ lese, erscheint mir die ganze Titelseite wie eine Todesanzeige der Menschheit“, sagte Daniel Berrigan, der mit seinem Bruder Philip nach der Bundesrepublik kam, um an Aktionen der Friedenskämpfer teilzunehmen. Die beiden Geistlichen, die gegen die Kriegsgefahr kämpften, wurden schon Ende der 60er Jahre bekannt, als sie die symbolische Aktion der Vernichtung von Gestellungsbefehlen durch junge Männer in die Wege leiteten, die Washington in den Vietnamkrieg schicken wollte.

So etwas wird im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ nicht verziehen. Man beschloß, den beiden einen solchen Denkart zu geben, daß andere gewarnt wären. Acht Jahre saßen sie im Gefängnis und mußten 25 politische Prozesse überstehen. Nach dem jüngsten gegen sie anhängig gemachten Verfahren droht ihnen noch eine Freiheitsstrafe von 3–12 Jahren. Sie lassen aber den Mut nicht sinken, denn der Aufschwung der Antikriegsbewegung in den USA flößt ihnen Hoffnung ein.

In Bonn wurde Daniel gefragt, womit die Europäer der amerikanischen Bewegung helfen könnten. Darauf er: „Sie helfen uns schon. Wir sind sehr ermutigt worden durch die europäischen

Massendemonstrationen und haben viel von Euch gelernt.“

Tatsächlich werden die Verbindungen zwischen den Friedensaktionen zu beiden Seiten des Atlantik immer zahlreicher und enger.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland wächst weiter. Heute steht sie vor allem im Zeichen der Forderung, den „Doppelbeschuß“ der NATO nicht ausführen zu lassen. Die Bewegung wächst trotz der unaufhörlichen Versuche, sie zu spalten und niederzuhalten.

Neulich schrieb die Presse, daß der SPD-Vorstand das Parteipräsidium neu gewählt hat. Beobachtern ist aufgefallen, daß Erhard Eppler, der ihm seit 1973 angehörte, nicht hineingewählt worden ist. Das scheint eine rein innerparteiliche Angelegenheit zu sein — jemand hat zwei Stimmen zuwenig erhalten und ist durchgefallen. Aber unter den Parteimitgliedern und in der breiten Öffentlichkeit wird der Fall anders beurteilt. Eppler war nämlich das einzige Mitglied des Präsidiums, das unverhohlen gegen den „Doppelbeschuß“ der NATO auftrat und sich an der Friedensbewegung beteiligte. Daß man gerade ihn kaltgestellt hat, wird als neuerlicher Versuch aufgefaßt, der Bewegung einen psychologischen Schlag zu versetzen. Und das hat die Führung

einer Partei getan, die behauptet, eine Friedenspartei zu sein.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr nahm auf dem turnusmäßigen DGB-Kongreß, auf dem rund 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten waren, einen besonderen Platz ein. Der Beschluß Nr. 1 hat das Thema „Entspannung, Abrüstung und Frieden in der Welt“. Einstimmig haben die Delegierten gegen „die Erzeugung von Neutronenbomben und ihre Stationierung in der Bundesrepublik“ Stellung genommen. Der neue DGB-Vorsitzende, Ernst Breit, hat im Schlußwort hervorgehoben, daß „die Erfüllung aller anderen Gewerkschaftsaufgaben ihren Sinn verlöre“, falls die Gewerkschaften die Aufgabe der Friedenserhaltung aus den Augen lassen sollten. In einem Interview nach dem Kongreß sagte er: „Wir wollen raketenfrei sein.“ Ist der Raketenbeschuß der NATO in den Kongreßresolutionen auch nicht ausdrücklich verurteilt worden, so war die Tendenz zur Annäherung an die Parolen der Friedensbewegung, nach Ansicht von Beobachtern, doch vorhanden.

Die Besorgnis der Westeuropäer, auch der Bundesbürger, über die Gefahr, die das Wettrüsten mit sich bringt, nimmt weiter zu. Dazu fragen immer neue Fakten bei, die davon zeugen, daß die US-Regierung die Absicht nicht aufgegeben hat, eine „Position der Stärke“ einzunehmen.

Eben mit der Absicht, die Bündnispartner der USA antreten und deren Gewaltstrategie folgen zu lassen, will sich Reagan auch zu dem dieses Mal in Bonn tagenden Gipfel begeben. Viele

## HEISSE TAGE IN NORDEUROPA

Solche Antikriegskundgebungen hat Nordeuropa noch nie erlebt. Hunderttausende beteiligen sich an ihnen, an Demonstrationen und Ostermärschen für Frieden, gegen das Wettrüsten. Vertreter verschiedener Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, religiöser Vereinigungen und anderer Körperschaften haben Reagans „Nullbeschuß“ und die Absicht der US-Regierung, neue nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, aufs schärfste kritisiert. In Skandinavien entstehen immer neue Antikriegsgruppen und -organisationen. Unter den neuen sind „Schwedische Ärzte gegen einen Kernwaffenkrieg“, „Journalisten für Frieden“, „Ingenieure gegen Kernwaffen“ und viele andere.

In Schweden tagte ein Volksriks-

dag für Abrüstung mit mehr als 500 Teilnehmern. Sie haben sich bemüht, die Öffentlichkeit für den Friedensschutz aufzubieten und weite politische Kreise sowie die breite Öffentlichkeit für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Aus ganz Finnland strömten Hunderte in Helsinki zusammen, wo die Organisation „Friedensanhänger Finnlands“ einen Kongreß abhielt. Im Brennpunkt stand eine allseitige Ausdehnung der in den nordischen Ländern durchgeführten Kampagne für Urho Kekkonens Vorschlag, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. In der Kongreßresolution heißt es, daß die Zustimmung der Sowjetunion zu dieser Initiative und ihre Bereitschaft, als Garant der Zone zu fungieren, zur Verwirklichung dieser Idee beiträgt.

Man müsse die USA in ihrem Sinne beeinflussen und darauf hinwirken, daß sie auf die Tagesordnung der zweiten Abrüstungs Sondertagung der UNO gesetzt wird.

Intellektuelle Finnlands veranstalteten eine Friedensfahrt mit der Bahn für einen kernwaffenfreien Norden und riefen die finnischen Schriftsteller und Künstler dazu auf, gegen das Wettrüsten Front zu machen. Die Teilnehmer der Friedensfahrt legten über 3000 km zurück, hielten in 14 Städten und erregten im ganzen Land Aufsehen. Zu ihren Veranstaltungen kamen Tausende, auch aus den an Finnland grenzenden Gebieten Schwedens und Norwegens.

Unter den Losungen „Für allgemeine Abrüstung und einen kernwaffenfreien Norden“ und „Europa will keine amerikanischen Raketen“ haben in allen größeren Städten und Gebieten Dänemarks Kundgebungen und Friedensmärsche stattgefunden. Zehntausende haben zu den Plänen der imperialistischen Kräfte nein gesagt.



meinen, die plötzliche Wahl Bonns (und nicht der NATO-„Metropole“ Brüssel) zum Treffpunkt habe außer dem Bestreben Bonns, seine „Atlantik-Loyalität“ nochmals zu beweisen, den Zweck, die Friedensbewegung herauszufordern. Man weiß ja im voraus, daß die NATO-Spitzen in Bonn demonstrativ ihren „Doppelbeschuß“ bestätigen wollen.

Der Fehdehandschuh ist aufgehoben worden. Für den 10. Juni ist eine Massendemonstration unter der Losung „Aufstehn. Für den Frieden.“ angesetzt.

Immer energischer fordern die Friedenskämpfer, daß in Verhandlungen auf eine Rüstungsbegrenzung und Abrüstung hingewirkt wird. Die Hoffnung darauf wird durch das Verhalten der UdSSR bestärkt, die trotz aller Ränke, Drohungen und politischen Verrenkungen Washingtons nicht nur weiter Kurs auf die Gewährleistung der internationalen Sicherheit hält, sondern das auch mit zunehmender Intensität tut.

Das bestätigen die neuen Friedensinitiativen der UdSSR, über die Leonid Breschnew auf dem XVII. sowjetischen Gewerkschaftskongreß und auf dem XIX. Komsomolkongreß gesprochen hat. In verschiedener Form sind sie nicht allein von der bundesdeutschen Regierung, sondern auch, was äußerst selten ist, von einzelnen CDU/CSU-Politikern

begrüßt worden. Allerdings haben manche Amtspersonen versucht, die klaren und konkreten Initiativen der UdSSR und Reagans vorläufig noch schleierhafte oder sogar irreführende Thesen über einen Kamm zu scheren. Die meisten Bundesbürger aber scheinen die Dinge klar zu sehen.

Der Abgeordnete des Bundestags Klaus Thüsing sagte zu mir: „Die neuesten Vorschläge von Leonid Breschnew haben erneut deutlich gemacht, daß die Sowjetunion eine Beendigung des Wettrüstens wirklich will, daß die Sowjetunion bereit ist, konstruktive Vorschläge zu machen, daß westliche Sorgen und Befürchtungen — gerade auch der Bundesrepublik Deutschland — ernst genommen werden. Sie haben gezeigt, daß die Sowjetunion bereit ist, auf die Vorschläge des Westens nicht nur verbal, sondern auch mit Entscheidungen, mit konkreten Abrüstungsbeiträgen zu reagieren.“

In der Bundesrepublik erwartet man vom Bonner NATO-Gipfel nichts Gutes für die Abrüstung und blickt immer häufiger nach New York hinüber, wo bald die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO beginnt. Von ihr erwartet man hier neue wirksame Impulse für die Lösung des Problems, wie Europa und die ganze Erde vor einer nuklearen Katastrophe bewahrt und wie den Völkern für alle Zeiten eine friedliche Zukunft gesichert werden kann.

**K. KARAGESIAN**  
Eigenbericht

Bonn

gesammelt, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. Bis zum Beginn eines gesamtandinavischen Friedenstreffens in Göteborg hatten den Appell über eine Million Schweden, Dänen und Norweger und rund 900 000 Finnen unterschrieben.

Das Treffen in Göteborg hatte über 100 000 Teilnehmer. Sie nahmen eine Adresse an die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO und den Abrüstungsausschuß in Genf an. Darin wurde gegen die Stationierung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa und gegen die Erzeugung neuester Massenvernichtungswaffen Protest erhoben.

Das Göteborger Treffen war sozusagen eine Zwischenbilanz der großen Frühjahrs-Friedensoffensive. Jetzt steht ein Friedensmarsch 82 bevor.

**M. KOSTIKOW**

Helsinki

**NZ**

KOMMENTAR

## OHNE BEGEISTERUNG

In Brüssel wurde offiziell die Aufnahme Spaniens als 16. NATO-Mitglied bekanntgegeben. Am 10. Juni wird Regierungschef Calvo Sotelo am atlantischen Gipfel in Bonn teilnehmen. Die „New York Times“ hat sich bereits freudig den militärischen Beitrag Madrids ausgerechnet: 340 000 Militärangehörige, über 190 Flugzeuge, 8 U-Boote und 29 Schiffe.

Viele Spanier haben diese Nachricht ohne Begeisterung aufgenommen. Verständlich, da der Beitritt zur militaristischen Allianz ihnen nichts Gutes verheißt. Der jährliche Aderlaß von 500 Mio Dollar, die aus dem Staatshaushalt der NATO zufließen sollen, wird der schwachen Wirtschaft keinen Auftrieb geben und die Erfüllung vieler Programme erschweren.

Bedroht ist die nationale Souveränität. Was kann jetzt z. B. das Oberkommando der USA und der NATO hindern, auf spanischem Territorium Atom- oder Neutronenwaffen zu stationieren? Das würde Spanien unweigerlich zur Zielscheibe für einen Gegenschlag bei einem Nuklearkonflikt werden lassen.

Wie werden sich von nun an die Beziehungen Madrids zu den Ländern Lateinamerikas, zu den arabischen und afrikanischen Staaten gestalten, zu denen es traditionell freundschaftliche Beziehungen unterhielt? Der bewaffnete Konflikt Großbritannien mit Argentinien im Südatlantik, die Einbeziehung Italiens und anderer westeuropäischer Verbündeter in die verantwortungslosen Abenteuer der USA im Nahen und Mittleren Osten sowie die Pläne für die Schaffung eines gegen die unabhängigen Länder Afrikas gerichteten NATO-Stützpunktes auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln — das und vieles andere zeigt, welche Gefahr die NATO-Mitgliedschaft in sich birgt und welche Minen unter den außenpolitischen Kurs Madrids gelegt werden.

Der Beitritt Spaniens zu der gegen die UdSSR und deren Verbündete gerichteten aggressiven Allianz muß sich auch auf die sowjetisch-spanischen Beziehungen auswirken. Er wird das Ost-West-Gleichgewicht stören, was den ohnedies schwierigen Dialog erschweren wird.

Die kürzlichen Wahlen in Andalusien, wo die regierende Union des Demokratischen Zentrums eine vernichtende Niederlage einstecken mußte, haben gezeigt, wie unpopulär im Lande die von der Regierung aufoktroyierten Beschlüsse, darunter auch in der Außenpolitik, sind. Muß man sich dann da wundern, daß in Spanien wegen des NATO-Beitritts kein Enthusiasmus herrscht!

**L. MAKAREWITSCH**



Der Sternmarsch in Oslo

Foto: TASS

„Das ganze Volk ist gegen die Kernwaffen“ — unter dieser Devise sind auf Initiative der Bewegung „Nein zu den Kernwaffen“ in mehr als 200 Bezirken Norwegens im Rahmen einer Aktionswoche für einen kernwaffenfreien Norden Demonstrationen und Diskussionen durchgeführt worden. Die Woche endete mit einem grandiosen Sternmarsch in Oslo. Aus fünf Stadtbezirken Oslos bewegten sich Demonstrationen auf einen Platz im Zentrum zu, und dort wurde eine Kundgebung mit 20 000 Teilnehmern abgehalten. In den nordischen Ländern werden Unterschriften für einen Appell



# BEGRÄBNIS VOR ORT

Von unserem ständigen Berichterstatter  
Igor TITOW

Während des Vietnam-Abenteuers wurden immer neue Zinksärge in die amerikanischen Städte verfrachtet. In Downing Street hat man offenbar die negativen Auswirkungen derartiger Demonstrationen des Todes in der Öffentlichkeit berücksichtigt. Die Opfer des Falkland-Krieges werden an Ort und Stelle begraben. Dennoch bleibt auch er ein Abenteuer. In beiden Fällen ging es um Kriegshandlungen Tausende Meilen vom Staat des Aggressors entfernt und beide Male war die „Verteidigung nationaler Interessen“ der durchsichtige Vorwand. Nur ein Rollentausch zwischen den imperialistischen Mächten hat stattgefunden. Diesmal stieg Großbritannien ins Abenteuer ein, und das Weiße Haus bietet ihm volle diplomatische, moralische und militärische Unterstützung.

Seit der Einstellung der Gespräche

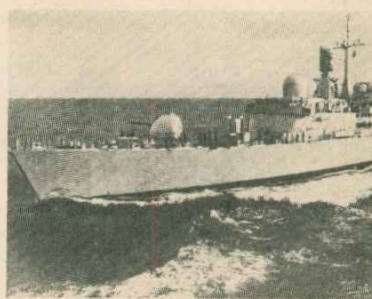
im UNO-Rahmen hat sich die Situation auf den Falklands verändert. Großbritannien hat starke Streitkräfte auf den Inseln gelandet, beide Seiten verzeichnen beachtliche Verluste an Menschen und Material. Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber, vor allem aber Menschen „gehen verlustig“. 5000 britische Soldaten sind bereits in Südatlantik. Weitere 3500 werden mit dem zu einer schwimmenden Kaserne umgebauten Passagierschiff „Queen Elizabeth 2“ erwartet.

Die „Financial Times“ schreibt, wie jetzt gebe es auch für die Zukunft keinerlei ernsthaft diplomatische Versuche, die Kampfhandlungen auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Das erklärte Verteidigungsminister Nott eindeutig im Parlament. Er sagte, das militärische Ziel sei die Wiedergewinnung der Falklands (Malwi-

nen), und bevor das nicht erreicht werden könne keine Rede von Verhandlungen sein. Alle bisherigen Vorschläge der britischen Regierung zur Regelung des Konflikts sind also vom Tisch. Die „Sunday Times“ zieht den logischen Schluß: Wenn die jetzigen britischen Politiker unfähig sind, selbst einen im Weltmaßstab so kleinen Konflikt friedlich zu lösen, was sollte man dann bei einem bedeutenderen Konflikt erwarten?

**Der im Südatlantik gesunkene britische Zerstörer „Sheffield“**

Foto aus: „U. S. News & World Report“



## US-VERRAT AN LATEINAMERIKA

So drückte es kürzlich der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Mexikos, Luis Farias, aus. Doch auch breiteste Kreise Lateinamerikas bewerten die Unterstützung Washingtons für Großbritannien im Falkland-(Malwinen-) Konflikt in gleicher Weise.

Am 30. April hatte, wie wir uns erinnern, US-Außenminister Haig erklärt, daß diplomatische Bemühungen keinen Erfolg hätten, habe Präsident Reagan veranlaßt, die Bitten Großbritanniens um materielle Hilfe positiv zu entscheiden, gemäß dem Beschluß der Regierung, Großbritannien in diesem Konflikt zu unterstützen. Heute ist bereits ganz deutlich, daß die „Pendeldiplomatie“ Haigs nur dazu diente, Zeit zu gewinnen und den Briten die Möglichkeit zu geben, ihre Kräfte im Südatlantik zu sammeln. Zur Erleichterung der Truppenkonzentration haben die USA, laut einer Meldung der „New York Times“, die sich auf Pentagon-Mitarbeiter bezieht, in den ersten Tagen der Krise den Briten ihre Nachrichtenkanäle über Satelliten zur Verfügung gestellt.

Besonders nützlich erwiesen sich dabei für die Briten die Spionagesatelliten „Big Bird“ und „KH-11“, die die Möglichkeit bieten, argentinische Schiffe auf hoher See auszumachen.

Als die Reagan-Administration nach dem 30. April schließlich die Maske des „ehrlichen Maklers“ abgeworfen hatte, griff man in London mit beiden Händen nach der offen angebotenen US-Hilfe. Der US-Stützpunkt Wideawake auf der Insel Ascension wurde zu einem wahren Umschlagplatz von Brennstoff, Ersatzteilen und Munition für das britische Expeditionsheer. Die „New York Times“ teilte mit, Großbritannien habe Washington im Mai gebeten, Kriegsmaterial, Ausrüstungen und Munition bereitzustellen. Offizielle US-Sprecher erklärten zwar, die Briten hätten „um alle möglichen Dinge“ gebeten, weigerten sich damals aber, die von London vorgelegte Bittstellerliste ausführlich darzulegen und sagten nur, sie enthalte „Generatoren, Heizgeräte und andere Gegenstände, die im Winter gebraucht würden“. Die US-Presse meldete ferner,

Großbritannien habe bereits darum gebeten, ihm das Tankflugzeug „KC-135“ zu überlassen, das sehr viel mehr Treibstoff faßt, als das britische „Victor“. In Washington wurde bestätigt, daß die USA „KC-135“ zur Verfügung stellen. Verhandelt wurde auch über die Überlassung von Aufklärungsflugzeugen großer Reichweite „E-2C Hawkey“. Ende Mai schrieb die „Washington Post“, Großbritannien habe von den USA bereits Luft-Luft-Raketen und Luft-Boden-Raketen, landgestützte „Hawk“-Raketen, Granatwerfer, Munition und Ausrüstung erhalten. Nach Angaben von UPI haben die USA den Briten 100 „Sidewinder“-Raketen verkauft, die von den „Harrier“-Jagdbombern eingesetzt werden und hohe Zerstörungskraft besitzen. An das Expeditionsheer sollen auch extra für die Reparatur von Militärtechnik ausgerüstete Schiffe übergeben werden.

Zur gleichen Zeit versorgen die Amerikaner britische Militärexperten mit Geheimdaten über die Jagdbomber „Skyhawk“, die Argentinien früher von den USA erworben hatte, und geben Hinweise auf deren „Achillesfersen“.

Washington hat offenbar vor, London in Zukunft auch seine Militärberater zur Verfügung zu stellen. Vor kurzem wurde bekannt, an Bord der „Queen Eliza-



Die „Times“ veröffentlichte die Ansprache des Unterhauses-Mitglieds Robert Parry, der erklärte, die Matrosen des vom Verteidigungsministerium beschlagnahmten Containerschiffs „Atlantic Conveyor“ verlangten die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, um weitere Opfer zu vermeiden. (Dieses Schiff wurde übrigens bereits nach einer starken Beschädigung durch die argentinische Luftwaffe aus dem Verkehr gezogen.) „Helden eines unheroischen Krieges“ titelt die „Sunday Times“ einen Artikel voller Zweifel an dem Sinn der Kampfhandlungen im Südatlantik.

Der „Guardian“ meint, es müsse doch die Zeit für nüchterne Überlegungen anbrechen, und fährt fort, das einzige Land, mit dem Großbritannien den künftigen Status der Insel ausarbeiten müßte, sei Argentinien, und je eher man damit beginne, desto geringer blieben die Verluste.

Für die Tories aber stellt sich der Krieg — angesichts der innenpolitischen Situation — heute vorteilhaft dar. Was morgen wird, scheint sie bislang nicht zu berühren. Mehr als

zwei Monate erinnert sich die Regierung praktisch nicht mehr an die akuten Probleme Massenarbeitslosigkeit, Wohnraum, Nordirland. Dabei wurden inzwischen schon fast 2 Md. Pfund Sterling für den Krieg verpulvert. Selbst diese offizielle Zahl ist, nach Ansicht hiesiger Beobachter, wegen der mangelnden Informationslust des Verteidigungsministeriums ziemlich untertrieben. Laut Berechnungen des „Daily Express“ haben Whitehalls Ausgaben für den Falkland-Krieg eine astronomische Summe erreicht, aus der man jedem Inselbewohner, einschließlich der Kinder, je eine Million Pfund geben oder in Großbritannien 90 000 Häuser bauen könnte, wobei Hunderte Menschenleben bewahrt wären.

Jetzt zu den Opfern. In manchen Kreisen Londons und bei den NATO-Partnern sieht man im Falkland-Krieg einen „Nutzen“. Was nämlich die Piloten der „Harrier“ jetzt dabei lernen, könnte ihnen helfen, in einem bevorstehenden Konflikt am Leben zu bleiben. So gesehen, betont der „Daily Express“, seien die Opfer, von denen man höre, „annehmbarer“.

London, am 31. Mai

beth 2“ befinde sich ein US-General, der Spezialist für Radaranlagen ist.

Die von der Reagan-Administration gegen Argentinien verhängten Handels- und Wirtschaftssanktionen sehen u. a. die Einstellung aller militärischen Lieferungen und die Streichung der Garantien für Kredite und Anleihen der Export-Import-Bank der USA vor. Nach Meinung von „Newsweek“ verliert Buenos Aires durch die Sanktionen 6 Mio Dollar in Form von U-Boot-Ersatzteilen, Jagdflugzeugen und Kreuzern US-amerikanischer Produktion.

Die politischen Manöver in der UNO im Interesse Londons, die Aufstockung der Militärhilfe für Großbritannien will der amerikanische Verbündete offenbar mit geheimen Diversionen in Argentinien anreichern. In der lateinamerikanischen Presse finden sich unter Berufung auf offizielle Quellen Meldungen, es bestünden Pläne zur „Destabilisierung“ der Lage in Argentinien. Mit diesen Plänen wird u. a. die Reise in Zusammenhang gebracht, die der ehemalige stellvertretende CIA-Direktor, General A. D. Vernon Walters, als Sonderbotschafter Reagans vom 10. bis 12. Mai nach Buenos Aires unternahm. Eine mit dem Status eines diplomatischen Vertreters unvereinbare eifrige Tätigkeit entwickelte der US-Botschafter in Buenos Aires Shlaudeman.

Der britisch-argentinische Konflikt hat eine zunehmende Demonstration der politischen Einheit der lateinamerikanischen Länder nach sich gezogen. Mit der stärksten Unterstützung Argentinien und Kritik an der Rolle Washingtons in der Krise meldeten sich Venezuela, Panama, Kuba und Nikaragua. Der Präsident Venezuelas Herrera Campins verurteilte scharf den Beschluß der USA, sich offen auf die Seite des Aggressors zu stellen. Kuba erklärte seine Bereitschaft, Argentinien im Rahmen der Initiativen lateinamerikanischer Länder Hilfe zu leisten. Die Regierung Kostarikas nannte die Sanktionen gegen Argentinien eine „Verletzung der Solidarität der Länder in der westlichen Hemisphäre“ und forderte die „Verlegung des OAS-Hauptquartiers“ aus den USA in einen anderen Staat. Den gleichen Antrag stellte Boliviens Außenminister Gonzalo Romero, der erklärte, die USA hätten sich im britisch-argentinischen Konflikt außerhalb der lateinamerikanischen Gemeinschaft gestellt. Die Länder Lateinamerikas prüfen gegenwärtig, welche Schritte sich für eine konkrete Unterstützung Argentinien unternehmen lassen. Peru sprach sich dafür aus, eine gemischte Kommission aus Vertretern der Mitgliedsländer der Andengruppe und Argentinien zu bilden, um diesem angesichts der Wirtschaftsblockade

durch die EG wirksame Hilfe zu leisten. Brasilien hat Großbritannien gegenüber erklärt, es gestatte der britischen Flotte nicht, in brasilianischen Häfen Nachschub an Bord zu nehmen. Venezuela will Einlagen in Höhe von 3 Md. Dollar aus britischen Banken abziehen. Bolivien hat der argentinischen Luftwaffe Flugzeuge zugesagt.

Die Solidarität der Lateinamerikaner mit Argentinien zeigte sich deutlich bei den beiden außerordentlichen Konsultativtreffen der OAS-Außenminister zu Beginn der Krise. Auf der letzten derartigen Beratung Ende Mai wurde in einer Resolution das Vorgehen der USA entschieden verurteilt. Sie enthielt die Forderung, die US-Militärlieferungen an Großbritannien sofort einzustellen und die Sanktionen aufzuheben.

Perus Außenminister Javier Arias Stella bezeichnete es als „unerklärlich“, daß Washington bei seiner Vermittlermission im britisch-argentinischen Konflikt offen und rücksichtslos Großbritannien begünstige und eine ganze Reihe von Vergeltungsmaßnahmen gegen Argentinien ankündigte. Unserer Ansicht nach ist das durchaus erklärlich. Die Reagan-Administration entschloß sich, einige ihrer Interessen in Lateinamerika auf dem Altar der globalen antijewischen Politik zu opfern. Wie der AP-Kommentator George Gedda bemerkte, sei die offene Unterstützung Großbritannien nicht in letzter Linie von der ideologischen Nähe zwischen Präsident Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher diktiert. Gleichzeitig haben aber auch konkretere Vorstellungen den Beschluß Washingtons beeinflusst. Dazu Gedda: Unter Wahrung der Neutralität könnte die Administration auf eine Gegenreaktion in England stoßen, die zu einer Abänderung des Beschlusses dieses Landes führen könnte, im kommenden Jahr amerikanische Mittelstreckenraketen aufzunehmen. Deshalb habe es die Reagan-Administration für nötig gehalten, England sogar um den Preis einer Verschlechterung der eigenen Beziehungen zu den Ländern der westlichen Hemisphäre zu unterstützen.

Gleichzeitig erkennen Beobachter in der Haltung des Weißen Hauses auch die Hoffnung, mit Hilfe Großbritanniens Argentinien zu schwächen, es zu veranlassen, die vorteilhaften Handels- und Wirtschaftskontakte zur UdSSR aufzugeben und die Republik gegen jene Länder des Kontinents einzusetzen, die einen unabhängigen politischen Kurs verfolgen, sowie sie dem Drängen Washingtons künftig zugänglicher zu machen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um die Pläne eines militärischen Vordringens der USA auf die Falklands (Malwinen) zur Errichtung von Luftwaffenstützpunkten.

A. BARYSCHEW



# VOLLER MISSTRAUEN

Wjatscheslaw BOIKOW

Èvère wurde zu einer kernwaffenfreien Zone erklärt. Dieser Beschluß der Munizipalität des Brüsseler Vororts ist kennzeichnend: Dort liegt das Hauptquartier der NATO, die schon allein die Idee kernwaffenfreier Zonen in Europa ablehnt. Das kernwaffenfreie Èvère veranschaulicht, wie sehr sich die Position der NATO-Führung in der Frage von Krieg und Frieden von jener der friedliebenden Öffentlichkeit Westeuropas unterscheidet. Zuerst versuchten die NATO-Strategen, diese Differenzen zu bagatellisieren und zu dämpfen. Das gelang nicht. Die Demonstrationen von Millionen Westeuropäern im vorigen Herbst ließen die ganze Welt aufmerken. Dann versuchten die NATO-Strategen, die friedliebenden Kräfte als Marionetten Moskau zu diffamieren. Das wurde ihnen nicht geglaubt. Darauf beschloß man in der NATO, die „Seele Europas“ (so US-Außenminister Haig) zu gewinnen. Aber wie? Nun, man müsse „einerseits die sowjetische Bedrohung, andererseits unsere Friedensliebe“ hervorheben, riet den Kollegen Carl Barkman, der vom Posten des Ständigen Vertreters der Niederlande beim NATO-Hauptquartier abtritt.

Unter Mißachtung der Fakten, die vom wirklichen militärischen Potential in Ost und West zeugen und in dem vor kurzem in Moskau herausgegebenen Buch „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?“ dargestellt sind, beschloß man im NATO-Hauptquartier, wieder einmal mit Zahlen zu jonglieren. Vor kurzem wurde dort Journalisten die eigene Lesart vom Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag dargelegt, wie sie in einer eigens dazu herausgegebenen Broschüre enthalten ist. Die mehr als 70 Seiten dieses mit über 20 Schemata und Aufstellungen garnierten Elaborats reflektieren zwar auf Objektivität, enthalten jedoch lauter tendenziöse, die Wirklichkeit verzerrende Urteile und Angaben.

Die NATO strebe nichts so sehr an wie „die Verhütung des Krieges“, „gegenseitige Verständigung zwischen Ost und West“ und „einen Fortschritt der Entspannung“. Die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsländer dagegen seien darauf bedacht, diese friedlichen Bemühungen der Teilnehmer des Nordatlantikpakts zu durchkreuzen und „den Kommunismus auf die ganze Welt auszudehnen“.

In diesem Geiste ist die ganze Bro-

schüre gehalten. Die militärischen Vorbereitungen der NATO, darunter der Beschluß, in Westeuropa neue US-Mittelstreckenraketen zu stationieren, werden als „Maßnahmen zur Eindämmung“ hochgespielt. Ostentativ wird dabei verschwiegen, daß die USA mit der Produktion der offensiven Neutronenwaffen begonnen haben und die Produktion chemischer Kampfmittel für einen „begrenzten Krieg“ in Europa erweitern. Die Autoren verlieren kein einziges Wort auch darüber, daß der Block ein Erstschlagpotential schafft und daß Washington Direktiven angenommen hat, die unmittelbar auf die Vorbereitung eines Krieges in Europa abzielen.

Ebenso „objektiv“ wird das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent geschildert. Aus der Kräftebalance werden große US-Kontingente, die für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmt, aber außerhalb Europas stationiert sind, ausgeblendet, desgleichen die Kräfte Großbritannien und Kanadas auf dem eigenen Territorium. Das atomare Arsenal Frankreichs wird absolut außer acht gelassen und beim Vergleich der Seestreitkräfte ein Großteil der amerikanischen Kriegsmarine ausgeklammert.

All das hindert die Autoren der Broschüre nicht daran, zu behaupten, die NATO sei angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Warschauer Vertragsstaaten so gut wie wehrlos, während diese eine erdrückende Übermacht in allen Bereichen hätten.

Das Herausstreichen der atlantischen Friedensliebe begann schon auf der NATO-Ratstagung im Dezember. Das war so auffällig, daß selbst der Verleger der NATO-treuen Wochenschrift „The Western World“ Richard Neff sich veranlaßt fühlte, die beiden jüngsten Kommuniqués des Rates zu vergleichen. In dem vom Frühjahr 1981 hätten „die Außenminister über die Notwendigkeit von Ost-West-Dialog und Rüstungskontrolle fast am Ende des Kommuniqués gesprochen“. In den Vordergrund wurde damals die „harte Haltung“ zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern gerückt, was, wie Neff betont, voll und ganz mit der Haltung der Reagan-Administration übereinstimmte. Im Kommuniqué der Dezembertagung waren die Akzente anders gesetzt. Es begann mit der Beteuerung der Minister, sie wollten „Frieden und Sicherheit durch stabile

Kräftebalance, Minderung der Spannungen und konstruktivere Ost-West-Beziehungen erreichen“.

Nicht nur die Akzente haben sich verschoben. Washingtons Aufrufe zu neuen militärischen Vorbereitungen, die Gedanken an die Möglichkeit eines „begrenzten Kernwaffenkrieges“ und des Sieges darin besorgen und erschrecken viele Westeuropäer. Sie empfinden einen Schock, sobald Europa ein Kriegsschauplatz genannt wird, und reagieren überempfindlich auf den Terminus „Waffe des Kriegsschauplatzes“, wie die Pershing und Flügellraketen in der NATO heißen. Diese Frage kam im Februar auf einer Konferenz der westdeutschen militärischen Gesellschaft „Wehrkunde“ zur Sprache; beteiligt waren rund 150 hohe politische und militärische Vertreter der NATO-Länder. Doch lief das Ganze darauf hinaus, daß die NATO „den Krieg der Wörter verliert“. Gegenwärtig vermeiden es die NATO-Beamten, in ihren Ansprachen Europa einem Kriegsschauplatz gleichzusetzen, und für die Pershing und Flügellraketen ziehen sie den Terminus „Waffen intermediärer Reichweite“ vor.

Früher gaben sich die NATO-Leute bestenfalls den Anschein, die Bewegung der Friedenskräfte nicht zu bemerken; jetzt bringen sie ihr größte Aufmerksamkeit entgegen und versuchen, den Schlüssel zu jeder Gruppe ihrer Teilnehmer zu finden.

Die UdSSR ist in der Darstellung der NATO-Propaganda die Quelle allen Unglücks auf der Erde. Es läßt sich kaum aufzählen, wie viele Filme über die „sowjetische Bedrohung“ die Westeuropäer auf ihren Bildschirmen in den letzten Monaten sehen, wie viele Artikel darüber lesen und Reden hören mußten. Die sowje-

„US-Truppen in Europa. Sie abzuberufen wäre katastrophal, weil sie dort vor allem die USA verteidigen sollen!“ Mit diesem Bildtext unter ihrem Foto plaudert die „U.S. News & World Report“ aus, was die NATO-Propaganda verschweigt





tischen friedensdienlichen Initiativen, die eine Zügelung des Wettstreits bezwecken, werden verschwiegen, entstellt, diffamiert, eine „Falle“ oder ein „Propagandamanöver“ geschimpft, die Bemühungen der UdSSR um die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts in das Streben nach Überlegenheit umfunktioniert.

Keine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht auch die NATO-Ratstagung vom 17. und 18. Mai in Luxemburg, auf der man erneut auf das friedliche Image bedacht war. Bei der Eröffnung erklärte Mark MacGuigan, Ehrenvorsitzender der NATO und Außenminister Kanadas: „Wir verstehen sehr wohl, daß es gilt, die Friedensbewegung davon zu überzeugen, daß die richtige Kampagne für nukleare Abrüstung nicht auf der Straße, sondern am Verhandlungstisch durchzuführen ist.“ Anders gesagt forderte der kanadische Minister seine Kollegen auf, die Friedenskräfte, deren wichtigster Wirkungsbereich die Straßen und Plätze sind, zu neutralisieren. Als einen „gewissen Erfolg“ in dieser Richtung bezeichnete er die erwähnte Broschüre über „das Verhältnis der Rüstungen der NATO und des Warschauer Vertrages“ und betonte, das sei „erst der Anfang“.

In einem der ersten Absätze des Luxemburger Kommuniqués ist die Rede von dem Bestreben, „die Ost-West-Beziehungen konstruktiver zu gestalten, um durch Dialog, Verhandlungen und gegenseitig nützliche Kontakte eine wahre Entspannung herbeizuführen“. Die Minister gaben eine solche Erklärung ab, weil sie wissen, daß die überwiegende Mehrheit in ihren Ländern den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit befürwortet.

Der Versuch, die NATO nachgerade als den Inbegriff der Entspannung darzustellen, mißlang. In die Presse sickerten Angaben durch, daß die Vertreter der beiden führenden Staaten des Blocks — der USA und Großbritanniens — dagegen auftraten, in den Dokumenten der Tagung das Wort „Entspannung“ auch nur zu erwähnen. Wie die belgische Zeitung „Le Soir“ schrieb, stimmte Haig der obenzitierten Formulierung nur als Gegenleistung für zwei wesentliche Zugeständnisse zu. Die Juniorpartner mußten eindeutiger die faktische Erweiterung des geographischen Wirkungsbereichs der NATO zugestehen. Das Kommuniqué enthält einen Absatz darüber, daß die Bündnispartner übereingekommen sind, ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern auf ihre Nützlichkeit hin zu prüfen. Da der Westen bisher schwerlich zu sei-

nem Nachteil gehandelt haben dürfte, bleibt nur die Annahme, daß der bekundeten Absicht der NATO, eine Einschränkung der Wirtschaftskontakte zu den sozialistischen Ländern in Erwägung zu ziehen, politische Motive zugrunde liegen.

Das hat mit einer „wahren Entspannung“, zu der sich die Außenminister der NATO-Länder so eifrig bekannten, nichts zu tun. Ein solches Herangehen entspricht eher dem Standpunkt des Pentagon-Chefs Caspar Weinberger: „Soll die Bewegung vom kalten Krieg zur Entspannung ein Fortschritt sein, so können wir uns einen solchen Fortschritt nicht mehr leisten.“

In letzter Zeit ist es in der Führung der NATO-Länder geradezu Mode geworden, der UdSSR friedliche Verhandlungen — unbedingt „ernstgemeint“, „allumfassend“, „weitgehend“ — anzubieten. Die Öffentlichkeit soll glauben, die NATO reiche der UdSSR einen Olivenzweig nach dem anderen, Moskau aber entschieße sich nicht dazu, ihn anzunehmen, bzw. es sei nicht zu radikalen Schritten bereit. Dabei ist allgemein bekannt, daß die meisten friedlichen Initiativen, die in der UNO, im Abrüstungsausschuß und einfach in der Presse diskutiert werden, aus der UdSSR kommen, daß gerade die UdSSR ihre Bereitschaft bekundet hat, auch die radikalsten Maßnahmen zur Reduzierung der Rüstungen bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu akzeptieren, daß der friedliche Dialog nicht von Moskau, sondern von Washington abgebrochen wurde, denn dieses weigerte sich zunächst, SALT 2 zu ratifizieren, um dann unter verschiedenen Vorwänden die Verhandlungen auch über andere Abrüstungsprobleme zu torpedieren.

Für die NATO ist eine propagandistische Geste offensichtlich wichtiger als Tatsachen. Im Kommuniqué der Frühjahrstagung heißt es, daß die Blockländer „eine lange Liste von Vorschlägen vorgelegt haben, darauf gerichtet, einen konkreten und weitgehenden Fortschritt bei einer Reihe von Verhandlungen über die Abrüstung und Rüstungskontrolle zu erzielen... Die Bündnispartner rufen die UdSSR auf, positiv und ohne weitere Verzögerungen auf diese Vorschläge zu antworten, die dazu bestimmt sind, die Sicherheit zu festigen und eine Kräftebalance auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen.“ Unter solchen „weitgehenden“ Vorschlägen rangiert vor allem Reagans „Null-Lösung“ und das von Washington vorgeschlagene Programm für die Reduzierung der strategischen Rüstungen. Aber wie selbst viele westliche Experten eingestehen, sind diese Initiativen

nur in bezug auf die Reduzierung der sowjetischen Raketen radikal. Sie begrenzen das US-Potential an Kernwaffen nicht gleichwertig und lassen die USA ihre Rüstungen weiter aufstocken.

Die NATO-Leute möchten natürlich nicht als die Schuldigen für die Unterminierung der militärischen Entspannung dastehen und schrecken auch nicht vor einem politischen Plagiat zurück, indem sie fremde friedliche Initiativen als ihre eigenen ausgeben. Mit meinen eigenen Ohren hörte ich den NATO-Generalsekretär Luns auf einer Pressekonferenz im Hauptquartier des Blocks erklären, die Genfer Verhandlungen über die Kernwaffen seien eine Initiative der USA. Dabei ist wohl bekannt, wie sehr sich die UdSSR, die friedliebende Öffentlichkeit und die Führung der westeuropäischen Länder bemüht, die USA an den Verhandlungstisch in Genf heranzuführen.

In der Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten von Luxemburg Pierre Werner auf der Frühjahrstagung des NATO-Rats hieß es: „Es ist schon 15 Jahre her, seit unser Bündnis die Verhandlungen“ (über eine Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa) „konzipierte.“ In Wahrheit jährt sich diese Idee im Juli zum 16. Male, außerdem wurde sie von der Bukarester Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten vorgebracht.

Die NATO-Ratstagung in Luxemburg war nur ein Akt in der propagandistischen Show zum Thema „Friedenshüter NATO“. Der nächste Akt ist das Treffen der Spitzenpolitiker der Blockländer in Bonn. In diesem Zusammenhang schrieb „The Western World“: „Es ist schon beschlossen, daß das Schlußkommuniqué eine beeindruckende Erklärung zur Unterstützung der Rüstungskontrolle enthalten muß.“

Die Propagandakampagne hinterläßt natürlich ihre Spur in den Seelen der Westeuropäer, wenn auch nicht bei allen und nicht so tief, wie es ihre Drahtzieher gern möchten. Die vor kurzem vom amerikanischen Gallup-Institut für öffentliche Meinung durchgeführte Befragung zeigte: Drei von je vier Belgiern und Schweizern, vier von je fünf Engländern und sechs von je sieben Westdeutschen und Dänen glauben nicht an einen Überfall der UdSSR auf den Westen in den nächsten Jahren.

Die Befragungsergebnisse zeigen auch, daß man in Westeuropa die friedlichen Metamorphosen der USA und der NATO nicht allzu sehr für bare Münze nimmt. Kein Wunder auch: Worte und Taten der NATO-Führung sind zweierlei.

Brüssel



# UNSERE SOLIDARITÄT MIT AFRIKA

Den 25. Mai, den Tag der Befreiung Afrikas, begingen zusammen mit seinen Völkern alle, denen die Ideale der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens teuer sind. Auch in der Sowjetunion wurde dieses Datum mit vielen Veranstaltungen gewürdigt.

Leonid Breschnew richtete herzliche Glückwünsche an die Staaten und Völker Afrikas. Er wünschte ihnen weitere Erfolge bei der Befreiung des Kontinents von den Überresten des Kolonialismus, des Rassismus und der Apartheid sowie neue Errungenschaften beim nationalen Aufbau, im Kampf für Weltfrieden und internationale Sicherheit. Leonid Iljitschow, stellvertretender UdSSR-Außenminister, gab einen Empfang für die Leiter der diplomatischen Vertretungen der afrikanischen Staaten in der Sowjetunion. Im Moskauer Gewerkschaftshaus fand eine Festsetzung der Öffentlichkeit statt. Dort sprachen Alexej Watschenko, stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Vertreter Moskauer Betriebe und wissenschaftlicher Institutionen der Hauptstadt. Ähnliche Versammlungen anlässlich des Tages der Befreiung Afrikas und der Woche der Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika fanden in vielen großen Städten der Sowjetunion statt — in Leningrad, Kiew, Minsk, Taschkent, Tbilissi u. a. Kundgebungen und Versammlungen wurden in den sowjetischen Städten mit vielen afrikanischen Studenten abgehalten. Die sowjetischen Menschen bekundeten ihre Sympathie für die afrikanischen Völker und Solidarität mit deren Kampf.

Diese Solidarität verkörpert sich in der Unterstützung der Anstrengungen der Völker Afrikas zur Festigung der politischen Unabhängigkeit und zur Erreichung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Umfang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UdSSR mit den Ländern Afrikas vervierfacht. Mit sowjetischer Unterstützung entstanden oder entstehen dort ca. 400 Volkswirtschaftsobjekte. Hier nur einige Beispiele: Die Rekonstruktion des Erdölverarbeitungswerkes in Assab, des ersten Objekts der äthiopischen Schwerindustrie, wurde abgeschlossen. Jetzt erzeugt das Kombinat 12 verschiedene Erdölprodukte von Weltniveau. Der Bau der ersten Stufe des Hüttenwerkes in Ajaokuta (Nigeria) nähert sich dem Abschluß. In der VR Kongo entstand auf der Grundlage eines von sowjetischen Geologen prospektierten Vorkommens von Blei-Zink-Erzen ein Erzaufbereitungsbetrieb in Mfouati. Mit Unterstützung der UdSSR

wurden in Sambia 6 Diesellochwerke errichtet, entstehen Öltanks in Angola, wird in Libyen eine Gaspipeline aus dem Binnenland an die Küste verlegt.

Einen großen Beitrag leistet die UdSSR auch zur Ausbildung nationaler Kader für die jungen afrikanischen Staaten. Mit sowjetischer Unterstützung entstanden in afrikanischen Ländern 72 Berufsausbildungszentren und 9 Hochschulen.

Immer mehr weiten sich die Sport- und Kulturverbindungen zwischen der

UdSSR und den Ländern Afrikas aus. Gerade dieser Tage begann in der Sowjetunion eine Tournee des Amandla-Ensembles des politischen Liedes und Tanzes des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika. Konzerte werden in Moskau, Kiew und Baku gegeben. Schon der Name dieses Künstlerkollektivs, der aus der Zulu-Sprache übersetzt „Die Macht dem Volk“ bedeutet, klingt optimistisch.

Auf dem 7. Internationalen Filmfestival der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (Ende Mai, Anfang Juni in Taschkent) waren Filme vieler junger afrikanischer Staaten wie Algerien, Libyen, Äthiopien u. a. breit vertreten.

Die unabhängige Entwicklung Afrikas und das Streben seiner Völker, Herr im eigenen Haus zu sein und die Freund-

## GEMEINSAMER MARKT

### GEWITTER ÜBER BERLAIMONT

Über Berlaimont, dem Brüsseler EG-Hauptquartier, zogen sich hartnäckig politische Wolken zusammen. Lange konnte der EG-Ministerrat keinen Beschluß über eine 10,5prozentige Erhöhung der Ankaufpreise für Agrarprodukte für die neue Saison 1982/83 treffen. Das lag unverkennbar daran, daß sich Großbritannien gegen die übrigen Verhandlungsteilnehmer stellte. London wollte den neuen Preisen nur dann zustimmen, wenn die EG seine Beisteuer zu ihrem Etat für fünf Jahre um 8,5 Md. Franc senken wird. Neun Partner waren zu einem Zugeständnis bereit, jedoch nur auf drei Jahre und zu einem Betrag von 5 Md. Franc, wovon London nichts hören wollte.

Inzwischen wurde die Frage der Preise, die unter Mitwirkung der EG-Kommission am 30. April festgesetzt werden konnten, mit jeder Woche akuter. Die Sache ist nämlich die, daß die Landwirtschaftssaison in den EG-Ländern am 1. April beginnt. Bis zu diesem Termin müssen die neuen Ankaufpreise für Agrarprodukte gewöhnlich festgesetzt sein. Dringend war die diesbezügliche Beschlußfassung auch deshalb, weil das Europaparlament beschlossen hatte, beim Europagericht Beschwerde über „Untätigkeit“ des EG-Ministerrats zu führen. Die eventuellen Sanktionen des Gerichts würden die EG dazu verpflichten, den Bauernorganisationen wegen der verspäteten Festsetzung der Preise eine Konventionalstrafe zu zahlen. Da brach das Gewitter los. Großbritanniens Partner faßten den Beschluß über die neuen An-

kaufpreise. Seit 1966 hat der EG-Ministerrat über eine derart wichtige Frage **erstmalig** trotz eines Vetos von seiten Englands beschlossen. In London kam es zu einem politischen Sturm. Die Presse schrieb, man habe England einen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Die Premierministerin Margaret Thatcher erklärte geradezu, der Brüsseler Beschluß über die Agrarfragen sei „sehr ernst und beispiellos“. Hier muß aber ein kurzer Exkurs in die Geschichte folgen.

Als die BRD 1965 die Frage der Finanzierung der EG, vor allem ihres Agrarsektors, mit institutionellen Prozedurfragen verknüpfen wollte, berief der französische Präsident de Gaulle seine Vertreter aus den EG-Organen ab und ging zur Politik des „leerstehenden Sessels“ über. Es dauerte über sechs Monate, bis die Frage der Finanzierung der EG und der Methoden ihrer Beschlußfassung je nach der Tragweite des betreffenden Punktes in Luxemburg endlich im Januar 1966 ins Lot gebracht wurde.

Dieser als der „luxemburgische“ bekannte Kompromiß sah folgendes vor: Wenn ein Staat beweist, daß ein zur Debatte stehendes Problem für ihn lebenswichtig ist, so hat er das Recht, sein Veto gegen einen Beschluß einzulegen, selbst wenn er von allen übrigen Partnern gefaßt worden ist. Zugleich gibt das luxemburgische Abkommen keinem Staat das Recht, einen Beschluß über eine konkrete Frage unter dem Vorwand zu verhindern, daß seine Lebensin-



schaft mit den sozialistischen Ländern zu festigen, paßt nicht in die strategischen Pläne des Imperialismus. Eben deshalb versucht man, wie Leonid Breschnew in seiner Grußbotschaft be-



Solisten des Amandla-Ensembles der südafrikanischen Patrioten

tonte, „den Ländern Afrikas ein Netz von Militärstützpunkten überzuwerfen, entsendet Eingreiftruppen und setzt gegen diese Länder das ganze Erpressungs-, Druck- und Provokationsarsenal ein. Gegenüber einigen von ihnen wird der direkte militärische Druck verstärkt.“ Es sei nur an die aggressiven Umtriebe der imperialistischen Kräfte und der südafrikanischen Rassisten gegen Angola, Moçambique und Libyen erinnert...

Gegen eine gerechte Regelung der Namibiafrage entsprechend den Beschlüssen der UNO und den Forderungen der Organisation für Afrikanische Einheit nach Beendigung der unrecht-

mäßigen Besetzung dieses Landes durch das RSA-Regime und nach Gewährung der Unabhängigkeit werden alle nur möglichen Hindernisse aufgebaut.

Unter diesen Bedingungen wächst die Bedeutung der Geschlossenheit der afrikanischen Staaten, der Unterstützung ihres Kampfes durch die Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Die Völker Afrikas, heißt es in der Resolution der Versammlung von Vertretern der Öffentlichkeit Moskaus, können gewiß sein, daß ihr gerechter Kampf für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, gegen die Kräfte des Imperialismus, des Rassismus und der Reaktion die ständige Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Länder des Sozialismus haben wird.

M. SARIPOW

teressen auf anderen Gebieten geschmälert würden. Gerade so eine Vertauschung — der Ankaufspreise einerseits und der Höhe des Beitrags zum EG-Etat andererseits — hat Großbritannien dieses Mal vorgenommen und damit den anderen Partnern einen formellen Grund dafür geliefert, auf eine einstimmige Beschlußfassung zu verzichten.

Der Brüsseler Konflikt hat den Modus der Beschlußfassung in sämtlichen Institutionen der EG an die Tagesordnung gebracht. Die Aufhebung des Vetos und der Mehrheitsbeschluß würden praktisch bedeuten, daß die EG-Mitglieder bei der politischen und wirtschaftlichen Integration ein wichtiges Instrument zur Wahrung ihrer eigenen, nationalen Interessen verlieren würden.

Man darf den Brüsseler Konflikt aber nicht nur als eine Prozedursache ansehen. Die Brüsseler Herausforderung von Seiten Londons hat noch einen anderen Aspekt. Es handelt sich da um die Folgen von Englands Beitritt zur EG und um die damit zusammenhängenden eventuellen Veränderungen in der westeuropäischen Integration. Der französische Präsident, Mitterrand, hat neulich erklärt: „Das jetzt infolge der Brüsseler Beschlußfassung entstandene Problem läuft nicht darauf hinaus, ob der EG-Ministerrat seine Beschlüsse mit Stimmmehrheit oder einstimmig zu fassen habe, sondern darauf, welche Rolle Großbritannien in der EG zu spielen beabsichtigt. Je nach der Antwort auf diese Frage besteht das Problem in der Anwesenheit oder der Art der Anwesenheit Großbritanniens in der EG. Was Frankreich angeht, so verzichtet es weder auf die Regel der Einstimmigkeit, wenn

es um wirkliche Lebensinteressen geht, noch auf den Vertrag von Rom, denn in Brüssel ist ja gerade dieser Vertrag, d. h. das Bestehen der EG, in Frage gestellt worden.“

Der Grund zu dieser Schlußfolgerung, die wie eine ernste Warnung klingt, ist der objektive Umstand, daß Großbritannien zwei fundamentale Regeln für die Tätigkeit der EG unterminiert: das Prinzip der finanziellen Solidarität, d. h. der Pflicht, sich am Finanzieren der EG durch Beiträge zu ihrem Etat zu beteiligen, und das Prinzip der Präferenz, das bedeutet, daß ein EG-Mitglied beim Ankauf von Agrar- oder Industrieerzeugnissen seinen EG-Partnern vor Drittländern den Vorzug geben muß.

Großbritannien hat es von Anfang an möglichst vermieden, seinen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Als 1970 die Verhandlungen über seinen Beitritt zur EG begannen, wurde Großbritannien aufgefordert, als großes Industrieland 21,5% des EG-Etats als Beitragsleistung zu übernehmen. London ging nur auf 2—3% ein. Anfangs hielten das die EG-Mitglieder für einen faulen Witz, ein belgischer Diplomat sagte sogar: „Das reicht ja nicht einmal dafür, die Aschbecher säubern zu lassen, die in den Sitzungen von den Engländern benutzt werden.“

Die folgenden Ereignisse machten der Illusion aber ein Ende. Bald darauf fing Großbritannien an, jedes Jahr eine Kürzung seines Beitrags zum EG-Etat zu beantragen, und berief sich darauf, daß es zur EG mehr beisteuere, als es von ihr habe. Zugleich wollte man in London nicht sehen, wie es dazu gekommen ist. Damit, daß London Agrarprodukte auch weiter größtenteils auf den herkömmlichen Märkten — in Au-

stralien und Neuseeland — ankauft, verstößt es z. B. gegen das Prinzip der Präferenz. Deren Mechanismus ist jedoch so gedacht, daß sich ein EG-Mitglied durch Handel mit Drittländern selbst bestraft, denn dann muß es in den EG-Etat automatisch die Summe abführen, die es bei derartigen Abschlüssen eingespart hat. (Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel betragen nur die Hälfte oder ein Drittel der Agrarpreise in der EG.) Trotzdem hat London 1980 durchgesetzt, daß ihm 6 Md. Franc erlassen wurden. Dieses Mal hat es in Brüssel wieder Zugeständnisse verlangt und wahrscheinlich darauf gerechnet, daß ihm seine Partner, die sich in der Falklandkrise mit ihm solidarisiert haben, Nachsicht entgegenbringen werden. Wegen ihrer eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sind die Partner Großbritannien aber nicht entgegengekommen.

Im letzten Augenblick entschlossen sie sich, London die Pille zu ver-süßen: Als Entschädigung für den Beschluß über die Ankaufspreise haben sie den Beitrag Großbritanniens etwas gesenkt und die Wirtschafts-sanktionen gegen Argentinien auf unbestimmte Zeit verlängert. Das war ein deutlicher Kompromiß.

Es wird sich zeigen, ob er von Dauer ist. Aber eins ist klar: Das Gewitter in Brüssel hat die politische Spannung in der EG nicht entladen. Grund zu neuen Konflikten innerhalb der Zehnergruppe, die von grundsätzlichen Differenzen zerrissen wird, bleibt bestehen.

W. LAWRENOW









urratriotismus die eigenen  
ositionen zu festigen ge-  
unkt. Für die einen geht es  
n Profite, für die anderen um  
olifische Dividenden.

W. MICHEJEV

Foto: Nachrichten-  
magazin „Time“ (USA)

edrohung für die Sicherheit  
eschwören könne.

ste in Tokio Panik aus. Die  
hrend des Rummels um die  
s dem Norden“ tatsächlich  
inseln vom Süden her um-  
nd die Tatsachen? Sie gibt es  
indungen im Übermaß. Die  
ißt es, übe Druck auf die  
und suche deren Zustim-  
seitigen Austausch diploma-  
gen zu erreichen, bedränge  
Bitten, sowjetischen Fische-  
ngsschiffen das Anlaufen  
gestatten, und schlage die  
von Bodenschätzen in den  
dieser Länder vor.

heißt es in Tokio, bestehe  
nur der erste Schritt beim  
her Stützpunkte in der Re-  
er — schaut nur! — würden  
Bildung von Militärblöcken

einfache Erklärung. Südost-  
zifikinseln werden seit lan-  
schenden Kreisen Japans  
und wirtschaftliche „Inter-  
achtet. Davon zeugt auch  
n einer „Pazifikgemein-  
wirtschaftlichen Mitteln er-  
dem militaristischen Japan  
rieg nicht gelang.

istischen Pläne wurden in  
ns und des Pazifiks mit un-  
sis aufgenommen. Eben da  
io rechtzeitig der „Hand  
cht würden die asiatischen  
ck selbst in die japanische

A. ALEXANDROW

„NEUE ZEIT“ 23-82

## UNISONO ODER DISSONANZ?

Das Duett des ägypti-  
schen Verteidigungsmini-  
sters Abu Ghazala und des  
Außenministers Hassan Ali  
rief wiederholt Befremden  
in der arabischen Öffent-  
lichkeit hervor. In einem  
seiner letzten Interviews  
erklärte Hassan Ali: Der  
Frieden in der Region ist in  
den letzten vier Jahren  
dank den Anstrengungen  
der Vereinigten Staaten fes-  
ter geworden. Die Araber,  
so der Minister, soll-  
ten nicht die USA attackie-  
ren, sondern mit ihnen an  
einer gerechten Lösung der  
Palästinenserfrage arbeiten.

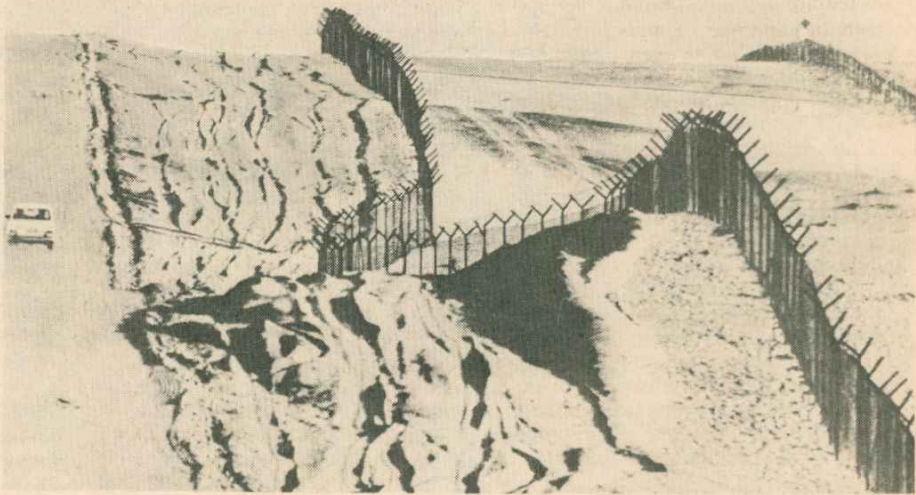
Hierbei verschwieg Has-  
san Ali den Preis, den Kai-  
ro für diesen Frieden ge-  
zahlt hat — die zeitlich  
unbegrenzte Präsenz von  
US- und NATO-Einheiten  
auf ARÄ-Territorium und

die Isolierung in der ara-  
bischen Welt. Der Minister  
verschwieg auch, daß Israel,  
das für die Willkür in den  
besetzten Gebieten verant-  
wortlich ist, diese nach und  
nach annektiert und mit  
vorbehaltloser US-Unter-  
stützung einen neuen Nah-  
ostkrieg vorbereitet.

Die USA würden ihre  
derzeitige Haltung gegen-  
über den Arabern ändern,  
ermahnt Hassan Ali, wenn  
sich die Lage in der Region  
stabilisiere und Frieden ge-  
schaffen werde. Wie das zu  
erreichen sei? Der Minister:  
Wenn die Araber, z. B. die  
Golfstaaten, dem Beispiel  
Ägyptens folgen und den  
USA „Vorrechte“ (so ver-  
schämt werden in Kairo die  
US-Militärstützpunkte ge-  
nannt) einräumen, würden

die USA diesen Ländern  
helfen.

Gegenüber seinem Kolle-  
gen will auch der Verteidi-  
gungsminister nicht zu-  
rückstehen. Sobald Abu  
Ghazala von der strategi-  
schen Sicherheit Ägyptens  
oder der arabischen Welt  
insgesamt spricht, schreibt  
die Zeitung „Al-Ahali“, Or-  
gan der Nationalen (linken)  
Fortschrittspartei Ägyptens.



erweist es sich, daß es um  
die besten Mittel zur Ver-  
teidigung der strategischen  
Interessen der USA und zur  
Festigung des NATO-  
Blocks geht. Wo bleibt da  
die offizielle „Blockfrei-  
heit“ der ARÄ-Regierung?

A. STEPANOW

Unsere Bilder: Die  
israelische Fahne über Sinai  
wird am 25. April 1982 (oben)  
eingeholt; Die neue Grenze  
zwischen Ägypten und Israel;  
Beisetzung eines weiteren  
Opfers des israelischen Ter-  
rors.

Foto: Nachrichten-  
magazin „Panorama“  
(Italien)



# STRATEGIE DES WOHLSTANDS

Irina TROFIMOWA

Wirtschaft und Politik lassen sich nicht voneinander trennen. Das vom kürzlichen Plenum des ZK der KPdSU gebilligte Lebensmittelprogramm ist dafür ein Beweis. Es setzt nicht nur eine vordringliche wirtschaftliche, sondern auch aktuelle sozialpolitische Aufgabe auf die Tagesordnung, die damit komplex gelöst wird.

Beginnen wir mit dem Fundament dieses neuen Programms. Schon 1965 steuerte das Märzplenum des ZK der KPdSU die Erhöhung der Investitionen in der Landwirtschaft, die Stärkung ihrer materiellen und technischen Basis, die Vervollkommnung der Planung und ökonomischen Stimulierung der Produktion an. Die zur Realisierung der Agrarstrategie ergriffenen Maßnahmen zeigten beeindruckende Resultate. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft stieg von 82,8 Md. Rubel (durchschnittliche Jahreskennziffer im 7. Planjahr) auf 123,9 Md. im 10. Planjahr. Eine Steigerung um 50%. Ist das viel oder wenig? In den EG-Ländern betrug die entsprechende Kennziffer 31%, in den USA 29%. Wir sehen also, daß unsere sozialistische Landwirtschaft spürbare Leistungen erbringt, trotz aller Witterungskapriolen.

Und noch einige Angaben zur Bekräftigung dieser Schlußfolgerung. Die Zunahme der Agrarproduktion hat das Bevölkerungswachstum systematisch überholt. Durchaus nicht alle Länder konnten das erreichen. Dadurch stieg in 15 Jahren bei uns der Prokopfverbrauch von Lebensmitteln, insbesondere bei Fleisch und Fleischerzeugnissen, um 41%. Besonders wesentlich ist dabei, daß der Kaloriengehalt der Nahrungsration der Sowjetbürger den wissenschaftlich festgelegten physiologischen Normen entspricht.

Trotz der gesteigerten Herstellung von Agrarprodukten aber übertrifft die Nachfrage das Angebot. Fleisch, Milcherzeugnisse, Gemüse und Obst reichen nicht. Deshalb hielt es die Führung der KPdSU für nötig, ein spezielles Lebensmittelprogramm für die Zeit bis 1990 auszuarbeiten. Zugrunde liegt ihm die Komplexmethode der Lösung des Problems. Leonid Breschnew sagte: „Besonders wichtig bei diesem Herangehen ist, die Arbeit sowohl der Landwirtschaft selbst wie auch der einschlägigen Industriezweige, des Verkehrswesens, des Handels zu verknüpfen und zusammenzufassen und ihre gesamte Tätigkeit dem gemeinsa-

men Endziel unterzuordnen, der Erzeugung hochqualitativer Lebensmittel und ihres Heranbringens an den Verbraucher.“

Es ist klar, daß die Ausgangsbasis zur endgültigen Entscheidung des Problems die Landwirtschaft ist. Wie sich deren weitere Entwicklung stimulieren läßt, wo die Akzente zu setzen sind, welche Reserven eingesetzt werden müssen, das sind die Themen, mit denen sich alle Abschnitte des Programms befassen. Zum Eckpfeiler wird die Intensivierung der Produktion gemacht. Unser Land verfügt über große Saatflächen, wir haben riesige Viehherden. Jetzt müssen die Ernteerträge und die Produktivität in der Viehhaltung gesteigert werden. Darin liegt das Geheimnis einer hohen Effektivität der Landwirtschaft.

Das Programm legt die Aufgaben aller Hauptzweige präzise fest. Schlüsselproblem ist die Erhöhung der Getreideproduktion. Die Aufgabe besteht darin, in den nächsten Jahren den Bedarf des Landes an hochqualitativem Nahrungs- und Futtergetreide zu decken, die nötigen Staatsreserven an Getreide und die Ressourcen für dessen Export zu haben. In Zahlen sieht das folgendermaßen aus: Die Jahresdurchschnittsproduktion an Getreide soll im 11. Planjahr 238–243 Mio t erreichen, im 12. 250–255 Mio. Der hauptsächlichste Weg zur Produktionssteigerung ist, wie bereits gesagt, die Erhöhung der Ernteerträge. In zehn Jahren müssen die Erträge bei Getreidekulturen um 6–7 dt gesteigert und bis 1990 auf 21–22 dt pro Hektar gebracht werden. Das sind Durchschnittszahlen. Bei uns gibt es Wirtschaften, die doppelt so hohe Ernteerträge aufweisen, an sie und an die höchsten Weltkennziffern aber heranzukommen, ist schwierig, da die Natur- und Klimabedingungen in unserem Land anders als beispielsweise in den USA sind, insbesondere im „Getreidestreifen“.

Genauso präzise sind die Perspektiven in der Viehhaltung umrissen. Der Prokopfverbrauch an Fleisch, der 1980 58 kg pro Jahr ausmachte, soll bis 1990 auf 70 kg angehoben werden. Dabei haben nicht nur die Sowchosen und Kolchosen ihre Rolle zu spielen. Es wurde beschlossen, die Möglichkeiten der individuellen Nebenwirtschaften sowie der Nebenwirtschaften der Betriebe vollständiger auszunutzen. Auf dem Plenum wurde geäußert, derartige Fragen

müßten umgehend, kühn und initiativ gelöst werden.

Der Gedanke des komplexen Herangehens an die Lösung des Lebensmittelproblems drückt sich in konkreten Formen aus. Geplant ist der beschleunigte Ausbau der mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Zweige, die Verbesserung des Systems der Lagerung und Verarbeitung der Produkte sowie ihrer Lieferung an den Konsumenten. Der Sinn besteht darin, den Weg zwischen Feld und Geschäft zu verkürzen. Denn gerade daran ist die Bevölkerung interessiert. Es muß eine Kette entstehen, in der ein Glied genau in das andere paßt, was nicht einfach ist, noch dazu in einem riesigen Land mit unaufhörlich wachsender Nachfrage. Dennoch ist das in der Perspektive völlig real.

Je tiefer wir in die Abschnitte des Programms eindringen, desto deutlicher zeichnen sich die Konturen des Agrar-Industriekomplexes ab. Das ist etwas Neues, das jedoch nicht bei Null angefangen wird. In unserem Land gibt es bereits etliche Agrar-Industrie-Vereinigungen, die in einigen Bezirken der Russischen Föderation, der Ukraine, Georgiens, Lettlands und Estlands bereits reiche Erfahrungen besitzen. Nun entsteht ein Agrar-Industriekomplex im Maßstab des gesamten Landes. Zum erstenmal wird er als selbständiges Objekt der Planung und Leitung auftreten. Auch der Mechanismus seiner Funktionen wurde ausgearbeitet. In den Bezirken, Regionen, Gebieten und Autonomen Republiken werden Agrar-Industrie-Vereinigungen gegründet, in den Unionsrepubliken und im Zentrum Agrar-Industrie-Kommissionen. Die Kommissionen werden mit großen Rechten ausgestattet, ihre Hauptaufgabe ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu verbessern, die Arbeit aller dem Agrar-Industriekomplex angehörenden Ministerien und Dienststellen gut zu koordinieren.

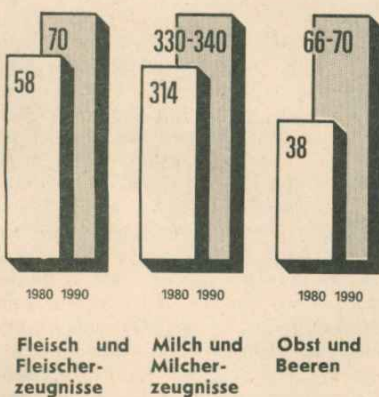
Der ökonomische Aspekt des Lebensmittelprogramms, von dem bislang die Rede war, wird von einem sozialen ergänzt. Gemeint ist damit die Hebung von Wohlstand, Kultur, medizinischer und Dienstleistungsbetreuung der Landbevölkerung. Im 11. Planjahr sollen in Kolchosen, Sowchosen und anderen Agrarbetrieben Wohnhäuser mit einer Gesamtfläche von mindestens 176 Mio m<sup>2</sup> entstehen, im 12. Planjahr um 15–18%.



mehr. Dabei wird auf Einzelhäuser mit Garten und Hofbauten für die individuelle Nebenwirtschaft orientiert. In Kolchosen und Sowchosen wird das individuelle Bauen gefördert, die Bauherren erhalten Finanzhilfe und Baustoffe.

Schon diese Beispiele geben eine Vorstellung, wie sich unsere Dörfer wandeln. Für ihre Umstrukturierung sollen in den 80er Jahren rund 160 Md. Rubel bereitgestellt werden. Auf dem ZK-Plenum wurde hervor gehoben, dies sei nicht nur eine große Zahl, sondern auch eine große Politik, die auf das Verwischen der sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land abziele.

#### LEBENSMITTELVERBRAUCH (pro Kopf und Jahr in kg)



Zur Vervollständigung des Bildes ein weiterer Aspekt des Programms, der außenwirtschaftliche. Bekanntlich war die Sowjetunion in den letzten Jahren gezwungen, vor allem wegen Mißernten, im Ausland Getreide, Fleisch und einige andere Nahrungsmittel zu kaufen. Das geschieht im Interesse des Volkes. Die Abkommen über die Lebensmittelkäufe fallen in den allgemeinen Rahmen der Entwicklung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit. Und der Westen läßt sich keinesfalls aus altruistischen Überlegungen auf den Ausbau der Handelsbeziehungen zu unserem Land ein. Die sowjetischen Aufträge, die Lieferungen von Rohstoff, Brennstoff und Industrieanlagen helfen den westlichen Firmen, die ungünstige Konjunktur angesichts der langwierigen Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt aufzubessern.

Doch muß die sowjetische Wirtschaft unter allen Umständen vor Überraschungen sicher sein. Das Hin und Her in der Politik der US-Administration, und nicht nur in ihrer, verstärkt unsere Überzeugung in dieser Hinsicht nur noch. Washington ist allem Anschein nach dazu bereit, die Interessen seiner Firmen aufs Spiel zu setzen, die aus

der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zweifellos Vorteile ziehen, und um so mehr die Interessen westeuropäischer Firmen, um die entstandene internationale Arbeitsteilung zu stören. Am Potomac meint man, alle möglichen Sanktionen und Embargos entsprächen der Konzeption der „wirtschaftlichen Schwächung“ des Sozialismus.

Die Staatsinteressen der Sowjetunion erfordern, daß unser Land über alles Notwendige verfügt, darunter über ausreichende eigene Nahrungs- und Futtermittelressourcen. Das sichert uns vor allen Zufällen. Deshalb geht das Programm von der Notwendigkeit aus, den Lebensmittelimport aus den kapitalistischen Ländern einzuschränken.

Wie immer orientiert sich unser Land vor allem auf den Ausbau der Kontakte zu den sozialistischen Verbündeten. Die RGW-Länder haben seinerzeit ein langfristiges Zielprogramm der Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie entwickelt, an dessen Realisierung die Sowjetunion aktiv teilnimmt. Heute geht es darum, in gemeinsamen Anstrengungen zusätzliche Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion aller Nahrungsmittelarten aufzufinden, um den Wohlstand des sowjetischen Volkes und der Völker der sozialistischen Bruderländer weiter zu heben.

Wie aus der Weltpraxis bekannt, kann sich auch ein guter Plan als Luftschloß erweisen, sofern er nicht materiell und organisatorisch untermauert wird. Dem galt die andere Hälfte der Arbeit. Gleichzeitig mit der Aufstellung des Programms wurden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Methoden der Leitung und Planung, der Mechanismus der Wirtschaftsführung durchdacht, der die Steigerung der Produktion stimulieren könnte.

U. a. wurde auf dem Plenum darauf verwiesen, daß eine Hebung der Effektivität der Landwirtschaft ohne die Schaffung der ökonomischen Voraussetzungen für die betriebliche Rechnungsführung unmöglich ist. Solche Voraussetzungen aber bestehen keineswegs überall. Neben hochrentablen Wirtschaften gibt es noch nicht wenige Kolchosen und Sowchosen, die mit Verlust arbeiten. In einer derartigen Situation büßen Preise, Gewinne und Kredite ihre Rolle als ökonomischer Hebel, der die Steigerung der Produktion stimuliert, ein.

Deshalb wurde beschlossen, das Dorf wirtschaftlich zu stärken. Erstens werden vom Beginn kommenden Jahres an die Einkaufspreise für viele Arten der Agrarprodukte erhöht. In Wirtschaften, die im Vergleich zu anderen unter schlechteren

Bedingungen arbeiten, in verlusttragenden und wenig rentablen Wirtschaften wird außerdem ein Aufschlag zu den allgemeingültigen Einkaufspreisen eingeführt. Dafür stellt der Staat pro Jahr 16 Md. bereit. Zweitens erhalten wenig rentable und verlusttragende Kolchose erhöhte staatliche Hilfe für den Wohnungsbau, den Bau und Unterhalt von Vorschuleinrichtungen, Ferienlagern, Klubs und Straßen. Drittens wurde beschlossen, zur Verbesserung der Finanzlage der Kolchosen einen Teil ihrer Bankschulden abzuschreiben und die Deckung des anderen Teils auf spätere Fristen zu verschieben.

Bei der Entlohnung der Werktätigen auf dem Lande werden die Natur- und Klimaverhältnisse stärker berücksichtigt werden. In vielen Gebieten Sibiriens, des Fernen Ostens und Kasachstans werden Lohnkoeffizienten eingeführt. Viehzüchter werden einen Zuschlag für Betriebstreue erhalten. Erhöht werden die Gehälter von Leitungskadern, Fachleuten und Angestellten der Sowchose (durchschnittlich um 30%). Fachleuten aus Leitungsorganen, die eine Arbeit in Kolchosen oder Sowchosen aufnehmen, wird für die Dauer von drei Jahren (in wenig rentablen und verlusttragenden Wirtschaften von fünf Jahren) ihr bisheriger durchschnittlicher Monatsverdienst weitergezahlt. Außerdem erhalten sie eine einmalige Beihilfe in Höhe von 3—5 Monatsgehältern.

Die getroffenen Maßnahmen sollen nicht nur die Wirtschaft des Dorfes stärken, sondern auch das Ansehen der Landarbeit heben und junge Fachleute aufs Land ziehen.

Zur Durchsetzung des Lebensmittelprogramms werden große Mittel bereitgestellt. Der Staat zeigt sich nicht knauserig. Im 12. Planjahr-fünft wird der Agrar-Industrie-Komplex rund ein Drittel aller Investitionen in die Volkswirtschaft erhalten.

Von allen unseren inneren Angelegenheiten hat wohl keine in letzter Zeit so allgemeine Aufmerksamkeit gefunden, wie die Entwicklung der Landwirtschaft. Sie beschäftigte Agrarwissenschaftler, Vorsitzende von Kolchosen und Sowchosen, Land- und Stadtbevölkerung. Viele gute Gedanken und kritische Bemerkungen wurden in den Massenmedien geäußert.

Deshalb wäre es zu wenig zu sagen, daß unser Volk das Programm voll und ganz billigt. Hier verschmolzen die Vorhaben der Partei mit dem Willen der sowjetischen Menschen. Darin besteht die starke Lebenskraft der neuen Pläne und das Unterpfand für ihren Erfolg.



# GEFÄHRLICHE FLOTTENRÜSTUNG

Dmitri SERGEJEV

Seit die Menschen es in alten Zeiten lernten, auf Flößen und in Booten, später auf Galeeren und Segelschiffen die See zu befahren, wurde das Meer zu militärischen Zwecken benutzt. Mit der Entwicklung der Kampftechnik erweiterten sich die Möglichkeiten dazu. Die Entwicklung der Schiffsartillerie, der Übergang vom Segel zur Dampfmaschine, die Panzerung der Schiffsrümpfe, der Bau von Torpedowaffen, die Entstehung von U-Booten und Seefliegerkräften waren nur einige der revolutionären Wandlungen in der Seekriegstechnik, die in einigen Jahrhunderten Aussehen und Kampfcharakteristiken der Kriegsmarine völlig veränderten.

Die Entwicklung der Seekriegstechnik erweiterte auch die Grenzen der Seekriegsschauplätze. Jahrtausendlang wurden alle oder fast alle Seeoperationen relativ nahe an der Küste durchgeführt, im 18. und 19. und besonders seit Anfang des 20. Jahrhunderts aber wurden die unübersehbaren Weiten des Weltmeeres zum Kriegsschauplatz.

## Zwei Kategorien

Welche historische Epoche man auch nimmt, wie das technische Niveau der Seestreitkräfte zur jeweiligen Zeit auch beschaffen sein mochte, teilten sich ihre strategischen und operativ-taktischen Aufgaben in zwei Hauptkategorien. Sergej Gorschkow, Flottenadmiral der Sowjetunion, formulierte sie in seinem Buch „Die Seemacht eines Staates“ präzise in den Worten: „Flotte gegen Flotte“ und „Flotte gegen Küste“.

Die erste Kategorie umfaßt die Gefechte und Operationen der Seestreitkräfte gegen die Flottenkräfte der anderen Seite zur See, auf Stützpunkten und in Häfen: das Abfangen und die Störung jener Seeverbindungen des Gegners, über die er Rüstungen, für die Kriegführung nötige Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energieträger erhalten kann; den Schutz der Seeverbindungen vor den Seestreitkräften des Gegners; Unterstützung der Küstenverteidigung des eigenen Landes gegen die gegnerische Kriegsmarine.

Die Gefechte und Operationen der Flotte gegen die Küste umfassen den Transport und das Absetzen von Landtruppen; das Führen von Feuerschlägen gegen das Heer und andere Objekte des Gegners im küstennahen Streifen von See aus; die Sicherung der Seeanlagen des eigenen Heeres.

Unter realen Kriegsbedingungen kön-

nen sich die beiden Hauptkategorien der Aufgaben der Seestreitkräfte miteinander verflechten oder bis zu einem gewissen Grade voneinander abhängig sein. So zwangen die sowjetischen Seestreitkräfte im Großen Vaterländischen Krieg durch ihre Handlungen auf See das faschistische OKW — schon zu der Zeit, als es die strategische Initiative hatte —, die Versuche aufzugeben, die eigene Flotte gegen das sowjetische Heer einzusetzen und Territorien von See aus zu besetzen. Zugleich erleichterte die Schwächung der deutschen Flotte gegen 1944 den USA und Großbritannien die Eröffnung der zweiten Front in Europa, d. h. das Absetzen einer strategischen Landtruppe in Frankreich, da die amerikanische und die britische Flotte an seiner Küste relativ frei vorgehen konnten.

Alles in allem kommt den Operationen von Flotte gegen Flotte wie auch denen von Flotte gegen Küste, wie sich das Verhältnis dieser beiden Aufgabenkategorien im gesamten Vorgehen der Seestreitkräfte auch verändern mag, in den meisten militärischen Konflikten und in der strategischen Planung der Staaten nach wie vor große Bedeutung zu. Deswegen wurde seit den 20er Jahren unseres Jahrhunderts die Frage gegenseitiger Beschränkungen der Flottenrüstungen zum Gegenstand internationaler Verhandlungen und sogar einiger Abkommen. Beispiele: die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz 1922 über das Verhältnis der Seekriegsflotten der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans, der britisch-deutsche Flottenvertrag 1935 u. a. Da diese Abkommen aber zwischen den imperialistischen Mächten geschlossen wurden, hemmten sie nicht so sehr das maritime Wettrüsten, sondern fixierten vielmehr für eine Zeitlang das Verhältnis der Seestreitkräfte zwischen den entsprechenden Staaten und wurden zum Ausgangspunkt für die weitere Rivalität zwischen ihnen und für die forcierte Aufrüstung der Flotten. Die sowjetischen Vorschläge über radikale Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens — darunter auf See —, die auf internationalen Foren in den 20er und 30er Jahren gemacht wurden, blieben faktisch wegen der negativen Position der kapitalistischen Hauptmächte, die die größten Flotten hatten, unerörtert.

So stand es im Grunde auch in den ersten Jahren und sogar Jahrzehnten nach dem Krieg. Dabei nahm die Rolle der Seestreitkräfte in der allgemeinen Strategie rasch zu, und das maritime

Wettrüsten wuchs sich zu einer immer größeren Quelle der Kriegsgefahr aus.

## Nukleare Gefahr auf See

Die Kern- und Raketenwaffen verursachten einschneidende Veränderungen in den Gefechtsmöglichkeiten der Seestreitkräfte und in ihrer strategischen Rolle. Der Bau von U-Booten als Träger ballistischer Raketen mit Kernsprengköpfen und von Mehrzweckflugzeugen, die mit Kernbomben bestückt und auf Flugzeugträger gestützt sind, sowie von anderen kernwaffenbestückten Schiffen verließ der Kriegsflotte ein Kampfpotential, das mit dem von früher unvergleichbar ist.

Besonders stark erweiterten sich die Möglichkeiten der Flotte in ihren Handlungen gegen die Küste. Früher konnten selbst die stärksten Schiffskanonen Objekte an der Küste nur über eine Entfernung von einigen Kilometern treffen; nun ist es möglich, gegen Objekte im Innern des gegnerischen Territoriums von U-Booten aus, die Hunderte, ja Tausende Kilometer von der Küste entfernt sind, Kernwaffenschläge zu führen. Auch die Stärke möglicher Schläge von See aus hat sich radikal geändert: Früher konnten durch Beschuß von Schiffen aus einzelne Gebäude und ähnliche Ziele an der Küste zerstört werden; die heutigen U-Boot-gestützten ballistischen Raketen können ganze Regionen verheeren. Der Hinweis mag genügen, daß eine einzige moderne ballistische Rakete mit unabhängig steuerbaren Mehrfachsprengköpfen eine Ladung trägt, die Dutzenden Hiroshima-Bomben gleich ist, und unterschiedliche, voneinander beträchtlich entfernte Ziele zugleich treffen kann. Ein strategisches U-Boot hat aber etliche Raketen solchen Typs. Ähnlich ist die Kampfkraft der mit Kernbomben ausgerüsteten trägergestützten Fliegerkräfte gestiegen.

All das hat eine völlig neue Situation herbeigeführt: Die Flotte hat, wie Flottenadmiral Gorschkow im erwähnten Buch schreibt, die Fähigkeit erlangt, „durch unmittelbare Einwirkung auf die Quellen der militärischen Stärke des Gegners strategische Aufgaben von Offensivcharakter zu lösen“, „die Fähigkeit, ... unmittelbar den Verlauf und Ausgang des Krieges zu beeinflussen“.

Das bedeutet nicht, daß die Möglichkeiten der Flotte in Handlungen gegen die Küste im nuklearen Zeitalter geringer geworden sind. Im Gegenteil, nach Aufkommen neuer Waffen — Raketen und Kernwaffen — sind sie gestiegen. Besonders groß sind aus begreiflichen Gründen Bedeutung und Potential der U-Boot-Abwehrkräfte der Flotte geworden. Doch sind die Handlungen von Flotte gegen Küste entscheidend.



Auf diese grundsätzlich neuen Aspekte der strategischen Lage im Weltmeer hinweisend, müssen wir betonen, daß jeder Schritt bei der seit Mitte der 50er Jahre erfolgenden Forcierung des nuklearen Wettrüstens zur See zuerst von den USA unternommen wurde, ob es sich um Raketen-U-Schiffe, Flugzeugträger oder andere nukleare Rüstungen der Flotte handelte.

Angesichts der neuen Parameter der nuklearen Gefahr von See aus mußte sich die UdSSR jedesmal einer solchen Herausforderung stellen und entsprechende maritime Waffensysteme als Gegengewicht zu den US-Systemen entwickeln. Doch ergriff sie niemals die Initiative bei der Schaffung neuer bordgestützter Kernwaffen und stimulierte folglich durch ihre Handlungen niemals das Wettrüsten auf See. Ebenso steht es um die landgestützten Kernwaffen.

## „Erschließung“ des Indik

Die Entstehung und Zunahme der nuklearen Gefahr von See aus als Er-

gebnis der militaristischen Aktionen der USA läßt sich an der Entwicklung im Indik verfolgen, dessen Gebiete sie gerade in den letzten Jahren strategisch „erschließen“.

In den 50er/60er Jahren tauchten kernwaffenbestückte US-Schiffe im Indischen Ozean nur selten auf, aber seit Anfang der 70er Jahre kreuzt dort regelmäßig (zwei- bis dreimal im Jahr) eine Schlaggruppe der US-Seestreitkräfte auf, zu der ein Träger mit kernwaffenbestückten Flugzeugen gehört.

Zugleich begannen die USA mit dem Bau eines Flottenstützpunktes mitten im Indik: auf der Insel Diego Garcia, die Großbritannien Mauritius, als diesem die Unabhängigkeit gewährt wurde, abgenommen und später den Amerikanern verpachtet hatte. Zuerst sollte der Stützpunkt als Kommunikationszentrale dienen, für später war eine Erweiterung und Mehrung der Funktionen vorgesehen. Außerdem benutzten die Seestreitkräfte der USA auf ständiger Grundlage den Militärstützpunkt auf der Insel Bahrein im Persischen Golf.

Diese Handlungen gefährdeten schon damals die Sicherheit und Unabhängigkeit der Indikstaaten, deren Territorium faktisch in seiner ganzen Tiefe im Aktionsradius der bordgestützten Fliegerkräfte der US-Träger liegt. Während des indisch-pakistanischen Krieges 1971 wurde der US-Träger „Enterprise“ in den Golf von Bengalen als Instrument

des direkten militärisch-politischen Druckes auf Indien entsandt.

Die ersten Elemente einer Gefahr vom Süden entstanden damals auch für die UdSSR: Ein großer Teil ihres Territoriums liegt in unmittelbarer Nähe solcher Indikteile wie des Arabischen Meeres und des Persischen Golfs.

Das militaristische Vorgehen der USA bewog die Indikländer schon damals dazu, zuerst im Rahmen der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit und 1971 auch in der UNO den Vorschlag über die Verwandlung des Indik in eine Friedenszone zu unterbreiten, wozu dort die ausländischen Militärstützpunkte beseitigt, die Stationierung von Kernwaffen verboten und die ausländische militärische Präsenz reduziert werden sollten. Die UdSSR unterstützte die Idee der Friedenszone und die Hauptelemente ihres materiellen Inhalts. Die USA bezogen eine negative Position in dieser Frage.

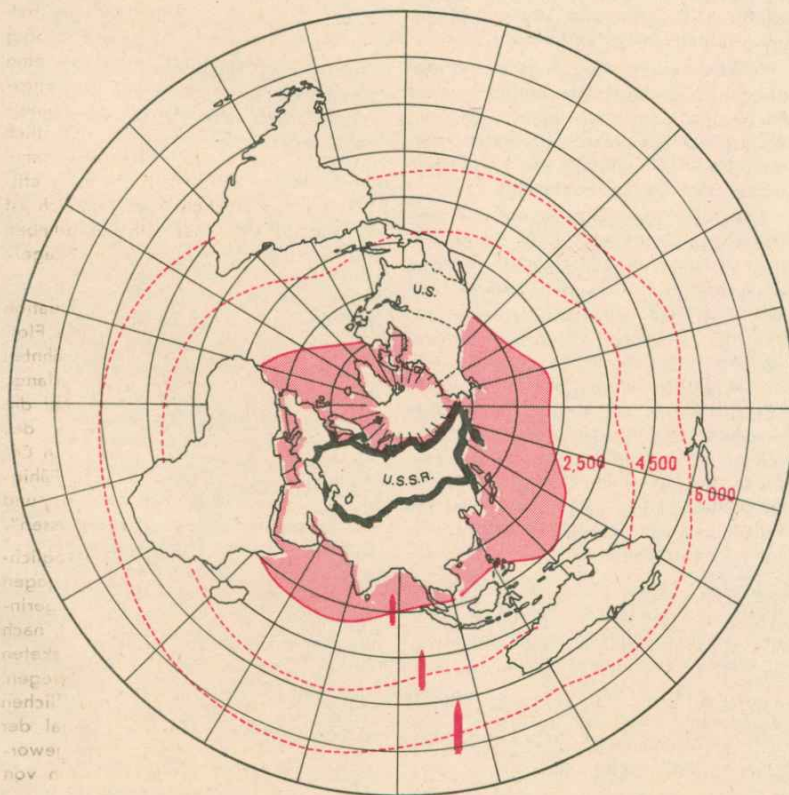
In den Jahren danach verankerten die USA allmählich die Präsenz ihrer Schlaggruppen von Trägern im Indik. Mitte der 70er Jahre begann der Ausbau des Stützpunktes auf Diego Garcia. Washington bemühte sich auch darum, Militärstützpunkte auch an der Westküste Australiens, in Pakistan, Iran und einigen afrikanischen Ländern anzulegen bzw. zu nutzen.

Da die militärische, darunter nukleare Gefahr aus dem Indik zunahm, ein Fortschritt bei der Realisierung der Idee seiner Verwandlung in eine Friedenszone dagegen fehlte, unternahm die UdSSR Anstrengungen, um die gefährliche Entwicklung aufzuhalten. Im Juni 1977 begannen die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung und spätere Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indik. Schon die Aufnahme und der Verlauf der Verhandlungen zeigten, daß es damals in den herrschenden US-Kreisen keine einheitliche Meinung über die weitere Militärpolitik im Indik gab. Recht einflußreiche Gruppen waren schon zu jener Zeit bestrebt, die Militarisierung im Indik zu beschleunigen und die militärische US-Präsenz dort rasch zu steigern. Diese Gruppen sahen in den Verhandlungen mit der UdSSR über den Indik ein Hindernis für die eigenen Pläne. Aber das Sagen bei den Verhandlungen hatten damals andere Kräfte, die es als zweckmäßig betrachteten, den militaristischen Kurs im Indik zumindest nicht zu forcieren und mit der UdSSR auf gegenseitig annehmbarer Grundlage übereinzukommen.

Deshalb verliefen die Verhandlungen zuerst recht günstig. Schon nach einem halben Jahr setzten beide Seiten die Indikstaaten über die UNO von folgenden Ergebnissen der vierten Verhandlungsrunde in Kenntnis:

Die Kurven zeigen den Aktionsradius der Raketen Poseidon-S-3 [2500 Seemeilen], Trident 1 [4500 Meilen] und Trident 2 [6000 Meilen]

Aus dem Buch „Arms Control“ (USA)





„Vom 7. bis zum 17. Februar 1978 führten die Delegationen der UdSSR und der USA in Bern (Schweiz) weitere bilaterale Verhandlungen über Fragen durch, die Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen im Indischen Ozean betreffen. Die Delegationen erörterten die von beiden Seiten unterbreiteten Vorschläge weiter. Im Verlauf der Treffen hielten beide Seiten sowohl Plenarsitzungen als auch Sitzungen der Arbeitsgruppen ab. Die Diskussion war offen und nützlich und trug zum Verständnis der Position jeder Seite bei, was die Basis für weitere Arbeit schuf.“

Bis jetzt wurde ein gewisser Grad von Einvernehmen in mehreren Fragen erzielt, auch über das wünschenswerte abgestufte Herangehen, angefangen mit dem Abkommen darüber, nicht die gegenwärtige militärische Präsenz zu steigern und rasch zu Verhandlungen über die Einschränkung überzugehen.

Die Redaktionsgruppe begann mit der Aufstellung eines ersten gemeinsamen Entwurfs des Wortlauts einiger Abkommensteile. Dieser Wortlaut enthält einheitliche Formulierungen über die vereinbarten Fragen und eingeklammerte Formulierungen über Fragen, in denen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Es wurden zwei Arbeitsgruppen von Experten eingesetzt. Diese Gruppen erzielten einen Fortschritt in technischen Fragen (z. B. Definition des Transits). Die Expertengruppen werden die Erörterung der noch nicht vereinbarten technischen Fragen fortsetzen.

Der Zeitpunkt späterer Treffen wird im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt werden.“

Die Information zeugte eindeutig von ernstgemeintem, sachlichem Charakter der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Sie gab eine gewisse Hoffnung auf ihren erfolgreichen Abschluß. So wurde sie denn auch von den Indikstaaten aufgenommen.

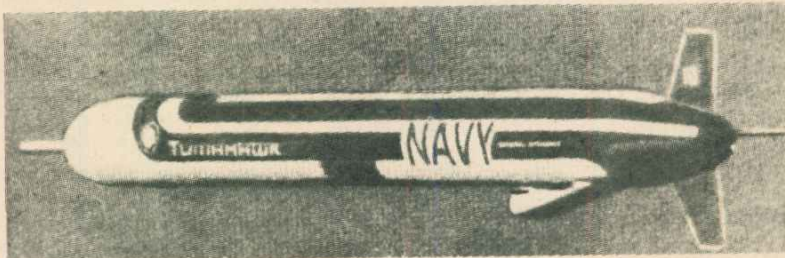
Leider blieb die vierte Runde auch die letzte: Die US-Regierung lehnte jede Fortsetzung der Verhandlungen über den Indik schroff ab, ebenso die späteren Vorschläge der UdSSR, sie wieder aufzunehmen.

## Forcierte Militarisierung

Der negative Umschwung in der Einstellung der USA zu dieser Frage resultierte zweifellos daraus, daß in ihren herrschenden Kreisen die militaristischsten Gruppierungen die Oberhand gewan-

nen. Statt den Indik als einen Raum zu betrachten, in dem die Zusammenarbeit von Staaten zwecks Festigung von Frieden und Entspannung notwendig und möglich ist, erklärte das Weiße Haus einen großen Teil dieses Raums zusammen mit dem ganzen Nahen und Mittleren Osten zu einer „Sphäre vitaler US-Interessen“. Im Grunde war das ein unverhohlener imperialistischer, kolonialistischer Anspruch darauf, über den Indik und die Staaten dieses Beckens ein militärpolitisches US-Protectorat zu errichten. Seitdem betreiben die USA den Kurs auf hemmungslose Steigerung der strategischen Präsenz im Indischen Ozean.

Wurde die US-Schlaggruppe von Trägern Anfang und Mitte der 70er Jahre in den Indischen Ozean nur periodisch ent-



sandt, so befinden sich die Flugzeugträgerkräfte der US-Flotte seit Ende der 70er Jahre ständig dort. Neben einem oder zwei Trägern gehören zu dieser Gruppe auch andere große Oberwasser-schiffe, U-Boote und Landungsschiffe mit Marineinfanteristen an Bord.

Früher tauchten Flugzeuge der strategischen US-Fliegerkräfte überhaupt nicht im Himmel über dem Indik auf. Seit Anfang der 80er Jahre überfliegen strategische B-52-Bomber, die Kernwaffen tragen, den Ozean regelmäßig.

Mitte der 70er Jahre waren die Seestreitkräfte der USA im Indik hauptsächlich auf Diego García gestützt. Heute ist diese Basis auf strategisches Niveau gebracht worden, außerdem erhielten die Seestreitkräfte und strategische Bomber der USA noch die Militärstützpunkte an der Westküste Australiens, in Ägypten, Somalia, Oman und Kenia. Neuerdings pirschen sie sich offensichtlich an Stützpunkte in einigen anderen Indikstaaten heran. Im Indischen Ozean befinden sich gegenwärtig auch amerikanische schwimmende Versorgungsstützpunkte für schwere Waffen.

In den letzten Jahren hat sich die militärische Präsenz der USA-Bündnispartner Großbritannien, Frankreich und Australien im Indik intensiviert.

Heute, Mitte 1982, ist die doppelte Bestimmung der strategischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten der USA im Indik völlig klar:

Erstens ist es eine Art atomarer Forward-Based-Systeme der USA, die auf

die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gezielt sind;

zweitens ist es eine stützende Struktur für die interventionistische Eingreiftruppe der USA, die für die Invasion der Indikstaaten bestimmt ist.

Vor kurzem schrieb Leonid Breschnew in seinem Appell an die Internationale Konferenz „Indischer Ozean — eine Friedenszone“, daß die militaristischen US-Aktionen in diesem Raum militärische und politische Spannungen auslösen. Er betonte:

„All das ruft unvermeidlich die begründete Besorgnis der Völker der Indikstaaten über ihre Sicherheit hervor. Eine Gefahr aus der südlichen Richtung entsteht auch für die Sicherheit der UdSSR und der an-

**Die Flügelrakete Tomahawk, die einen Kernsprengkopf tragen kann, ist vom Pentagon für Ober- und Unterwasser-schiffe bestimmt**

Aus: „Newsweek“

deren sozialistischen Länder. Die Entwicklung läßt uns darüber nachdenken, wie die wachsende Gefahr abzuwenden ist.“

Der Indik ist nur ein Teil des Weltmeeres, in dem die Kriegsgefahr in letzter Zeit entstanden ist. Im Atlantik, Pazifik, Mittelmeer und in den fernöstlichen Meeren entstand diese Gefahr früher und ist dort noch drohender. Dabei sehen die von der heutigen Administration für die nächsten Jahre ausgearbeiteten Pläne der strategischen US-Neuausrüstung, die schon verwirklicht werden, die Indienstellung neuer starker maritimer Kernwaffensysteme vor, die die Gefahr von See aus beträchtlich verstärken können.

Das gilt vor allem für die neuen U-Boot-gestützten Trident-2-Raketen mit unabhängig steuerbaren Mehrfachsprengköpfen. Sie werden eine anderthalb- bis zwei-, sogar dreifache Reichweite wie die heutigen amerikanischen ballistischen U-Boot-Raketen und eine Präzisionslenkung haben, die ihnen den Charakter von Erstschlagwaffen verleiht.

Das gilt ferner für die Pläne, auf Ober- und Unterwasserschiffen absolut neue Kernwaffen — weitreichende Crui-



se Missiles — zu stationieren. Solche Flügelraketen wurden in den USA in nicht nur land- und flugzeuggestützt, sondern auch in bordgestützter Variante entwickelt.

Die Dimensionen des der Menschheit vom US-Imperialismus aufgezwungenen Wettrüstens zur See, besonders im nuklearen Bereich, erweitern sich rasch. Dementsprechend wächst auch die Gefahr für den Weltfrieden und für das Leben der Völker.

Deshalb ist der Kampf für die Einstellung des maritimen Wettrüstens, für seine Begrenzung und Einschränkung, für die Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Weltmeer ein bedeutender Aspekt der gemeinsamen Bemühungen der friedliebenden Staaten und Völker um die Beseitigung der Kriegsgefahr und die Abrüstung

## Sowjetische Vorschläge

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten treffen, soweit es notwendig ist, Maßnahmen zur Festigung ihrer Sicherheit zur See, steuern dabei aber ständig und zielgerichtet den Kurs auf Einschränkung und Einstellung des maritimen Wettrüstens.

Diesem Ziel dienen mehrere Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder von universellem bzw. globalem Charakter. Auf der Grundlage einiger davon wurden bereits entsprechende internationale Verträge und Abkommen geschlossen und in Kraft gesetzt, darunter der Vertrag von 1963 über das Verbot von Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der Vertrag von 1968 über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, der Vertrag von 1971 über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund.

Der maritime Aspekt nimmt in den sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen großen Raum ein. Das Abkommen von 1972 (SALT 1) begrenzte die Starttrampen der ballistischen Raketen von U-Booten und die U-Boote selbst auf jene Anzahl, die die Seiten zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages im Kampfbestand bzw. im Bau stadium hatten.

Der sowjetisch-amerikanische Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SALT 2) von 1979 schloß die Starttrampen der ballistischen U-Boot-Raketen in die vereinbarten Limite und Unterlimite ein, die die Gesamtanzahl der strategischen Waffen jeder Seite begrenzen. Der Vertrag sah eigens vor, daß sich die Seiten verpflichten, keine Flugprobungen U-Boot-gestützter ballistischer Raketen durchzuführen und sie

nicht auf U-Boote zu montieren, wenn diese Raketen mehr Sprengköpfe haben als die schon vorhandenen Raketen dieser Art. Das Protokoll zu SALT 2 verbot es beiden Seiten, während seiner Laufzeit Flügelraketen großer Reichweite auf bordgestützte Starttrampen zu montieren und von solchen Startanlagen aus Flugprobungen weitreichender Flügelraketen mit unabhängig steuerbaren Mehrfachsprengköpfen durchzuführen.

Für die Kernwaffen auf See gelten natürlich die Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, die Produktion aller Kernwaffen einzustellen und deren Vorräte allmählich, bis zu ihrer vollständigen Liquidierung zu reduzieren. Für die maritimen Kernwaffen gelten auch die bekannten Vorschläge der sozialistischen Länder über den Verzicht der Nuklearstaaten auf den Ersteinsatz der Kernwaffen, sowie der sowjetische Vorschlag, von der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung und Einschränkung der strategischen Kernwaffen an diese einzufrieren.

Außerdem unterbreiteten die UdSSR und ihre Bündnispartner auf den verschiedenen Etappen des Kampfes für die Beseitigung der Kriegsgefahr, für die Rüstungseinschränkung und Abrüstung Vorschläge, die eigens auf die Einstellung des Wettrüstens im Weltmeer abzielten. Die einen davon betrafen die Einschränkung der Flottenrüstungen oder der militärischen Aktivitäten der Seestreitkräfte im ganzen Weltmeer, andere bezogen sich auf dessen einzelne Räume. Insgesamt stellen sie ein ganzheitliches Programm zur Festigung der Sicherheit in den Meeren und Ozeanen unseres Planeten dar.

Schon 1971 lieferte Leonid Breschnew eine grundsätzliche Formulierung dieses Problems:

„Wir haben es niemals als ideale Situation angesehen und finden es auch heute nicht ideal, wenn die Kriegsflotten der Großmächte lange Zeit weit entfernt von ihren Küsten kreuzen. Und wir sind bereit, dieses Problem zu lösen, aber auf gleichberechtigter Grundlage. Auf der Grundlage solcher Prinzipien ist die Sowjetunion bereit, beliebige Vorschläge zu erörtern.“

In den darauffolgenden Jahren wurde diese Fragestellung konsequent konkretisiert und weiterentwickelt. Im Jahre 1980 formulierten die Warschauer Vertragsstaaten kollektiv eine Konzeption der militärischen Entspannung im Weltmeer. In der Warschauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses schlugen sie vor, im Interesse des Friedens und der Stabilisierung der Weltlage wie auch zur Gewährleistung einer zuverlässigen und reibungslosen Nutzung der wichtigsten internationalen See-

straßen mit der — z. B. im UNO-Rahmen zu erfolgenden — Erörterung der Frage nach der Begrenzung und Senkung des Niveaus der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten in den entsprechenden Räumen zu beginnen, ob es der Atlantik, der Indik oder der Pazifik, das Mittelmeer oder der Persische Golf ist.

Außerordentlich wichtige Vorschläge zu den meistdestabilisierenden seegestützten Kernwaffen wurden von Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU (Februar 1981) unterbreitet: über die Einschränkung der Entwicklung neuer U-Boote — der vom Typ Ohio in den USA, die mit Trident-Raketen bestückt werden können, und ähnlicher in der UdSSR — sowie über das Verbot, die auf solche Boote montierten ballistischen Raketen zu perfektionieren und neue zu entwickeln.

Auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß der UdSSR trat Leonid Breschnew am 16. März d. J. mit neuen Initiativen hervor, die darauf gerichtet sind, die Aktivitäten der Kriegsflotten im ganzen Weltmeer gegenseitig einzuschränken. Er erklärte:

„Wir hielten es für möglich, zu vereinbaren, daß Raketen-U-Boote beider Seiten aus den heutigen ausgedehnten Räumen der Patrouillenfahrten abgezogen und daß ihre Fahrten auf gegenseitig abzustimmende Räume beschränkt werden. Wir wären ferner bereit, die Frage der Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen auf Meere und Ozeane zu erörtern, besonders auf jene Gebiete davon, in denen die belebtesten Seestraßen verlaufen. Kurz, wir sind dafür, daß ein möglichst großer Teil des Weltmeeres schon in nächster Zeit eine Friedenszone wird.“

Was regionale Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zu den maritimen Waffen anbelangt, so haben sie den Zweck, die militärischen Spannungen in jenen Meeresgebieten zu schwächen, wo dies besonders dringlich ist. Oben war schon die Rede vom Indikraum. In Anbetracht der besorgniserregenden Situation, die sich dort gegenwärtig ergeben hat, bekräftigte die UdSSR vor kurzem erneut ihre Bereitschaft, die Verhandlungen mit den USA über die Begrenzung und spätere Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean wiederaufzunehmen. Zugleich damit beteiligt sich die UdSSR aktiv an den im UNO-Rahmen verlaufenden Vorbereitungen auf eine internationale Indik-Konferenz, deren Einberufung jetzt für die erste Hälfte von 1983 in Colombo (Sri Lanka) geplant ist. Die Konferenz hat die Aufgabe, die praktischen Aspekte der Ver-



wandlung dieses Raums in eine Friedenszone zu erörtern.

Die UdSSR hat wichtige Vorschläge eingebracht, die die Festigung des Friedens und der Sicherheit im Golfraum bezwecken, weil dieser Teil des Indik im gefährlichsten Grade in die militärischen Vorbereitungen der aggressiven imperialistischen Kräfte einbezogen worden ist.

Große Bedeutung nimmt in den Vorschlägen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder die Frage ein, die die Minderung der militärischen Spannungen im Mittelmeerraum betrifft. Die sowjetische Seite unterbreitete konkrete Vorschläge in diesem Sinne schon in den 70er Jahren. Im Jahre 1980 unterbreiteten die Warschauer Vertragsstaaten einen komplexen Plan der militärischen Entspannung im Mittelmeer. Dazu gehörten die Vorschläge über die Ausdehnung der in Europa gemäß der Schlußakte von Helsinki zu treffenden vertrauensbildenden Maßnahmen auf diesen Raum, über die Einschränkung der Streitkräfte im Mittelmeerraum, über den Abzug der kernwaffenbestückten Kriegsschiffe aus ihm, über die Nichtstationierung von Kernwaffen in den nichtnuklearen Mittelmeerstaaten nicht nur Europas.

Im Rahmen des von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten Prozesses setzen sich die sozialistischen Länder dafür ein, vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich auf die an Europa angrenzenden Meeresräume zu erstrecken. Einen ähnlichen Vorschlag brachte die UdSSR über vertrauensbildende Maßnahmen im Fernen Osten ein.

\* \* \*

Die sozialistische Doktrin im Kampf für die Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen und für die Abrüstung besteht in folgendem: Es gibt keine einzige Rüstungsart, bei der die sozialistischen Länder nicht zu einer gegenseitigen Begrenzung oder Einschränkung bereit wären. Das trifft voll und ganz auch für die maritimen nuklearen und nichtnuklearen Waffen zu.

Doch kommt keine Waffeneinschränkung von selbst. Auf dem XIX. Komsovmolkongreß in Moskau betonte Leonid Breschnew: „Frieden ist keine Gabe des Himmels, seine Erhaltung und Festigung erfordert einen tagtäglichen und schwierigen Kampf.“ Einen solchen Kampf führen die sozialistischen Länder in Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Staaten und gesellschaftlichen Kräften, in Partnerschaft mit allen, die nach Verhütung einer nuklearen Katastrophe streben.

Die Grundlagen des Friedens, der normalen, gleichmäßigen Beziehungen zwischen den Staaten können und müssen überall auf der Erde — zu Lande und zu Wasser — geschaffen werden.

# NICHT MEHR POLIZISTEN ALS LEHRER!

Alexander TRUSCHIN

So fleißig und begabt die Kostarikanier auch sind, haben sie es in letzter Zeit immer schwerer. Die Inflation und Teuerung sind alarmierend, ebenso wie die immer weniger kontrollierte Tätigkeit transnationaler, vor allem US-amerikanischer Monopole, die in Produktion und Absatz der Bananen und anderen Exportkulturen dominieren. Außerdem sind die Werktätigen über die Aktivierung der reaktionären und sogar faschistischen Gruppierungen beunruhigt. Von den USA inspiriert, hoffen diese, Kostarika vom demokratischen Weg abzudrängen und zu einem Aufmarschgebiet für den Überfall auf das benachbarte Nikaragua und für Angriffe gegen die nationale Befreiungsbewegung in El Salvador und Guatemala zu machen.

## Hoffnungen des Volkes

Am 8. Mai wohnten Tausende Kostarikanier im Nationalen Stadion bei San José der Vereidigung des neuen Präsidenten bei. Bei den Wahlen im Februar gaben sie Luis Alberto Monge Alvarez, dem Kandidaten der Partei der Nationalen Befreiung, die meisten Stimmen und hoffen nun, daß die neue Regierung die sozialökonomische Lage der Massen verbessern und einen Ausweg aus der langwierigen Krise finden wird. Mitte 1981 machte die Arbeitslosigkeit 7% aus und kann schätzungsweise auf 10% steigen. In den beiden letzten Jahren verursachte der Rückgang in der Wirtschaft die Entwertung des Colón um 75%: Im Herbst 1980 war 1 US-Dollar=8,6 Colón, ein Jahr später aber 1 US-Dollar=40 Colón. Hunderte Betriebe gingen bankrott oder sind nahe daran. Die Behörden haben keine Mittel, um mit den internationalen Kreditorganisationen zu verrechnen.

Luis Monge führte seine Wahlkampagne unter der Losung „Zurück zum Boden“ durch: Gemeint war eine Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft, um die Abhängigkeit Kostarikas vom Import zu mindern. Die Bevölkerung meint, daß dies neue Investitionen in der Produktion von Kaffee, Bananen und Kakao erfordert wird. Zu-

gleich verlangt sie von der Regierung, den Nationalreichtum besser zu schützen und die Tätigkeit der ausländischen Monopole, die sich in der Wirtschaft des Landes ungeniert breitmachen, einzuschränken. Die United Brands (USA) z. B. hat 24 000 ha der besten Böden und erntet alljährlich 270 000 t Bananen. Durch den Aufkauf von Bananen bei Kleinproduzenten heimsen die Obermacher des Monopols, die die Früchte in den USA verkaufen, alljährlich 60 Mio Dollar ein.

Die Arbeiter auf den Bananenplantagen werden rücksichtslos ausgebeutet, und da sie bei den Behörden keine Unterstützung finden, streiken sie immer häufiger. Vor kurzem wurden viele Plantagen in der Provinz Limón bestreikt. Die Polizei jagte die Angehörigen der Streikteilnehmer gewaltsam aus den Häusern. Über 300 Familien blieben obdachlos. Es wurden 27 Aktivisten der dortigen Gewerkschaft verhaftet, die die Streikenden mit Nahrungsmitteln und Geld unterstützten.

## Angriff auf Los Chiles

Ländliche Gardisten marschierten in Los Chiles, einen Flecken an der Grenze zu Nikaragua, in der Morgendämmerung ein. Die Somoza-Soldaten wurden in ihren beiden Lagern umzingelt, bevor sie auch nur einen Schuß abgeben konnten. Sie ergaben sich auf einer breiten Wiese, jeder einzelne warf die Karabiner, Gewehre und Handgranaten zum gemeinsamen Haufen. Gleich in Los Chiles wurde mit Verhören begonnen.

Die von den kostarikanischen Behörden liquidierten Lager von Somozistas waren illegal mit Unterstützung der USA und reaktionären Kreise einiger mittelamerikanischer Republiken geschaffen. Die kostarikanische Zeitung „Libertad“ beurteilte das als einen Anschlag auf die Souveränität und Würde des Volkes Kostarikas, und der Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung Humberto Vargas Carbonell forderte, die Tätigkeit der im Lande untergetauchten Somoza-Gardisten zu untersuchen.



Gründe für eine solche Untersuchung gab es mehr als genug. Zur Abwürgung der sandinistischen Revolution setzten die USA in erster Linie die Armee von Honduras im Norden ein. Zugleich versuchen sie, die kostarikanische Regierung im Süden zu „neutralisieren“, um den Somozistas ihre Ausfälle zu erleichtern.

Die Rechtskräfte Kostarikas haben auch einigen nikaraguanischen Renegaten, die die Umtriebe der Konterrevolution in Mittelamerika zu koordinieren versuchen, Zuflucht geboten. Ihr nächstes Ziel ist es, die alten Zustände im Lande Sandinos wiederherzustellen.

Auch im finanziellen Leben Kostarikas spielen Somozas Erben, die einen Teil seiner Kapitalien dorthin überweisen konnten, eine beträchtliche Rolle. Der Ex-Präsident der Republik Rodrigo Carazo betonte in einem Gespräch mit Journalisten nicht von ungefähr: „Die Somoza-Leute haben in Kostarika nach wie vor einen großen Einfluß und finanzieren die Antiregierung-Kampagne.“

Deshalb fand Monges Erklärung, Kostarika wolle „zum nikaraguanischen Brudervolk“ normale Beziehungen unterhalten, Billigung bei den demokratischen Kreisen des Landes.

Eine weitere Kraft, die die Stabilität Kostarikas untergräbt, sind die Großunternehmer. Sie gruppieren sich um die reaktionäre Partei Nationale Bewegung, die bei den Wahlen im Februar die Minderheit der Stimmen erhielt. Die Nationale Befreiung, die bei den Wahlen siegte, hat die Nationale Bewegung beschuldigt, von Somoza und seinen Erben sowie von anderen extrem-rechten Politikern Mittelamerikas finanzielle Hilfe erhalten zu haben.

Die Extremrechten provozieren bewaffnete Zusammenstöße. Gegen den Sender „Noticias del Continente“, der die einheimische Oligarchie und den US-Imperialismus kühn brandmarkt, wurde eine Diversion verübt. Provokateure haben Wagen der US-Botschaft und des Generalkonsulats von Honduras in die Luft gesprengt. Das diente als Signal für die antikommunistische Hysterie, obwohl alle in Kostarika wissen, daß die Linken noch niemals auch nur einen Terrorakt verübt. Trotzdem zog die Reaktion wütend über die Linken her. Es begann eine Jagd auf diejenigen, die früher in Kostarika politisches Asyl gefunden hatten. Viele von ihnen wurden festgenommen oder des Landes verwiesen. Organisationen der Solidarität mit Völkern, die unter der Macht reaktionärer Diktaturen schmachten, gaben ihrem Protest gegen die Polizeiwillkür Ausdruck.

Über die entstandene Situation sagte Manuel Mora Valverde, Generalsekretär des ZK der Partei der Volksavantgarde Kostarikas, im dortigen Journalistenverband: „Zweifelloos bestehen einflußreiche Kräfte, die durch einen Staatsstreich im Lande ein faschistisches Regime errichten wollen.“ Hier ist es ein öffentliches Geheimnis, daß dahinter die US-Geheimdienste stehen.

### Suspekte Gemeinschaft

Kostarika ist ein traditionell friedliebendes Land. Im Jahre 1949 wurden die Streitkräfte abgeschafft, und die Republik konnte einen erheblichen Teil ihres Haushalts für soziale Zwecke bereitstellen. Mit besonderem Stolz spricht man hier darüber, daß das Land mehr Lehrer als Polizisten zählt. Die Ausgaben für die Verteidigung und die Polizei machen 3,6%, die für die Volksbildung aber 34% aus.

Aber gerade dieser Umstand läßt den USA keine Ruhe. Die Reagan-Administration will Kostarika in das militärische Programm des Pentagon für Mittelamerika einbeziehen und zur Aufrüstung zwingen. Natürlich muß dabei die „sowjetische und kubanische Expansionsgefahr“ erhalten. Die Ständige UNO-Vertreterin der USA Jeane Kirkpatrick, die für ihre reaktionären Ansichten bekannt ist, erklärte, Washington sei bereit, Kostarika nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch bei der Ausbildung von Repressivkräften zu helfen.

Die Regierung, namentlich Ex-Präsident Carazo, lehnte die ungebetene Hilfe ab und betonte, daß Kostarika außer von den USA von niemandem bedroht werde. Der neue Präsident Monge erklärte: „Gegenwärtig braucht unser Land keine Militärhilfe und bittet niemanden darum.“ Aber die USA können es nicht lassen. Im März entsandte das Kommando des Südlichen Militärbereichs der USA Hubschrauber und Landeeinheiten von den Militärstützpunkten in der Panamakanalzone nach Kostarika, was bei dessen Öffentlichkeit begreiflichen Protest auslöste. Sie ist ferner über die Versuche Washingtons empört, durchzusetzen, daß seine Kriegsschiffe die Häfen der Republik anlaufen dürfen. Solche Versuche werden ständig auch in der Gesetzgebenden Versammlung und in der Presse zurückgewiesen. Das Kreuzen der Seestreitkräfte der USA vor der kostarikanischen Küste sei Bestandteil eines recht umfassenden Plans von militärischen Operationen, schrieb die „Libertad“, die das Pentagon durchführe, um eine eventuelle großangelegte Aggression zur Niederhaltung des revolutionären Pro-

zesses in El Salvador vorzubereiten. Diese Verlegungen der Seestreitkräfte seien auch gegen Kuba und Nicaragua gerichtet. Die USA seien bestrebt, Kostarika in ein Militärabenteuer gegen die mittelamerikanischen Völker einzubeziehen, betont die Zeitung.

Zur Tarnung wurde eine „Mittelamerikanische Demokratische Gemeinschaft“ aufgezogen, für die Washington (neben El Salvador und Honduras) auch Kostarika gewinnen konnte. Nicht von ungefähr nannte die nikaraguanische Zeitung „Barricada“ die Gründung der Gemeinschaft einen „bemitleidenswerten Fehler“. Die Öffentlichkeit Mittelamerikas hat alle Gründe für einen solchen Schluß: Von welchem demokratischen Charakter der Gemeinschaft kann die Rede sein, wenn die Diktaturen in El Salvador und Honduras in ihren eigenen Ländern jede Äußerung von Demokratie unterdrücken! Nach San José, wo das Abkommen über die Gründung der Gemeinschaft unterzeichnet wurde, waren weder Nicaragua noch Panama, immerhin Länder dieser Region, eingeladen worden.

Jetzt läßt sich noch kaum sagen, welche Folgen dieses Abkommen haben und wie sich das neue kostarikanische Regime zu ihm verhalten wird. Auf jeden Fall hofft das Volk, das der Regierung Monge das Mandat für die bevorstehenden vier Jahre erteilt hat, daß sie sich nicht um die Teilnahme an verdächtigen Gemeinschaften bemühen wird, sondern um den Schutz des Landes vor Anschlägen des Imperialismus und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zu jenen Ländern der Region, die nach Frieden und wahrer Demokratie streben. Daran sind die meisten Kostarikaner interessiert. Es ist ja kein Zufall, daß die antikommunistische und anti-sowjetische Nationale Bewegung bei den Wahlen eine Niederlage erlitt. Die Millionäre, die die imperialistische Einnischung in die Angelegenheiten der mittelamerikanischen Völker unterstützen und die Nationale Bewegung finanzieren, konnten nicht einmal die Wahl ihres Vorsitzenden Facio ins Parlament erreichen.

Wie Monge bei der Vereidigung betonte, müsse Kostarika zur Verbesserung der Weltlage beitragen und die Beziehungen zu allen Ländern auf der Basis der gegenseitigen Achtung, des Kampfes für den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht erweitern. Die traditionelle Neutralität Kostarikas bedeute nicht, daß es der Unterdrückung der Demokratie und nationalen Befreiungsbewegung gleichgültig gegenüberstehen werde.



## EIN PAZIFIKBLOCK?

Die kürzliche Asien- und Pazifikreise US-Vizepräsident Bushs hat Ziele und Taktik des Weißen Hauses in dieser Region erkennen lassen. Seine Tournee durch Japan, Südkorea, Singapur, Australien und Neuseeland sowie die „nichtgeplante“ Visite in China haben Washingtons Absicht verraten, die zerfallenen aggressiven militärischen und politischen Blöcke, namentlich die SEATO, schleunigst zu kiffen sowie eine neue militaristische Allianz als Handhabe für die Imperialstrategie der USA im Raume Asiens und des Pazifik zusammenzuzimmern.

Seinen ersten Aufenthalt nahm Bush in Tokio. Die Presse Japans schrieb, Zweck seines Besuches sei es, „die strategischen Positionen der USA in wichtigen Ländern Asiens und des Pazifik zu verstärken“. Washington betrachtet Japan als seinen wichtigsten militärischen und politischen Bündnispartner im Fernen Osten und setzt es unter starken Druck, um den größten Teil der Lasten für die Militarisierung des Pazifik auf dessen „Selbstverteidigungskräfte“ abzuwälzen.

Bush versuchte es, die japanische Regierung unter Druck zu setzen, damit diese den Militäretat erhöhe. Außerdem legte er Japan nahe, seine Differenzen mit Südkorea schnellstens zu bereinigen, die durch die Forderung Seoul's schärfer geworden sind, Japans Regierung solle ihm 6 Md. Dollar Anleihe geben.

Die USA suchen ihre fernöstlichen Bündnispartner miteinander auszusöhnen — nach Absicht des Weißen Hauses soll eine Achse Washington—Tokio—Seoul das Fundament eines neuen aggressiven Blockes darstellen. Tokio aber gibt ziemlich oft nicht nach, wenn es sich um große Aufwendungen handelt.

Nach Tokio kam Seoul. Bush wollte nochmals bekräftigen, daß die USA das dortige Regime unterstützen. Obendrein fiel Bushs Besuch in eine Zeit jähren Aufschwungs der anti-amerikanischen Stimmungen in Südkorea. Dem Seouler Regime verhiess Bush jeden erdenklichen Beistand und behauptete, dieser liege im Interesse des südkoreanischen Volkes. Er schwieg sich über die Vorgänge in Kwangju aus, über die ununterbrochenen Provokationen Seoul's gegen die KVDR und über die kürzlichen amerikanisch-südkoreanischen Manöver Team Spirit 82 und betonte, daß die militärische Allianz zwischen den USA und Südkorea dem Schutz des Friedens dienlich sei.

Schwieriger war die Sache für Bush in Singapur. Washington will es in den neuen Block einbeziehen, der den ganzen Pazifikraum, auch die ASEAN-Länder erfassen soll. Mit einem dieser Länder, mit den Philippinen, auf denen über 14 000 US-Soldaten stationiert sind, haben die USA bereits ein militärisches Abkommen. Das Weiße Haus möchte versuchen, auch Singapur militärisch näherzutreten. Dessen Regierungschef hat sich zu einem direkten Militärbündnis mit Washington nicht gerade bereit erklärt. Bush hat sich also nochmals davon überzeugen müssen, daß die Bemühungen der US-Regierung, eine Reihe von Ländern Südasiens in militärische und politische Blöcke einzubeziehen, zur Zeit nicht eindeutig und nicht einmütig aufgenommen werden. Dafür kamen aber keinerlei Streiffragen über eine Militarisierung des Pazifik zur Sprache, als Bush in Australien und Neuseeland weilte. Canberra und Wellington sind schon lange ANZUS-Partner der USA und haben erneut bestätigt, daß sie diesen zu folgen bereit sind.

In Washington sieht man in diesen beiden Ländern nicht allein seine getreuen Bündnispartner, sondern auch eine Art von Schlüsseln zu den ASEAN-Ländern. In dieser Ansicht werden die US-Politiker auch durch die in den letzten Jahren wieder reger gewordene Tätigkeit des ANZUK (Fünfsaitiger Verteidigungspakt) bestärkt, zu dem neben Australien und Neuseeland auch England, Malaysia und Singapur gehören. Nach den Plänen des Weißen Hauses wird der ANZUK nicht nur dabei behilflich sein, den neuen Militärblock unter Beteiligung Japans, Südkoreas, der ANZUS- und der ASEAN-Länder zustande zu bringen, sondern dank der Teilnahme Großbritanniens am ANZUK soll es möglich werden, die neue Allianz mit der NATO zu verknüpfen.

In Wellington, der Hauptstadt Neuseelands, ließ Bush über die Einstellung der USA zum Pazifikraum nichts ungesagt. Er erklärte ausdrücklich, daß sie kategorisch gegen die Bildung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik sind und weiter Flugzeuge und Schiffe mit Kernwaffen hinschicken werden.

Die verstärkte Aufheizung des Antisowjetismus, die Vorbereitung des Terrains für eine neue militaristische Allianz in dieser Region unter Teilnahme von Entwicklungsländern, die forcierte Militarisierung des Pazifikraums und die Suche nach neuen Bündnispartnern in Asien — das sind Washingtons Ziele. Die Strategie des Weißen Hauses bezweckt die Bildung einer Pazifikvariante der NATO, die Schaffung eines ständigen Spannungsherd im Pazifikraum. Diese Politik läuft den Interessen der Staaten dieser Region diametral zuwider.

S. SINTSCHUK

„Im politischen Wortschatz der Welt hat das Wort Hegemonismus einen kometenhaften Aufstieg genommen. Es hat sich in den Massenmedien vieler Länder eingebürgert und ist ebenso international geworden, wie die Worte Aggression, Kolonialismus, Exploitation. Die Eile, mit der der Begriff Hegemonismus sich durchsetzte, beweist, daß ein objektives Bedürfnis dafür bestand, treffend und auslotend eine Erscheinung auszudrücken, die immer mehr Besorgnis bei der Menschheit auslöst.“

Mit diesen Worten beginnt das Buch einer Gruppe bekannter sowjetischer Auslandsexperten.\* Die Verfasser steigen gleich voll ein. Es geht um ein Phänomen, das zu den schändlichen, aus der Ausbeuterordnung erwachsenen Erscheinungen gehört. „Der Terminus Hegemonismus“, sagte Außenminister Gromyko, „ist zwar erst vor kurzem entstanden, aber er kennzeichnet eine keineswegs neue, sondern im Gegenteil sozusagen von alters her bekannte Erscheinung. Es handelt sich um das Streben nach Weltherrschaft, nach Herrschaft über fremde Länder und Völker.“

Daß dieser Terminus so stark in Umlauf kam, hängt vor allem damit zusammen, daß in der Politik der USA, der NATO-Länder, Chinas, Israels, der RSA und mehrerer anderer Staaten Aggressivität, Abenteuerum, „Stärke“-Elemente, eben alles, was unter den Begriff Hegemonismus fällt, zugenommen haben. Außerdem, bemerkte Andrej Gromyko, wird mit dem Begriff Hegemonismus auch manipuliert. Und zwar von jenen, die die Welt in Krisen stürzen, sich damit absichern und dieses Etikett anderen, hauptsächlich der Sowjetunion aufkleben wollen. Sie ignorieren bewußt, daß Hegemonismus der Antipode der Ideale der Großen Oktoberrevolution ist. Seit Anbeginn seiner Existenz ist der Sowjetstaat entschlossen dagegen aufzutreten, daß irgendjemand zum Hegemon würde und irgendjemand anderer sich seinem Willen unterwerfe.

Eine Vorliebe für diesen Gaunertrick hat Peking. Dort erdachte man den Mythos vom „globalen sowjetischen Hegemonismus“ und vom „regionalen vietnamesischen Hegemonismus“ zur Rechtfertigung der eigenen Politik. Die Pekinger Führung benutzt die Erfindung vom „sowjetischen Hegemoniestreben“ und die Appelle zu seiner Bekämpfung dazu, eine Art Front gegen die UdSSR zu zimmern und zwar unter Ägide des US-Imperialismus sowie die eigenen Großmachtsprüche gegenüber asiatischen und anderen Staaten durchzusetzen. Das gesamte Vorgehen Pekings ist von dem Bestreben diktiert, den antihegemonistischen Kampf der Völker in

\* „Hegemonismus: Mit der Epoche im Konflikt“. Gesamtedaktion S. Morosow, russisch im Verlag „Progreß“, Moskau 1982.



# VIELGESICHTIGE HEGEMONIE

**ГЕГЕМОНИЗМ**  
ИСТОРИЯ  
С ЭПОХОЙ  
В КОНФЛИКТЕ

eine falsche Bahn zu lenken und sich selbst die Hände freizuhalten.

Kurz, das Problem hat besondere Aktualität erlangt. Daher beantragte die Sowjetunion auf der 34. UNO-Vollversammlung, die Frage „Über die Unzulässigkeit des Hegemonismus in den internationalen Beziehungen“ zu debattieren und eine solche Politik in einem Beschluß zu verurteilen.

Wie zeitgemäß diese Frage aufgeworfen wurde, stellte sich sofort während der Tagung heraus. In Weiterentwicklung der sowjetischen Initiative verabschiedete sie am 14. Dezember 1979 die Resolution Nr. 34/103. In ihr heißt es, die UNO-Vollversammlung „verurteilt entschieden eine Politik des Drucks, der Gewaltandrohung oder -anwendung, der direkten oder indirekten Aggression, der Okkupation sowie der zunehmenden Praxis einer offenen oder verdeckten Einmischung und Intervention in die inneren Angelegenheiten der Staaten“. Man definierte den Hegemonismus als „Erscheinung einer Politik von Staaten oder Staatengruppen, die danach streben, politisch, wirtschaftlich, ideologisch oder militärisch andere Staaten, Völker oder Weltregionen zu kontrollieren, zu dominieren oder sich zu unterwerfen“. Ferner heißt es, die UNO „verurteilt entschieden Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus, einschließlich Zionismus“. Die Resolution ist also deshalb bemerkenswert, weil sie die Formen des Hegemonismus konkret nennt und dessen Verfechter aufzählt.

Der Wert der hier untersuchten Arbeit sowjetischer Verfasser liegt vor allem darin, daß sie alle Erscheinungen des Hegemonismus gegenständlich und detailliert untersuchen, dessen Träger entlarven und ihre Porträts zeichnen.

Der Hegemonismus wird im Buch als „das Bestreben herrschender Kreise der einen Staaten über andere Staaten und Völker zu herrschen“ bezeichnet, als „Bestreben, ungleiche Beziehungen und Privilegien zu errichten und zu verewigen, die durch Gewalt ... durch fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, durch Aggressionen erlangt wurden.“ Kriegsvorbereitung und -androhung seitens des Imperialismus und seiner Helfershelfer sehen die Verfasser als heute gefährlichste Erscheinung des Hegemonismus an. Sie schreiben: „Der hauptsächlichste

Kampf mit dem Hegemonismus vollzieht sich in unseren Tagen in den Fragen Krieg und Frieden.“

In dem Buch wird ausführlich das Wesen der Politik der imperialistischen Staaten, in erster Linie des amerikanischen Imperialismus, dargestellt. Ein direkter Anspruch auf Hegemonie, auf Weltherrschaft ist das Drängen der USA zur globalen Führungskraft wegen der „amerikanischen Exklusivität“. Washington verstärkt die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, erklärt viele Weltregionen (Persischer Golf, Karibik usw.) zu „Interessensphären der USA“, qualifiziert den nationalen Befreiungskampf der Völker als „internationalen Terrorismus“ ab. Wir haben es mit einem hinterhältigen, kriegerischen Hegemonismus zu tun, der sich hinter einer ungeschickten Maske verbirgt. Die Verfasser (A. Kosyrew, W. Petrowski) betonen dabei, wie wenig wählerisch er in den Mitteln ist.

In dem Kapitel über die Geschichte und Verbrechen des „Dritten Reiches“, über das faschistische Hegemonismusmodell, das noch jetzt zum Rüstzeug revanchistischer Kreise in der BRD gehört, wendet sich der Verfasser (A. Galkin) der jüngsten Vergangenheit zu. Er zeigt, daß die Theorie vom Pangermanismus und von der Rassenüberlegenheit dazu beitrug, in Deutschland eine zur tatsächlichen Durchsetzung des Hegemonismus günstige Atmosphäre zu schaffen. Nach der Machtergreifung verkündeten die Faschisten die Weltherrschaft der „germanischen Rasse“ offen als ihr Ziel und versuchten, diesen irrsinnigen Drang durch die Entfesselung des Weltkriegs zu realisieren, der mehr als 50 Millionen Menschenleben kostete.

Dann führt das Buch den Leser wieder zum Heute zurück. Das Kapitel „Hegemoniebestrebungen Pekings als destabilisierender Faktor in den internationalen Beziehungen“ setzt den Akzent auf die historischen und ideologischen Wurzeln des Pekinger Hegemonismus, auf die Vitalität der sinozentristischen Stereotype. In dem Kapitel wird gezeigt, wie die kleinbürgerliche Psychologie Mao Zedongs und seiner Anhänger die Entwicklung nationalistischer Großmachtstendenzen implizierte. Eben daraus — durch den subjektiven Faktor der Großmachtschauungen und -ziele der chinesischen Führung —

erklärt sich hauptsächlich jener für die Kräfte des Friedens, des Sozialismus und des Fortschritts ungünstige Fakt, daß ein den sozialistischen Weg beschreitendes entwickeltes Land begann, eine hegemonistische Großmacht- und antisozialistische Politik zu betreiben. Der Artikel deckt ausführlich die Gebietsansprüche der Maoisten, ihren Antisowjetismus, ihr Paktieren mit dem Imperialismus, das Setzen auf den Krieg sowie die aggressiven und expansionistischen Pläne in Asien auf.

In allen Abschnitten des Buches gilt den Ideologen des Hegemonismus und seiner Untermauerung durch Doktrinen starke Beachtung. Gleichzeitig erscheint die Hervorhebung eines einzelnen Kapitels (W. Gantman) über die hegemonistischen Konzeptionen des US-Imperialismus durchaus gerechtfertigt. N. Uschakow entschlüsselt in seinem Artikel „Die Antiwirkung des Hegemonismus“ im einzelnen, wie und wodurch die hegemonistische Politik den UNO-Beschlüssen und dem gesamten modernen Völkerrecht widerspricht.

Das Schlußkapitel (A. Wachramejew) ist dem Bollwerk des Kampfes gegen den Hegemonismus, der sozialistischen Gemeinschaft, gewidmet. In ihrem Kampf für Frieden und Entspannung, für die Zügelung des Wettübens und die Umsetzung der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz in die Praxis der internationalen Beziehungen, bei der Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit der Völker behaupten die Sowjetunion und die sozialistischen Bruderländer Prinzipien und Normen, die der Hegemoniepolitik und -ideologie direkt entgegenstehen.

Der Hegemonismus ist vielgesichtig, gleichzeitig aber außerordentlich beschränkt in seinen nationalen Erscheinungen, in der Denkweise seiner Träger! Es ist der Gedanke des Menschenhasses und des „Elitären“ eines Volkes, eines Staates. Es sind in Einzelheiten, jedoch nicht im Prinzip unterschiedliche strategische Doktrinen und Konstruktionen, die Eroberungs-, Aggressions- und Unterdrückungspolitik rechtfertigen. Es sind immer die gleichen geopolitischen Strukturen.

Westeuropa und China scheinen entgegengesetzte Polen zu sein. Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die pangermanische Konzeption vom „Achsen Europa“ und die Konzeption des Sinozentrismus innerlich verwandt sind, erstanden aus dem gleichen finsternen Bewußtsein der Eroberer der Vergangenheit.

Seine Schlußfolgerung rückte das Verfasserkollektiv in den Titel des Buches. Ja, der Hegemonismus steht im Konflikt mit der Epoche. Die Erfahrungen beweisen, daß ihm starke Schranken entgegengesetzt werden können und daß Frieden und Unabhängigkeit der Völker geschützt sind.

W. FETOW



# RINGS UM DIE FUSSBALL-WM

Gennadi RADTSCHUK

## ESPAÑA 82



Der ulkige Apfelsinerich Naranjito in Fußballschuhen und mit dem Ball in der Hand ist das Maskottchen der nächsten Fußball-WM, die am 13. Juni in Spanien beginnt. Jetzt sieht man ihn nicht nur auf den Sportseiten der Weltpresse. Er beherrscht auch den Markt der Fußball- und anderen Souvenirs, zielt Berlocken, Taschenmesser, T-Shirts, Spielkarten, Tischlampen usw. usf.

Den diesmaligen Weltmeisterschaften sind vier Wochen eingeräumt. Naranjito hat sein Spiel aber schon 1979 aufgenommen. Etwa 450 Firmen vieler Länder haben Lizenzen für die Darstellung des WM-Maskottchens auf ihren Waren erworben. Sie haben sich das Millionen Dollar kosten lassen. Ein Verlustgeschäft haben sie aber nicht zu befürchten. Profite garantiert ihnen die unglaubliche Beliebtheit des Fußballspiels in aller Welt.

Zum Beweis für die diesbezügliche Überlegenheit des Fußballs über alle anderen Sportarten werden gewöhnlich statistische Angaben gemacht. Der FIFA (Internationaler Fußballverband) gehören 150 Landesbünde und -verbände an, die wiederum rund 300 000 Vereine mit fast 700 000 Mannschaften erfassen, deren Angehörige, wie es heißt, regelmäßig an Wettkämpfen teilneh-

men. Bei der FIFA sind 30 Millionen solche Fußballer eingetragen. Nur 500 000 von ihnen nennen sich Profis oder Halbprofis. Das sind ungefähr 2%. In Wirklichkeit sind es noch weniger Profis, etwa 1%. Aber zu diesen Spielern gehören welche, die im modernen Fußball tonangebend sind. Demnach versprechen die Weltmeisterschaften ein Höhepunkt im Fußballsport zu werden.

Die Fernsehzuschauer der Spiele werden auf 1,5 Milliarden geschätzt. Das ist für Geschäftsleute sehr verlockend. Der im Großen betriebene Handel orientiert sich nicht auf den Einzelkunden, sondern auf die Massennachfrage. In Spanien sind schon offizielle WM-Gedenkmünzen mit dem Bildnis König Juan Carlos' auf der einen und einem Fußball auf der anderen Seite erhältlich. Natürlich auch eine Briefmarkenserie. Sogar ein „offizieller WM-Wein“ ist gekeltert worden (Mitglieder des Organisationskomitees haben mit Kosten einen ganzen Tag zuge-

**Italianische Polizei „beruhigt“ britische Fans, die nach Turin gekommen sind, um ihre Fußballmannschaft anzufeuern. Die Organisatoren der diesjährigen WM tun alles, damit sich so etwas auf spanischen Fußballfeldern nicht wiederholt**

Foto: UPI

bracht). Falls welche von der fast halben Million Fans aus vielen Ländern, die erwartet werden (von den Spaniern ganz zu schweigen), der Verlockung des „offiziellen WM-Weins“ widerstehen sollten, so ist für „offizielle“ alkoholfreie Getränke gesorgt.

Über ein halbes Jahr hat es gedauert, die dem Fußballsport doch wohl fernliegende Frage zu entscheiden, wer das Alleinrecht auf die Vergabe der Werbung in den Stadien usw. bekommen soll. Die FIFA hat es der Londoner Werbefirma West Nally mit der Garantie auf eine Mindesteinnahme von 20 Mio Dollar eingeräumt.

Bei der FIFA versteht man zu rechnen. Unlängst hat ihr Präsident, João Havelange, mitgeteilt, daß die WM einen Gewinn von 150 Mio Dollar abwerfen wird. Es sei daran erinnert, daß bei den letzten drei Weltmeisterschaften die Kasse jedes Finalisten um eine ansehnliche Summe reicher wurde — eine Mannschaft bekam mindestens 1 Mio Dollar. Die Sportler sind aber noch nicht im Spiel, während West Nally fast am Ziel angelangt ist, nämlich für ihr Spiel 53 Länder gewonnen hat. Bestimmt werden die Einkünfte der Firma viel größer als ihre Zahlung an die FIFA sein.

West Nally wird manchmal die finanzielle Betreuerin oder der Sponsor der FIFA genannt. Das stimmt nur bedingt und nur im Hinblick auf die Weltmeisterschaften für die ersten Auswahlmannschaften. Die WM für die Junioren-Auswahlmannschaften hat einen anderen Sponsor, Coca Cola. Für Dresse und Ausrüstung ist die ADIDAS in erster Linie „zuständig“, bei der WM in Argentinien lieferte die Firma kostenlos die Bälle. Das war vor vier Jahren. Das Geschenk hat sich für sie gelohnt: Danach begann man auf vielen Sportplätzen der Welt mit den berühmten Bällen zu spielen, die sich „Tango“ nennen. Jetzt wird bei der ADIDAS an einem neugestalteten Ball mit Namen „Tango-España“ gearbeitet. Mit diesen Bällen werden die Teilnehmer der kommenden WM spielen.

Über die Schuhe, T-Shirts, Trainingsanzüge und die sonstige Ausstattung braucht nicht erst gesprochen zu werden. In dieser Hinsicht hat die ADIDAS allerdings Konkurrenten, vor allem seit 20 Jahren die Firma Puma. Die Geschäftsleute überbieten sich darin, den Finalisten der WM ihre Dresse kostenlos zu liefern, mehr noch, sie zahlen gern zu, wenn sich die Sportler für ihre Dresse entscheiden. Ihre Gebefreudigkeit ist nicht uneigennützig. Die Werbekosten werden durch den Erlös für Sportgeräte und -ausrüstungen







Das Stadion „Santiago Bernabeu“ in Madrid. Hier wird das Endspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft ausgetragen

Foto aus „L'Express“ (Frankreich)

dieser Firma, namentlich für Kinder- und Jugendkleidung, gut und gern wieder hereingebracht.

Um den Fußballsport drängeln sich buchstäblich solche „Sponsoren“. Seinerzeit übernahm die Coca Cola sozusagen die Patenschaft über die Fußball-WM in Mexiko und hatte nicht das Nachsehen. Die Sponsoren lassen aber auch etwas

für den Fußballsport abfallen, seltener für Auswahlmannschaften, aber ständig für die Profiklubs. Die Einwilligung, auf dem Dreß den Namen oder die Firmenmarke einer bestimmten Gesellschaft zu tragen, ist allein schon sehr einträglich. Die bundesdeutschen SC Köln, Borussia und Stuttgart werben für die japanischen Firmen Pioneer (Elektronik), Nissan (Autos) und Canon (Film- und Fotoapparate). Der Etat der bundesdeutschen Fußballklubs ergänzt sich jedes Jahr nur aus dieser Art Werbung um 4 Mio Dollar. In Frankreich

bestehen die Einkünfte der Oberligaklubs zu 15% aus den Zahlungen für Werbeaufschriften auf den Dressen. Der SC Nizza wirbt für elektronische Geräte der Firma JVC, Sochaux für Peugeot-Autos und Metz für die Schuhfirma Bally. Die brasilianische Auswahl hat beispielsweise einen 3-Mio-Kontrakt

über die Werbung für den größten Kaffeekonzern des Landes.

Vor vier Jahren kam es während der WM bei der französischen Auswahl zu einem Skandal. Den Sportlern wurden gleiche Fußballschuhe geliefert, aber jeder Fußballer hatte eine eigene Abmachung mit einer oder der anderen Firma und versah seine Schuhe deshalb mit den entsprechenden „Erkennungszeichen“. Es kam zum Streit und zu gegenseitigen Beschuldigungen. Die Zwietracht wirkte sich dann auf die Leistungen der Mannschaft aus.

Jetzt will man die früheren Mißhelligkeiten möglichst vermeiden. Alle mit der Werbung zusammenhängenden Probleme hat die französische Fußballföderation selbst zu erledigen beschlossen. Eine Art kommerzieller Pool ist gebildet worden. Man hat errechnet, daß jeder Fußballer der französischen Auswahl noch vor seinem Einzug auf dem Fußballfeld in Spanien mindestens 195 000 Franc (etwa 32 500 Dollar) bekommen wird. Der Präsident der französischen Liga, Fernand Sastre, hat offiziell bekanntgegeben, daß alle einschlägigen Kontrakte dieses Mal in einer speziellen Gesellschaft unter Ägide der Fö-

## SIEGESSICHER

Neben anerkannten Favoriten werden an der Fußball-WM auch weniger berühmte Mannschaften teilnehmen, darunter die Auswahl von Kuwait.

Der Trainer der französischen Auswahl hat in einem Interview für die Zeitschrift „L'Express“ deren Rivalen in der 4. Gruppe charakterisiert und bei dieser Gelegenheit England und die CSSR harte Nüsse genannt, jedoch hinzugefügt: „Auch Kuwait darf man nicht unterschätzen.“

In dem Ölfürstentum am Persischen Golf sieht man der WM voll Ungeduld und Optimismus entgegen. Der Vorsitzende des Fußballverbandes von Kuwait, Scheich Fahd, hat erklärt: „Wir fahren nicht als Statisten, sondern zum Kampf um Medaillen nach Spanien. Die britische Auswahl kennen wir gut und werden sie gewiß besiegen. Mit der CSSR haben wir schon einmal, bei der Olympiade in Moskau, gespielt, und das Spiel ging unentschieden aus. Ich glaube, Frankreich und Kuwait werden in die zweite Runde kommen.“

Der Stadtstaat Kuwait, der wie im Märchen in ein paar Jahrzehnten auf der Höhe des Ölgeldes in der arabischen Wüste emporgewachsen ist, wird jetzt vom Fußballfieber ge-

schüttelt. Es hat sogar viele politische Probleme in den Hintergrund gedrängt. Die 1,5 Millionen Landesbewohner scheinen nur noch an die WM in Spanien zu denken.

Übrigens ist in Kuwait viel dazu getan worden, daß das Fußballspiel fast das nächstwichtigste Symbol der nationalen Einheit nach dem Islam

geworden ist. In der Wüste sind mehrere vorzügliche Stadien gebaut worden. Auch mit Geld dafür wird dort nicht gespart. Die Fußballer der Auswahl, alles waschechte Kuwaiter und Amateure, entbehren nichts. Sie hatte und hat auch jetzt tüchtige brasilianische Trainer.

Es heißt, die Brasilianer hätten der Auswahl Kuweits geholfen, ihren eigenen Stil zu finden. Bei ihr hat sich der athletische Fußball britischen Musters nicht eingebürgert. Dagegen hat der südamerikanische Stil sehr bald Früchte getragen: Der Pokal Asiens, bei der Moskauer Olympiade das Einrücken ins Viertelfinale und die Teilnahme an der



Für Fußball nie zu alt

Foto: „L'Express“ (Frankreich)

WM in Spanien. Das haben natürlich nicht so sehr das Geld und die tüchtigen Trainer getan wie die Fußballer selbst, ihre Disziplin und ihre Leistungsfähigkeit. Auf dem Fußballfeld begegnen sich, so Scheich Fahd, Menschen und nur Menschen.

Es ist schwer zu sagen, ob der Optimismus der Kuweiter Fußballführung im Hinblick auf die ersten Spiele in Spanien berechtigt ist. Jedenfalls ist das Maskottchen der Auswahl, ein lachendes Kamel, siegessicher. In dunkelblauem Dreß und mit Fußballschuhen an den Füßen, hat es für die Rivalen einen herausfordernden Blick übrig.

J. SAWELJEW



deration zusammengefaßt sind. Jeder Spieler werde, selbst wenn die Auswahl schon in der ersten Runde ausscheiden müßte, 300 000 Franc einnehmen.

Der Konflikt darf sich nicht wiederholen. Wer weiß aber, wie der Geldregen vor den Spielen auf die Spieler wirken, ob er ihnen nicht den Drang nehmen wird, zu zeigen, was sie auf dem Kasten haben. Sie sind ja Profis, und hier werden sie alles auf Vorschuß bekommen. Übrigens scheinen solche Anreizmittel für die Auswahlen Englands, Brasiliens, Spaniens, der BRD, kurz, aller Länder mit Fußballprofis festgelegt worden zu sein. In England ist der Sponsorenpool unter der Ägide der „Bulldogge Billy“, des britischen Wahrzeichens der diesjährigen WM, separat vom Fußballverband angelegt worden. Die Höhe der in Frage kommenden Auszahlungen wird nicht öffentlich genannt, sie sind aber kaum geringer als die französischen.

Das tolle Geld heizt die Leidenschaften auf, bietet im Sport aber kaum eine Garantie für Erfolge und Siege. Dafür kann es aber zu einem rabiaten Spiel aufreizen und allerlei unangenehme Zwischenfälle auf dem Spielfeld verursachen. Die Wahrscheinlichkeit solcher Vorgänge wird durch die zahllosen Skandale bestätigt, die es bei den großen Europapokalwettkämpfen gegeben hat. Brutalität der Spieler löst auf den Tribünen Massenunruhen aus. Kein Sport reicht da an den Fußball heran. Die Hemmungslosigkeit der Fans, der Vandalismus und die wahre Tobsucht haben sogar schon einen Namen bekommen. Sie werden Fußballrowdytum genannt. Tonangebend dabei sind die Fans aus der Heimat dieses Spiels, aus England.

Nach Spanien ist es nur ein Katzensprung, und die tobsüchtigen Fußballfans Großbritanniens werden zweifellos den drei Auswahlmannschaften Englands, Schottlands und Nordirlands nach Spanien folgen. Ihr Temperament ist sprichwörtlich. Wie voll Bitternis festgestellt wird, haben sie im Fußballvandalismus schon die Europa- oder sogar die Weltmeisterschaft inne. Ignacio

Torrijos, ein Vertreter des Organisationskomitees der WM in Bilbao, wo die britische Auswahl spielen wird, gesteht: „Viele von uns befürchten Unruhen, besonders nach dem Spiel mit der französischen Auswahl. Sollten die Engländer gewinnen, so kann der Triumph darüber in einen Krawall ausarten. Na, und wenn sie verlieren...“

Der britische Vizekonsul in Bilbao, Ray Pringle, hat bereits mitgeteilt, daß das Personal seines Amtes verdoppelt oder gar verdreifacht wird, aber das wird kaum dazu beitragen, seine 10 000 Landsleute im Zaum zu halten, die im Stadion Bilbao schon Plätze gebucht haben.

Ein Plan für Sicherheitsmaßnahmen, auch zur Neutralisierung der britischen Fans, ist unter dem Codenamen Orange 82 aufgestellt worden. Den Ordnungsdienst sollen 30 000 Polizisten, davon etwa 4000 in Zivil, versehen. Der Leiter des Sicherheitsdienstes, Laine, betont: „Wenn die englischen Behörden wie versprochen die Ausreise von Fans kontrollieren werden, dann sind wir bereit, es mit ihnen zu tun zu haben.“

Eine Art Generalprobe war unlängst das Endspiel um den Pokal der Pokalsieger in Barcelona. Dort wurde das Funktionieren der Sicherheitsmaßnahmen laut „Orange 82“ ausprobiert. Es hat nicht geklappt. Fans brachen aufs Fußballfeld durch, dort kam es zu einer Keilerei zwischen ihnen und Polizisten. Laine erklärte besorgt: „Wir wollen feststellen, ob unsere Maßnahmen zum Schutz der WM ausreichen.“ Nach dem Spiel in Barcelona wurde bekanntgegeben, daß noch 22 000 Sicherheitsbeamte zur Wahrung der Ruhe Naranjitos während der WM herangezogen werden.

Wer wird denn nun siegen? Fußballexperten setzen auf die Brasilianer oder die bundesdeutsche Auswahl. Sie gestehen auch Spanien und Argentinien große Chancen zu. Es war einmal Mode, solche Fragen einem Computer einzugeben. Er hat aber zweimal danebenprophezeit, weshalb man jetzt der Elektronik nicht sehr traut. Nur in Italien hat man sich an sie gewandt, und ihre Antwort lautet, daß die Brasilianer siegen und daß ihr Endspiel mit den Spaniern mit 2:1 ausgehen wird. In der ersten Halbzeit würden Zico und Paolo Isidoro die zwei Tore schießen, in der zweiten Halbzeit der Spanier Satrústegui das eine der spanischen Auswahl. Dem Computer ist also alles klar. Bleibt — wie der italienische Kommentator Piero Valsecchi feststellt — also nur zu beweisen, daß sich der Computer wieder einmal geirrt hat.



Was stellt die französische Franc-Zone dar!

K. POSTNOWA

Wolgograd, RSFSR

Die französische Franc-Zone ist der von Frankreich geleitete Währungsblock vor allem der ehemaligen französischen Kolonien. Sie entstand noch in der Vorkriegsperiode, doch endgültig bildete sie sich nach dem II. Weltkrieg. Gegenwärtig umfaßt die Zone 13 unabhängige afrikanische Staaten: Benin, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, die Komoren, Mali, Niger, Obervolta, Senegal, Togo, Tschad, VR Kongo, Zentralafrikanische Republik. Zu der Zone gehören auch das Fürstentum Monaco sowie die überseeischen Departements und Territorien Frankreichs.

Die Länder der Zone sind von großem Interesse für französische Monopole als billige Rohstoffquellen und stabile Absatzmärkte.

Gemäß den Verträgen der Zone verpflichtet sich Frankreich, in unbegrenztem Maße nationale Währungseinheiten der Länder der Zone gegen französische Franc zu tauschen. Dafür müssen diese Staaten eine ganze Reihe von Verpflichtungen erfüllen: französische Experten zur Teilnahme an der Emission von Banknoten, zur Kontrolle über Geldumsatz und Kreditverteilung zu lassen; den Kurs der nationalen Währungseinheiten an den französischen Franc binden, volle Freiheit für den Kapitaltransfer von und nach Frankreich gewährleisten; den größten Teil ihrer Devisenbankguthaben (65—80%) in einem Pool zusammenlegen und sie in französischen Franc auf Konten beim französischen Schatzamt deponieren; den Zahlungsverkehr ausschließlich über den Pariser Devisenmarkt abwickeln.

All das verursacht einen unkontrollierten Abfluß der Finanzmittel aus den Ländern der Zone. Zugleich werden afrikanische Staaten um die Möglichkeit gebracht, den Zufluß des Kapitals zu regeln, das nur in den Zweigen eingesetzt wird, welche von Interesse für französische Firmen sind.



# DISKUSSION MIT DEM LESER

Seit einiger Zeit sprechen Sie davon, in der UdSSR habe sich eine neue historische Gemeinschaft, das Sowjetvolk, herausgebildet. Bedeutet das nicht, daß bei Ihnen die nationalen Besonderheiten, die Unterschiede in der Kultur einzelner Völker beseitigt werden? Wird denn dann nicht das Russische endgültig alle anderen Sprachen verdrängen?

Pascal GIRARD  
Montreal, Kanada



Es diskutiert  
das Mitglied  
des NZ-Redaktions-  
kollegiums  
Albert Pin

Kennen Sie, geehrter Herr Girard, unsere Nationalhymne, in der es heißt: „vom Willen der Völker gegründet, die einig und mächtige Sowjetunion“. Diese Worte bringen die demokratische und internationalistische Natur der vor 60 Jahren durch die freiwillige Vereinigung des Sowjetrepubliken gebildeten einheitlichen multinationalen Sowjetunion zum Ausdruck.

Die sowjetischen Völker und Völkerschaften betraten durch die Bildung der UdSSR die Magistrale des Fortschritts. Beim Aufbau der neuen Gesellschaft, im gemeinsamen Kampf gegen jene, die unsere revolutionären Errungenschaften angriffen, entstanden der Bruderbund der Werktätigen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, bildete sich die Freundschaft der Völker heraus und erstarkte. Überall in der UdSSR, in allen Republiken, in Betrieben und Kolchosen, in Institutionen und Instituten leben und arbeiten die Menschen verschiedener Nationalitäten freundschaftlich zusammen.

An was denken wir, wenn wir vom Sowjetvolk als von einer neuen historischen Menschengemeinschaft sprechen? Nein, gemeint ist nicht eine „einheitliche sowjetische Nation“. Die KPdSU hat diesbezüglich wissenschaftlich präzisiert: Das Sowjetvolk ist keine ethnische, keine besondere nationale, sondern eine soziale und internationalistische Gemeinschaft der Menschen. Ihr liegt das unverbrüchliche Bündnis der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft, der Volksintelligenz und die internationalistische Einheit aller sozialistischen Nationen und Völkerschaften der UdSSR zugrunde. Sie verkörpert alles Allgemeingültige, Gesamtsowjetische, was bei uns in 60 Jahren entstand.<sup>2</sup>

„Die soziale und politische Einheit des Sowjetvolkes bedeutet keineswegs

ein Verschwinden der nationalen Unterschiede“, stellte Leonid Breschnew in seinem Referat über den Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung fest. Die neue historische Gemeinschaft beseitigt nicht die Nationen und errichtet keinen Oberbau über ihnen. Sie ist ein Beispiel für den Zusammenschluß von Menschen verschiedener Nationalitäten bei Bewahrung der Nationen und Völkerschaften, deren Eigenständigkeit, Sprache und Kultur.

Die brüderliche Gemeinschaft der Sowjetvölker findet bekanntlich nicht die Sympathie der bürgerlichen Ideologen. Sie werden nicht müde, von einer „Russifizierung zu faszeln, verbreiten Märchen über die Ausbeutung der nationalen Randgebiete und jammern heuchlerisch, die Sitten und Bräuche, insbesondere in Mittelasien, würden der Vergessenheit preisgegeben und die Schätze der nationalen Kultur „vom Sozialismus und Internationalismus überflutet“. Unsere Wirklichkeit widerlegt solche Erfindungen.

Wiederholt habe ich die baltischen und die mittelasiatischen Sowjetrepubliken besucht. Aus eigenen Eindrücken kann ich über die Errungenschaften dieser so unterschiedlichen Landesteile urteilen. So hat es die Bourgeoisie in den 20 Jahren ihrer Herrschaft in Lettland (nach der vorübergehenden Beseitigung der Sowjetmacht) nicht vermocht, den industriellen Produktionsstand von 1913 zu erreichen. Jetzt aber wird gegenüber 1940 in Lettland 46mal, in Estland 49mal und in Litauen 61mal mehr produziert. In einem Tempo, das bedeutend über den Zuwachsraten des ganzen Landes liegt, entwickeln sich auch andere nationale Republiken, darunter die mittelasiatischen. In jeder von ihnen haben sich nicht nur große Formationen der Arbeiterklasse, sondern auch der wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Intelligenz, der Lehrer, Ärzte und Kunstschaffenden herausgebildet und nehmen weiter zu.

Man könnte lange über das Verhältnis der Sowjetmacht zur Bewahrung der nationalen Kulturwerte sprechen. Nur ein Beispiel: Bereits in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, in einer schweren Zeit, begann man auf W. I. Lenins Vorschlag damit, die einmaligen Architekturdenkmäler in Usbekistan zu restaurieren. Seitdem haben Wissenschaftler, Architekten, Ingenieure und

Restauratoren dort enorme Arbeit geleistet. Millionen Touristen aus vielen Ländern besuchten Samarkand, Buchara und sahen all das mit eigenen Augen.

Die Gäste Usbekistans können heute z. B. Ballett- und Opernaufführungen sowie Sinfoniekonzerte usbekischer Kunstschaffender erleben. Neben der nationalen Filmkunst und solchen literarischen Genres wie Roman und Erzählung ist all das hier in sowjetischer Zeit entstanden. Mancher könnte darin wohl eine gewisse „Beeinträchtigung“ der nationalen Kultur erblicken. Doch in Wirklichkeit wird diese bereichert. Es ist ja nur natürlich, daß sich jede sozialistische Nation aus den Kulturen der anderen Völker das Beste, was für sie annehmbar ist, auswählt, in sich aufnimmt und zu einem Bestandteil ihrer Nationalkultur macht. Zugleich gehören die größten geistigen Leistungen jeder Nation oder Völkerschaft dem ganzen Land und werden so Gemeingut.

In unserer Gesellschaft wird das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen, das alle Voraussetzungen für eine Entwicklung der nationalen Kultur gewährleistet, strikt beachtet. Nicht nur in allen Unionsrepubliken und autonomen Republiken, sondern auch in den autonomen Gebieten und Kreisen erscheinen Zeitungen und Zeitschriften in der Muttersprache der einheimischen Völker, werden Rundfunk- und Fernsehsendungen ausgestrahlt und Bücher verlegt. Der Unterricht in den Schulen erfolgt in der Nationalsprache. Russisch aber ist durch die Lebenserfordernisse des ganzen Landes das Kommunikationsmittel aller Völker. Übrigens war es als Sprache der zahlenmäßig größten Nation auch vor der Revolution das Mittel der wirtschaftlichen und kulturellen Verständigung von Menschen verschiedener Nationalitäten unseres Landes. Die Verbreitung des Russischen festigt die Freundschaft und Brüderlichkeit aller Völker der Sowjetunion und trägt zur Festigung der neuen historischen Gemeinschaft bei.

Abschließend sei betont, daß die Annäherung der Völker in der UdSSR ein objektiver Prozeß ist. Doch unsere Partei ist entschieden dagegen, ihn künstlich zu forcieren. Wir haben eine andere Haltung. Partei und Staat berücksichtigen in ihrer Politik strikt die nationalen Besonderheiten, verbinden die Interessen jeder Nation und Völkerschaft organisch mit den Interessen der gesamten sowjetischen Gesellschaft und schaffen so die Voraussetzungen für deren noch weitere Annäherung. Das führt seinerseits zum weiteren Aufblühen der Nationen und hilft, deren schöpferische Möglichkeiten vollständiger freizulegen.



## Justitia schielt

Am 11. Mai strahlte die US-Fernsehgeseilschaft CBS eine Verhandlung bei der Grand Jury (Instanz, die entscheidet, ob ein Fall prozeßreif ist) aus. Der Mann, der da vernommen wurde, war angeklagt, gesetzwidrige Machenschaften begangen und mit der Unterwelt in Verbindung gestanden zu haben. Immer neue Tatsachen kamen ans Licht, die die Richtigkeit der Anklage bestätigten. Außerdem hatte das FBI Aufzeichnungen von Gesprächen dieses Mannes mit führenden Mafiosi eingereicht. Und was geschah? Ein Sprecher der CBS sagte, die Grand Jury sei von den beigebrachten Beweisen, die für einen Schuldspruch vor Gericht völlig ausgereicht hätten, nicht zufrieden gestellt. Warum reichen sie der Staatsanwaltschaft nicht? Wahrscheinlich, weil der Beschuldigte der US-Arbeitsminister Donovan war.

## Tips für das Krankfeiern



In der BRD erschien 1980 ein Heftchen mit dem durchaus respektablen Titel „Wege zu Wissen und Wohlstand“. Vom Inhalt zeugt aber die Fortsetzung des Titels: „lieber krankfeiern als gesundschaften“. Das Heft enthält Tips für das Krankfeiern von Gesunden: wie man verschiedene Krankheiten simuliert, um einen Krankenschein zu bekommen. Deshalb wurde die Ausgabe auf Beschluß eines Hamburger Gerichts

aus dem Handel gezogen. Später aber ist sie außerhalb der BRD neu aufgelegt und wieder auf den bundesdeutschen Markt gebracht worden, wo sie nach wie vor sehr gefragt ist.

## Umsonst ist nichts



Als Israel Ägypten den letzten Teil von Sinai übergab, bot es ihm die Stadt Yamit zum Kauf an, die für israelische Siedler gebaut worden war, und verlangte „unter Brüdern“, wie die Zeitung „Ma'ariv“ (Israel) mitteilt, ganze 70 Mio Dollar dafür. Ägypten bot nur 57 Mio. Tel Aviv gibt aber nichts umsonst und beschloß deshalb, die Stadt abzutragen. Das hat 12 Mio Dollar gekostet. Dafür ist Israel aber nicht um die 13 Mio gekommen, die der Camp-David-Partner und Freund nicht hatte zahlen wollen.

## Altes und Neues

Man sagt, Neues sei gründlich vergessenes Altes. Offenbar nach diesem Grundsatz schickte ein Leser der „New York Times“ der Redaktion ein Kreuzworträtsel ein, das diese auch wirklich veröffentlichte. Es stellte sich aber als Plagiat heraus, und die Redaktion drohte, den Einsender zu verklagen. Indessen hat es sich herausgestellt, daß Angestellte amerikanischer Blätter auch Dreck am Stecken haben. Sie rücken von Zeit zu Zeit etwas ein, das sie schon vor

Jahren veröffentlicht hatten, und geben es für neu aus. Was man gegen sie unternehmen wird, ist noch nicht klar.

## Er will nicht Kronprinz sein

So etwas war in Japan noch nie da. Der 36jährige Prinz Tomohito hat, wie der italienische „Messaggero“ schreibt, gebeten, ihn aus der Liste der Thronfolger zu streichen. Warum? Er sagt, er wolle sich öffentlich betätigen, was ihm als Kronprinz erschwert wäre.

## Ja, das Schreiben und das Lesen...

In Palermo (Italien) faßten Emilio Impalara (28) und sein Kumpan Giuseppe Abate den Entschluß, eine Bank zu berauben. Als sie vor der Bank ankamen, ging gerade ein Polizist vorüber. Um ihm nicht aufzufallen, zog Emilio eine Zeitung aus der Tasche und vertiefte sich scheinbar ins Lesen. Aber gerade damit machte er sich verdächtig: Er hielt die Zeitung verkehrt, denn er konnte nicht lesen. So wurde er denn geschnappt.

## Belagerte Garnison



Von den widerrechtlich von chinesischen Truppen besetzten Parazel-Inseln wird gemeldet, daß eine dortige Garnison ein regelrechtes Gefecht für die Sicherheit von — Hühnern führt. Diese haben die Soldaten mitgebracht, um ihre monotone Ration aufzubessern. Über die Hühner sind riesige Ratten hergefallen. Gegen diese wurden die auf den Inseln beschlagnahmten Katzen eingesetzt, sie wagten es aber nicht, die Ratten anzugreifen. Als Ver-

stärkungen kamen Hunde, die jagten aber nicht die Ratten, sondern die Katzen. Das Gefecht dauert an. Die schwersten Verluste sind bei den Hühnern zu beklagen.

## Geruchszulage



Der Chef des Polizeireviere im Flughafen Köln—Bonn, Kommissar Winfried Pünder, rückte im Gewerkschaftsblatt „Blaulicht“ eine Notiz ein, in der er eine Geruchszulage forderte, was er wie folgt begründete: Bei der Zollrevision, die er und einige seiner Kollegen vornehmen, haben sie es mit Gepäck von Ausländern auch aus dem Orient zu tun. Dieses rieche penetrant nach Knoblauch, Zwiebeln, Pfeffer und anderen Gewürzen, wogegen die Beamten eine Allergie hätten. Man solle ihnen also eine Zulage geben. Damit sind sie aber nicht durchgekommen.

## Rekorde, Rekorde...

Der Kaufmann Gino Carlotti aus Brescia (Italien) ist zum Nasenkönig ausgerufen worden. Er hat mit seiner Nasenlänge diejenige des früheren Rekordhalters des Pastors Aldo Viviano übertroffen. Carlottis Nasenlänge findet sich bisher noch nicht im Guinness-Rekordbuch. Wie aber die spanische Zeitung „Pais“ annimmt, wird Signor Carlotti seine Nase wahrscheinlich sehr bald in das Buch stecken.

Zeichnungen  
V. Rosanzen